

kriens

Protokoll

Kriens, 25. Juni 2020

Sitzungsdatum

Donnerstag, 25. Juni 2020

Zeit Ort

09:00 Uhr bis 12:05 Uhr /
13:30 Uhr bis 18:30 Uhr,
Pilatussaal, Stadtplatz 1, Kriens

Verfasst durch

Janine Lipp
Sachbearbeiterin

T 041 329 63 09
janine.lipp@kriens.ch



Einwohnerratssitzung 2019/2020 Protokoll Nr. 9

Anwesend

Präsident

Roger Erni

Einwohnerrat

28 Mitglieder

Nicole Nyfeler (bis 12:05 Uhr / ab 13:50 Uhr)

Peter Portmann (bis 17:20 Uhr)

Stadtrat

5 Mitglieder

Stadtschreiber

Guido Solari

Protokoll

Janine Lipp

Entschuldigt

Räto Camenisch

Traktanden

1.	<u>Mitteilungen</u>		Seite 447
2.	<u>Fragestunde</u> (max. 30 Min.)		Seite 448
3.	<u>Bericht und Antrag:</u> Jahresbericht/Jahresrechnung 2019	Nr. 291/20	Seite 454
4.	<u>Planungsbericht:</u> Stadtfinanzen im Gleichgewicht	Nr. 293/20	Seite 466
	<i>Gleichzeitig wird folgender Vorstoss behandelt (im Planungsbericht integriert):</i>		
	- <u>Bericht Postulat Zellweger:</u> Raus aus den Schulden	Nr. 160/18	
5.	<u>Planungsbericht:</u> Medien und Informatikkonzept für die Volksschule Kriens	Nr. 292/20	Seite 504
6.	<u>Bericht und Antrag:</u> Bebauungsplan Pilatus-Arena, 2. Lesung	Nr. 249/19	Seite 485
7.	<u>Planungsbericht:</u> Entwicklungskonzept Luzerner-/Obernauerstrasse <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 295/20	Seite 510
8.	<u>Bericht und Antrag:</u> Zukunftsträchtige Entwicklung statt Car-Lawine auf dem Hinder Schlund-Areal	Nr. 296/20	Seite 495
8a.	<u>Dringliche Interpellation Tschümperlin:</u> Suubers Chriens abschaffen?	Nr. 297/20	Seite 500
9.	<u>Motion Wendelspiess:</u> Projektierungskredit Sichere Wege zu Schulen und Sportstätten <i>Begründung aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 280/20	Seite 511
10.	<u>Bericht Postulat Kobi:</u> Leben mit Behinderungen - Teilnahme und Teilhabe auch in Kriens <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 124/18	Seite 511
11.	<u>Bericht Postulat Lammer:</u> Reallokation der frei werdenden Mittel aus Spange Nord <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 191/19	Seite 511
12.	<u>Bericht Postulat Niederberger:</u> Symbolische Ausrufung des Klimanotstandes <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 212/19	Seite 511
13.	<u>Beantwortung Interpellation M. Portmann:</u> Kontrollmessung für die Mobilantenne im Kleinfeld <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 255/19	Seite 511

14.	<u>Bericht Postulat Tanner:</u> Keine Steuererhöhung ohne Ausgleichsmassnahmen vom Kanton <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 252/19	Seite 511
15.	<u>Beantwortung Interpellation Stofer:</u> Realisierung Gesamtverkehrskonzept Kriens (GVKK) <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 259/19	Seite 511
16.	<u>Beantwortung Interpellation Purtschert:</u> Hohe Personal-Fluktuation in Kriens <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 261/20	Seite 511
17.	<u>Beantwortung Interpellation Gomer:</u> Steuerentwicklung und Fragen zur kleinen Steueramnestie sowie deren Erträge <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 267/20	Seite 512
18.	<u>Beantwortung Interpellation Ercolani:</u> Stelen <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 276/20	Seite 512
19.	<u>Beantwortung Interpellation Albrecht:</u> Aktuelle Bemühungen rund um «Food Waste» in Kriens <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 283/20	Seite 512
20.	<u>Postulat Ercolani:</u> Kanton entlastet Gemeinden <i>Begründung</i> <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 294/20	Seite 512
21.	<u>Verabschiedungen</u> - Thomas Lammer, FDP - Daniel Rösch, FDP - Kurt Gisler, CVP - Bruno Purtschert, CVP - Peter Portmann, SVP - Cyrill Wiget, Stadtpräsident - Matthias Senn, Stadtrat - Lothar Sidler, Stadtrat - Franco Faé, Stadtrat		Seite 512
22.	<u>Abschiedsrede</u> des abtretenden Einwohnerratspräsidenten Roger Erni		Seite 520

Neueingangsliste

Nr. 236/19	Bericht Postulat Purtschert: Für ein umwelt- und klimafreundlicheres Beschaffungswesen
Nr. 276/20	Beantwortung Interpellation Ercolani: Stelen
Nr. 283/20	Beantwortung Interpellation Albrecht: Aktuelle Bemühungen rund um «Food Waste» in Kriens
Nr. 291/20	Bericht und Antrag: Jahresbericht/Jahresrechnung 2019

Nr. 293/20	Planungsbericht: Stadtfinanzen im Gleichgewicht
Nr. 292/20	Planungsbericht: Medien und Informatikkonzept für die Volksschule Kriens
Nr. 249/19	Bericht und Antrag: Bebauungsplan Pilatus-Arena, 2. Lesung
Nr. 295/20	Planungsbericht: Entwicklungskonzept Luzerner-/Obernauerstrasse
Nr. 296/20	Bericht und Antrag: Zukunftsträchtige Entwicklung statt Car-Lawine auf dem Hinder Schlund-Areal
Nr. 267/20	Beantwortung Interpellation Gomer: Steuerentwicklung und Fragen zur kleinen Steueramnestie sowie deren Erträge
Nr. 272/20	Beantwortung Interpellation Wendelspiess: Barrierefreier Besuch des Friedhofs Anderallmend
Nr. 252/19	Bericht Postulat Tanner: Keine Steuererhöhung ohne Ausgleichsmassnahmen vom Kanton
Nr. 297/20	Dringliche Interpellation Tschümperlin: Suubers Chriens abschaffen? <i>Eingang: 3. Juni 2020</i>
Nr. 273/20	Beantwortung Interpellation Spörri: Chlorothalonil-Rückstände im Wasser - Können wir Luzerner Trinkwasser unbedenklich konsumieren?
Nr. 298/20	Schriftliche Anfrage Nyfeler: Fussgängerstreifen Höhe Langsägestrasse 2 <i>Eingang: 10. Juni 2020</i>
Nr. 299/20	Schriftliche Anfrage Nyfeler: Parkierung Mattenhof <i>Eingang: 10. Juni 2020</i>
Nr. 282/20	Beantwortung Interpellation Burkhardt: Luzerner Pflegeheimfinanzierung verletzt Bundesrecht
Nr. 300/20	Interpellation Tschümperlin: 10 Jahre Hochwald Aufarbeitung <i>Eingang: 15. Juni 2020</i>
Nr. 301/20	Dringliches Postulat M. Portmann: Neuer, gemeinsamer Fokus für die Krienser Finanzpolitik <i>Eingang: 18. Juni 2020</i>

Nr. 278/20	Beantwortung Interpellation Ercolani: Wohnungskündigungen Brunnmattstrasse 18, 18a, 18b, 20, 20a
Nr. 285/20	Beantwortung Interpellation Stofer: Stand der Strassenlärmsanierung 30 Jahre nach Inkraftsetzung der Lärmschutz-Verordnung veröffentlicht

Roger Erni begrüsst alle Anwesenden zur letzten Einwohnerratssitzung in dieser Legislatur. Von der Presse sind heute Stephan Dähler von der Neuen Luzerner Zeitung und Andreas Wolf vom Tele1 anwesend.

Die heutige Sitzung wird nochmals im Corona-Modus durchgeführt, weshalb die Sitzung via Live-Stream übertragen wird. Es gibt zwar weniger Massnahmen als beim letzten Mal. Trotzdem gilt es den Abstand einzuhalten. Die heutigen Verabschiedungen mit den geladenen Gästen werden auf dem Stadtplatz durchgeführt.

Zum Start übergibt der Sprechende bereits jetzt sein Abschiedsgeschenk. Es ist ein Abschluss-Booklet über sein ganzes Amtsjahr, worüber er heute drei Mal berichten wird. Die erste Doppelseite ist diejenige mit dem Foto des Einwohnerrates vom Dezember 2019. Auf der rechten Seite sieht man Alex Willi, der ihm an seiner Präsidentenfeier ein Buch überreicht hat, worin alle Einwohnerratsprotokolle der Jahre 1963/64 drin sind. Er wird nun die Worte des ersten Einwohnerratspräsidenten kurz wiedergeben: *«Herr Dr. Willi gibt seine Freude über die ihm soeben zuteil gewordene Ehre Ausdruck und dankt seinen Ratskollegen für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Wenn sich auch in den vergangenen Jahren einzelne Gemüter stark erhitzten, so hoffe er nun doch auf ein zielstrebiges parlamentarisches Zusammenarbeiten. Sodann gratuliert er den bisherigen vier Gemeinderäten zur Wiederwahl, dankt dem abtretenden Gemeinderat Herr Karl Schulthess für seine langjährige Tätigkeit und bietet einen besonderen Willkommensgruss dem neugewählten Gemeinderat Emil Grünig. Er wünscht eine harmonische Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Einwohnerrat. Der Redner weist auf die bevorstehenden grossen Gemeindeaufgaben hin, die teilweise nur in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden bewältigt werden. Abschliessend ruft der Gemeindepräsident den Schutz des Allmächtigen über unsere Talschaft und Gemeinde Kriens an».*

Am Samstag findet die Einwohnerratsreise statt. Treffpunkt ist um 7:30 Uhr im Kleinfeld und Abfahrt um 7:45 Uhr.

Der Sprechende kommt nun zu den Geburtstagen. Einen Tag nach der Einwohnerratssitzung feierte Michèle Albrecht ihren Geburtstag, vor 8 Tagen Räto Camenisch seinen 75. Geburtstag und gestern Beat Tanner.

Entschuldigt hat sich Räto Camenisch. Andreas Vonesch entschuldigt sich wegen einer Trauerfeier für den Nachmittag. Nicole Nyfeler kommt am Nachmittag vielleicht etwas später. Peter Portmann verlässt die Sitzung früher.

Heute gibt es aufgrund der speziellen Situation keine Pausen. Die Mittagspause ist von 12:00 Uhr bis 13:30 Uhr. Um ca. 16:30 Uhr wird man sich für die Verabschiedungen auf den Stadtplatz verschieben. Sitzungsschluss ist um 18:00 Uhr. Anschliessend findet das Legislatur-Abschlusssessen im Kleinfeld statt.

Noch ein Hinweis zu den Smartphones. Der Sprechende erhielt Meldungen, dass ab und zu zwischen den Voten Handys oder sonstige Klingeltöne die Voten stören. Deshalb bittet er darum die Laptops, Smartphones, Tablets und sonstige elektronische Geräte lautlos zu stellen.

1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste ist nach Roger Erni kein Änderungsantrag eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf. Weiter sind zwei dringliche Vorstösse eingegangen.

Am 18. Juni 2020 hat Erich Tschümperlin die **dringliche Interpellation Tschümperlin: Suubers Chriens abschaffen? (Nr. 297/2020)** eingereicht.

Da der Dringlichkeit nicht opponiert wird, gilt die Interpellation als dringlich erklärt. Die Interpellation wird unter dem Traktandum 8a behandelt.

Am 18. Juni 2020 hat Michael Portmann das **dringliche Postulat M. Portmann: Neuer, gemeinsamer Fokus für die Krienser Finanzpolitik (Nr. 301/2020)** eingereicht.

Der Vorsitzende erteilt das Wort dem Postulanten zwecks Begründung der Dringlichkeit des Postulats.

Laut Michael Portmann hat man im Budget und in der Jahresrechnung mit Messgrössen und statistischen Grundlagen bereits einige Indikatoren für Lebensqualität erfasst. Statt nun über einzelne Bemerkungsanträge Lebensqualität «einzubauen», möchte er direkt eine Diskussion im Stadtparlament anstossen. Im Sinne einer breit abgestützten Diskussion bittet er der Dringlichkeit stattzugeben.

Die CVP/JCVP-Fraktion betrachtet dieses Postulat laut Michèle Albrecht als relevant, aber nicht als dringlich. Die heutige Agenda lässt ausführliche Stellungnahmen nur ungern zu und die Neubesetzung des Stadtrates verlangt nach einer zweckdienlichen Einarbeitung und entsprechenden Zeitressourcen zur Beantwortung dieses durchaus wichtigen Postulates.

Für Martin Zellweger ist die Dringlichkeit nicht gegeben. Heute wird in der Sitzung die Finanzstrategie zur Kenntnis genommen. Diese Diskussion wird sicherlich viel Zeit in Anspruch nehmen. Falls der Postulant dieses Anliegen direkt in Zusammenhang mit den Finanzen platzieren will, dann gehört es als Bemerkung in die Finanzstrategie. Es macht keinen Sinn eine Finanzstrategie zur Kenntnis zu nehmen und danach die Spielregeln dazu neu zu ändern. Andererseits ist dieses Anliegen, das durchaus seine Berechtigung hat, thematisch näher beim Legislaturprogramm und somit nicht dringlich.

Abstimmung über die Dringlichkeit des Postulat M. Portmann: Neuer, gemeinsamer Fokus für die Krienser Finanzpolitik (Nr. 301/2020)

Mit 18:10 Stimmen wird das Postulat nicht dringlich erklärt.

Albrecht, Michèle	nein
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Ercolani, Enrico	nein
Fluder, Hans	nein
Frauenknecht, Marco	nein
Gisler, Kurt	nein

Gomer-Beacco, Bettina	ja
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Portmann, Peter	nein
Purtschert, Bruno	nein
Rösch, Daniel	nein
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	nein

Mitteilungen seitens des Präsidiums

Laut Erich Tschümperlin hatte die PUK am 14. Mai 2020 ihre Startsitzen und kam mit Ernst & Young zusammen. Der Fragenkatalog wurde diskutiert und das Vorgehen definiert. Seither ist die PUK an seiner Arbeit. Man rechnet damit, dass in den nächsten Wochen das Ergebnis dieser Untersuchung vorliegen wird. Gleichzeitig gab es Medienanfragen, weshalb die PUK eine Medienmitteilung herausgab. Hoffentlich schaut man bald dem Ende dieser Arbeit entgegen.

Mitteilungen seitens des Stadtrates

Cyrill Wiget führt aus, dass sich der Einwohnerrat schon verschiedentlich mit der Motion Camenisch im Zusammenhang mit dem Thema der Arbeitspensen der Stadträte auseinandergesetzt hat, welche das Besoldungsreglement anpassen wollte. In dieser Diskussion erhielt der Stadtrat den Auftrag, dass vor weiteren Diskussionen über das Thema eine Analyse der Zusammenarbeit im obersten Kader gemacht werden soll. Es soll eine Analyse sein, ob der Stadtrat zusammen mit seinem Kader richtig organisatorisch aufgestellt ist. Dieser Auftrag wurde ernst genommen und man hat eine paritätische Arbeitsgruppe zusammen mit Vertretern der KFG und dem Stadtrat gebildet. Es wurden verschiedene Unternehmungen zur Offerte eingeladen, welche in diesem Gebiet tätig sind. Man war dann auch kurz vor der Vergabe. Aufgrund der Wechsel im Stadtrat hat die Arbeitsgruppe beschlossen, das Verfahren zu sistieren. Das Thema ist nach wie vor dringlich und löst sich nicht in Luft auf. Es macht wenig Sinn, den Auftrag jetzt zu vergeben, weil es eine Aufgabe des neuen Stadtrates sein soll. Insofern gibt es eine erneute Verzögerung, welche gut begründet und mit den Vertretern des Einwohnerrates abgesprochen ist.

2. Fragestunde

Gemäss Andreas Vonesch sagt man, sparen beginnt beim Kleinen. Doch war er erstaunt, als er das Abstimmungscouvert in seinen Händen hielt. Dieses wurde am 12. Juni 2020 mit A-Post zugestellt. Warum hat die Stadt die deutlich teurere Variante mit dem Versand mit A-Post gewählt, obwohl es im 2. Wahlgang zeitlich reicht, wenn das Wahlmaterial 10 Tage und nicht drei Wochen wie im ersten Wahlgang bei den Stimmberechtigten eintrifft.

Cyrill Wiget kennt die Thematik inhaltlich nicht, weshalb es zeitlich knapp wurde. Er wird diese Antwort gerne nachliefern.

Anmerkung der Protokollführerin:

Gemäss § 91 Abs. 1 findet der 2. Wahlgang bei Majorzwahlen in der Regel innert 5 Wochen nach dem 1. Wahlgang statt. Aus diesem Grund ist auch die Frist für die Zustellung der Wahlunterlagen für den 2. Wahlgang gemäss § 91 Abs. 5 auf 10 Tage vorgesehen. Nun wurden aber in diesem Frühjahr aufgrund der Corona-Pandemie die Fristen für die politischen Rechte sistiert. Gestützt darauf wurde der 2. Wahlgang auf den 28. Juni, mithin 3 Monate nach dem 1. Wahlgang, festgesetzt. Infolge eines Missverständnisses innerhalb der Stadtverwaltung wurde im Kriens Info publiziert, dass die Wahlunterlagen bis anfangs Juni verschickt wurden, also innerhalb der ordentlichen Frist von 3 Wochen vor dem Wahlgang. Aufgrund zahlreicher Rückmeldungen aus der Bevölkerung haben die Verantwortlichen entschieden, den Versand so rasch als möglich mit A-Post durchzuführen, damit die Unterlagen wenigstens noch 2 Wochen vor dem Urnengang bei den Stimmberechtigten sind.

Laut Michèle Binggeli kann man in der Stadt Luzern Wildsträucher beziehen und sich beraten lassen. Früher konnte man auch in Kriens Wildsträucher und Obstbäume beziehen. Wieso gibt es diese Möglichkeit nicht mehr?

Gemäss Matthias Senn wurde es lange angeboten, aber aus finanziellen Gründen eingestellt.

Enrico Ercolani führt aus, dass Cyrill Wiget vor den Neuwahlen in einer Nacht- und Nebelaktion den Bellpark verschönerte, indem zwei Kisten mit einer schönen Bepflanzung hingestellt wurden. An diesen Kisten hat ihm jedoch die Wahlreklame nicht gefallen. Darf man im Bellpark andere Sachen zur Wahlpropaganda hinstellen, als nur Wahlplakate? Diesen Sonntag findet der 2. Wahlgang des Stadtrates statt. Darf man also das Auto mit der Wahlwerbung der Bürgerlichen auch dorthin stellen?

Matthias Senn meint, dass es sehr viele Diskussionen darüber gab, was erlaubt ist und was nicht. Es gibt eine gesetzliche Grundlage für den Zeitpunkt, nämlich sechs Wochen vor einer Wahl oder Abstimmung und bis 1 Woche danach. Es gibt Vorgaben des Kantons bezüglich Sichtweiten, welche regeln, wo die Plakate hingestellt werden dürfen. Die Weisung der Stadt Kriens sagt, auf welchen Plätzen von öffentlichem Grund plakatiert werden darf. Auch das führte zu Missverständnissen. Es ist aber auch erlaubt auf privatem Grund zu plakatiert. Der Stadtplatz ist nicht als Standort für die politische Plakatierung angegeben. Politische Standaktionen dürfen zwar stattfinden, aber keine Dauerplakatierung vor Wahlen oder Abstimmungen.

Laut Michael Portmann hat die Firma Hegglin den Bereich Recycling- und Muldenservice an die Firma Schneider aus Zürich verkauft. Wie verändert sich dadurch die Abfallentsorgung in Kriens?

Gemäss Matthias Senn spürt der Kunde eigentlich nichts von dieser Veränderung. Die Fahrzeuge sind bereits jetzt mit REAL angeschrieben. Die Fahrer sind nun von REAL angestellt. Die Firma Schneider hat einfach einen Teilbereich des privaten Bereichs übernommen.

Erich Tschümperlin stellt fest, dass im Eichhof Gebäude abgerissen wurden und im Hang gab es Terrainveränderungen. Gibt es dafür eine Bewilligung, dass man bereits jetzt im Hang mit dem Bagger arbeiten darf?

Laut Matthias Senn ist zum Thema Abbruch Eichhof noch eine Interpellation hängig, welche nächste Woche vom Stadtrat verabschiedet wird. Der Abbruch war angekündigt und wurde von der Stadt Kriens nicht gestoppt. Ob es weitere Hangveränderungen gibt, entzieht sich seiner Kenntnis.

Anita Burkhardt-Künzler führt aus, dass am 26. September 2019 die vierjährige Leistungsvereinbarung vom Museum im Bellpark im Einwohnerrat behandelt wurde. Dabei wurde ein Bemerkungsantrag von der CVP/JCVP-Fraktion mit 25:0 Stimmen überwiesen, dass der Einwohnerrat die Haltung vertritt, dass der Stadtrat dem Museum im Bellpark bei einem Gesuch um Unterstützung im Rahmen des Tourismusfonds einen angemessenen Betrag bewilligen soll. Dieser soll sich im Jahr um die Fr. 10'000.00 bewegen. Nach dem Einreichen des Gesuchs ist zwar der Betrag von Fr. 10'000.00 gutgesprochen, jedoch über die Gesamtdauer der Leistungsvereinbarung. Ausserdem wurde dies mit sehr hohen Auflagen verbunden. Wieso wird das Museum im Bellpark mit solch hohen Auflagen belegt? Das Museum im Bellpark ist weit über die Landesgrenze bekannt und macht Werbung für Kriens. Der Tourismusfonds ist für solche Sachen da. Wieso ist das so?

Gemäss Cyrril Wiget ist man mit dem Museum im Bellpark im Dialog. In einem Schreiben wurde eine genaue Erklärung abgegeben, wie der Stadtrat mit dieser Unterstützung umgehen möchte. Es fand auch ein telefonischer Austausch statt. Es ist etwas speziell diese Situation hier öffentlich zu machen. Er kann nur bestätigen, dass sich der Stadtrat genau so verhalten hat, wie er in diesem Bemerkungsantrag Antwort gegeben hat. Das vorhandene Tourismusgesetz macht Auflagen. Man kann nicht einfach irgendwelche à-fonds-perdu-Beträge geben, sondern es muss immer in einem direkten Nutzen für den Tourismus stehen. Darauf achtet auch der Tourismusverein sehr genau. Es ist wichtig ein guter Kontakt mit den Hoteldirektoren zu haben, welche schlussendlich diese Gebühr überweisen. In diesem Fall war der Antrag, dass man Touristen vergünstigt ins Museum lassen soll. Als ein Tourist gilt jeder, der mindestens 30 km von hier weg wohnt. Der Stadtrat hat das Angebot gemacht den Touristen nicht vergünstigt, sondern gratis hineinzulassen. Es wurde aber verlangt, dass über diese Anzahl Buch geführt wird. Man möchte wissen, wie viele Touristen dieses Museum überhaupt besuchen. Das ist überhaupt keine hohe Auflage. Das Museum im Bellpark darf auch jederzeit mit neuen Ideen kommen, wie sie Aktivitäten machen können, die dem Tourismus dienen. Der Stadtrat öffnet den Fonds sehr gerne für weitere Ideen. Er kann aber nicht einfach Fr. 10'000.00 sprechen, ohne zu wissen, ob es dafür eingesetzt wird, was auch versprochen wurde. Hier braucht es eine saubere Hand, damit man nicht am Gesetz vorbei operiert.

Peter Portmann stellt fest, dass in der Wolfsschlucht zurzeit Bauarbeiten vorgenommen werden und zwar von einer Firma aus Lungern. Wieso kann man nicht auch die Wolfsschlucht sperren, wie man es auch mit dem Bandweg am Pilatus gemacht hat. Bei der aktuellen finanziellen Lage der Stadt ist es fraglich, ob sich solch grosse Sanierungen überhaupt auszahlen.

Laut Matthias Senn gab es einen Felssturz in der Wolfsschlucht. Man hat daraufhin den Geologen dorthin geschickt. Man konnte das Problem mit relativ einfachen Massnahmen beheben. 2 Tage lang musste lockeres Material gelöst und entfernt werden. Die Sicherheit ist nun wieder gewährt, obwohl eine Tafel mit dem Hinweis «Steinschlag» aufgestellt wurde. Dies muss man heutzutage aus rechtlichen Gründen. Die Wolfsschlucht ist ein ganz wichtiger Ort des Naherholungsgebietes. Es ist fast ein mystisches Erlebnis dort durchzulaufen. Man weiss ja auch nicht genau wie diese entstanden ist. Vermutlich nicht geologisch, sondern von Menschenhand. Aber auch das ist nicht wirklich klar. Es ist ein spannender Ort. Der Stadtrat ist froh, dass man mit sehr geringem Aufwand die Wolfsschlucht wieder begehbar machen konnte.

Daniel Rösch möchte wissen, weshalb man beim Betreibungsamt nur in bar bezahlen kann und elektronische Zahlungsmittel nicht akzeptiert werden. Gerade viele jüngere Leute, welche einen Betreibungsregistrauszug brauchen, bezahlen nur elektronisch.

Cyrill Wiget meint, dass man sich beim neuen Stadthaus dafür eingesetzt hat, dass man aus Kostengründen alles an einem zentralen Ort macht. Auch die Zahlungsmittel wurden aufs Stadtbüro konzentriert. Er kann sich vorstellen, dass das Betreibungsamt nicht dafür eingerichtet ist. Er klärt ab, ob man dies mit vernünftigen finanziellen Mittel nachrüsten kann.

Anmerkung der Protokollführerin:

Zurzeit ist es nicht möglich, mit EC oder PC am Schalter des Betreibungsamtes zu bezahlen. Zwischenzeitlich konnte ein entsprechendes Zahl-Gerät durch einen internen Wechsel installiert werden. Zurzeit werden noch verschiedene technische Herausforderungen / Schnittstellen zur Fachapplikation bereinigt. Man geht davon aus, dass das Betreibungsamt Kriens noch diesen Spätsommer / Früherbst eine der ersten Betreibungsämter im Kanton Luzern sein wird, bei welchem mit EC bzw. PC-Karte bezahlt werden kann.

Bettina Gomer-Beacco hat eine Frage zur Ringstrasse resp. Schweighof. Hat man bei der damaligen Leeranalyse berücksichtigt, dass vorne eventuell das Geschäftshaus nicht zu stehen kommt, weil kein Ankermieter gefunden wird? Dadurch haben die dahinterliegenden Häuser einen erhöhten Lärmpegel. Es stehen dort ein paar Bäume in Töpfen, was kein Ersatz für dieses Haus sein kann.

Für Matthias Senn ist es schwierig diese Frage zu beantworten. Schlussendlich gab es für alle Gebäude ein Baubewilligungsverfahren, worin diese Fragen geprüft wurden. Er geht davon aus, dass dies alles erfüllt ist. Er nimmt diese Frage aber ins Departement mit.

Anmerkung der Protokollführerin:

Der Bau mit Gewerbe- und Dienstleistungsflächen an der Ringstrasse wurde mit Entscheid vom 27. Januar 2016 rechtmässig bewilligt. Im entsprechenden Entscheid wurden auch die dahinter und westlich liegenden Wohnbauten bewilligt. Das Gebäude an der Ringstrasse ist über der bereits erstellten Einstellhalle beziehungsweise deren Zufahrt geplant. Da bis heute vier der fünf bewilligten Bauten von der SUVA erstellt wurden, gilt der Bau als begonnen, aber noch nicht als abgeschlossen. Im Rahmen des oben erwähnten Entscheids gilt dieser für den noch nicht erstellten Bau nach wie vor. Insbesondere gilt für die Ausführung von bewilligten Bauten jeweils die Rechtslage zum Zeitpunkt des Entscheids. Sollte mit dem Bau nicht innerhalb von fünf Jahren (nach 27. Januar 2021) begonnen werden, kann die Stadt Kriens weitere Schritte einleiten. Es stellt sich die Frage, ob die Lärmschutzgrenzwerte für diese Gebäude eingehalten werden, wenn dazwischen keine Gebäude stehen. Wenn die Lärmschutzgrenzwerte bei einem Bau entlang der Kantonsstrasse eingehalten sind, dann sind sie auch bei den hinten liegenden Gebäuden eingehalten.

Laut Raoul Niederberger wird im KriensInfo immer publiziert, wer neu eingebürgert wurde. Bei den Familien steht eine Formulierung wie aus dem letzten Jahrhundert; Ehemann yx mit Frau und Kind. Kann man diese Formulierung anpassen in eine Form, welche dem heutigen Verständnis einer Familie entspricht?

Cyrill Wiget ist nicht ganz klar, ob es ein Regulativ im Einbürgerungswesen gibt, welches dies so noch festhält. Wenn es dies nicht gibt, findet er diese Beobachtung gut, um allfällige Genderanpassungen vorzunehmen. Er klärt dies sauber ab.

Anmerkung der Protokollführerin:

Im Kantonalen Bürgerrechtsgesetz ist unter § 16 folgendes festgehalten: «Die Gemeinde macht die Namen und Adressen der Personen bekannt, denen das Gemeindebürgerrecht erteilt oder zugesichert worden ist». Die Publikation wird neu wie folgt formuliert: Name, Vorname, Geschlecht (m/w), Adresse. Wenn Familien eingebürgert werden: Name, Vorname, Geschlecht zuerst der Eltern, anschliessend «und die Kinder (Name, Vorname, Geschlecht), Adresse».

Kurt Gisler sah im Kantonsblatt vom 30. Mai 2020 ein Baugesuch vom Hotel Himmelrich. Es ist knapp ein Jahr her, als im Einwohnerrat über finanzielle Ausstände gegenüber der Stadt diskutiert wurde. Ist das jetzt erledigt und kann man diesem Baugesuch guten Mutes entgegentreten?

Gemäss Matthias Senn betrifft das eingereichte Baugesuch den Aussenbereich mit Terrasse und Wintergarten. Wenn man die Visualisierungen anschaut, gibt dies eine sehr schöne Sache. In der Zwischenzeit ging die Betreiberin des Hotels, Hotel Himmelrich AG, in Konkurs. Die Ausstände haben den Tourismuskontos betroffen. Die Wasserversorgungs- und die Baubewilligungsgebühren waren erledigt. Für die Tourismusabgaben läuft zurzeit noch ein Verfahren bei einer anderen Stelle.

Patrick Koch fällt auf, wenn in Kriens Strassen saniert werden, dauert es oft sehr lange, bis die entsprechenden Strassenmarkierungen angebracht werden. Aktuell wurden in der Alpenstrasse vor Monaten Sanierungen gemacht. Die Fussgängerstreifen sind jetzt nicht mehr richtig erkennbar. Die Sicherheit ist so nicht optimal.

Matthias Senn ist kein konkreter Fall bekannt, welcher intern diskutiert wurde. Die Markierungsarbeiten sind halt auch wetterabhängig und so kann es dauern, bis diese Firmen zum Einsatz kommen. Er klärt das konkrete Beispiel intern ab.

Anmerkung der Protokollführerin:

Nach Strassenbauarbeiten wird der Deckbelag in der Regel wegen möglicher Setzungen erst später eingebaut, zudem kommt wegen der Temperaturen nur das Sommerhalbjahr in Frage. Die definitive Markierung erfolgt erst nach Einbau des Deckbelags. Dies entspricht den Regeln der Baukunst. Die auf dem nicht fertig erstellten Belag aufgetragenen provisorischen Markierungen werden rascher abgenutzt.

Gemäss Beat Tanner ist die Post Kriens neu im Stadthaus. Er hat schon mehrmals festgestellt, dass die Parkplätze der Stadt rege von Postkunden benutzt werden. Zahlt die Post etwas für die Benutzung dieser Parkplätze?

Laut Franco Faé zahlt die Post nicht direkt etwas, weil es sich um öffentliche Parkplätze handelt, welche allen zur Verfügung stehen. Es sind keine gesonderten Parkplätze an der Gemeindehausstrasse noch an der Zufahrt zum Stadthaus, welche der Stadt Kriens gehören.

Michael Portmann hat noch eine Frage zur Firma Schneider in Zürich. Der Werkhof der Firma Hegglin wird bald überbaut. Wie macht dies die Firma Schneider mit dem Werkhof. Gibt es noch einen in Kriens? Oder wo werden die Mulden hingestellt?

Matthias Senn kennt die betrieblichen Abläufe nicht, aber es gibt einen zweiten Werkhof. Dieser ist bei dem Sternmattgebäude am Freigleis. Dort hat es Muldenplätze, welcher auch von der Firma Schneider übernommen wurde. Die Firma Schneider hat vermutlich auch noch einen Werkhof an einem anderen Ort.

Erich Tschümperlin stellt fest, dass das Stadthaus schon seit längerem fertig gestellt und bezogen ist. Wie sieht es mit der Minergie-Zertifizierung aus?

Gemäss Franco Faé hat die Minergie-Zertifizierung in mehreren Etappen stattgefunden und war erfolgreich. Das Gebäude ist Minergie zertifiziert, aber die Plakette ist noch nicht eingetroffen.

Anita Burkhardt-Künzler bezieht sich auf den Rüdigen Samstag, als schönes fasnächtliches Treiben auf dem Dorfplatz stattfand. Um 3:00 Uhr lief sie über den Stadtplatz und dort parkierten sicher etwa 15 Autos. Es war eine illustre Gesellschaft und sie vermutet, dass es sich um eine ausländische Hochzeit handelte. Ist es angedacht, dass der Stadtplatz als öffentlicher Parkplatz genutzt wird, wenn hier eine Festivität stattfindet?

Laut Franco Faé war es tatsächlich eine ausländische Hochzeit. Es gelten die allgemeinen Regeln. Auf dem Stadtplatz ist klar ein Parkverbot signalisiert. Die Verwaltung ist aber nicht Aufsichtsbehörde. Es passiert leider fast jeden Tag. Die Polizei wurde informiert und macht immer wieder Kontrollen. Auf dem Stadtplatz darf nicht parkiert werden und es gibt auch keine Bewilligung dafür. Dafür gibt es die öffentlichen Parkhäuser.

Gemäss Martin Zellweger wird im Agglo-Mobil4 Schlussbericht vom Verkehrsverbund Luzern vom 20. Dezember 2019 eine Kürzung der Buslinie 15 vorgeschlagen. Was weiss der Stadtrat davon und wie läuft der Prozess der Einflussnahme und Entscheidung?

Matthias Senn ist über die Frage etwas überrascht, weil die Beantwortung zur Interpellation Cla Büchi dies alles im Detail beschrieben hat. Es ist vorgesehen, dass die Linie Sidhalde mit dem Kuonimatt zusammengefügt wird. Es soll auch eine neue Linie über den Sonnenberg geben, welche bis in die Stadt Luzern fährt. Das ist ein neues Konzept des Ortsbusses, welches vorgeschlagen wurde. Dazu laufen nun die Planungen, bis es definitiv entschieden wird.

Enrico Ercolani findet den neuen Kreisel an der Horwerstrasse genial. Der Verkehr läuft meistens gut. Jetzt sind alle Strassenmarkierungen fertig. In der Mitte des Kreisels befindet sich ein grosser Steinhäufen. Er nimmt an, dass dieser noch umgestaltet wird. Wie wird dieser umgestaltet? Er hatte in der Nacht eine Vision, dass man einen Geiselchlopfer hinstellen kann. Das wäre schön, denn es ist ein Teil des Krienser Brauchtums.

Laut Matthias Senn ist keine Statue vorgesehen, jedoch eine innovative Bepflanzung, welche die Abteilung Umwelt- und Sicherheitsdienste am Vorbereiten ist.

Peter Stofer möchte wissen, warum Baugesuche zu 5G-Antennen aufgelegt werden, obwohl der Stadtrat im Februar bekanntgegeben hat, dass solche Baugesuche im Moment nicht bewilligungsfähig sind.

Gemäss Matthias Senn ist man ganz klar dazu verpflichtet vollständige Baugesuche öffentlich aufzulegen. Erst nach der öffentlichen Auflage wird geprüft, ob es rechtmässig ist. Wenn dies nicht aufgelegt wird, macht man einen Verfahrensfehler. Selbstverständlich hält sich der Stadtrat daran, dass man vorläufig 5G-Antennen nicht bewilligt, solange die Mess- und Vollzugsvorschriften des Bundes nicht vorhanden sind.

3. Bericht und Antrag: Jahresbericht/Jahresrechnung 2019

Nr. 291/20

Roger Erni begrüsst als Sachverständigen Franz Bucher.

Die KFG zeigt sich laut Martin Zellweger massiv enttäuscht über das Resultat 2019. Es ist das schlechteste Resultat innerhalb der Statistik der letzten 28 Jahre, mehr fand er nicht auf LUSTAT, schlechter als 1992, schlechter als 2011, beide massive Verlust-Jahre. Delikater Unterschied: Kriens weist in diesem Jahr zugleich eine Rekord-Verschuldung aus und die Finanzkennzahlen bewegen sich fern von den kantonalen Vorgaben. Es kommt nicht von ungefähr, dass der Einwohnerrat den Finanzplan zwei Jahre in der Folge ablehnend zur Kenntnis genommen hat und die KFG und auch der Kanton Massnahmen gefordert haben. Als der AFP 2020-2024 im Einwohnerrat diskutiert wurde, war es bereits November. Es erstaunt schon, dass der Stadtrat zu diesem Zeitpunkt noch im Blindflug zu sein schien. Die KFG hat in der März-Sitzung 2020 im Rahmen der Diskussion um die Finanzstrategie zum ersten Mal von einem massiven Millionen-Verlust in der Rechnung 2019 gehört, allerdings noch nicht mit konkreten Zahlen untermauert. Betrachtung von einer Rechnung ist normalerweise Vergangenheitsbewältigung. Dieses Mal sieht es anders aus. Das Resultat 2019 schränkt Kriens für die Gegenwart und Zukunft massiv ein. Man wird dies im anschliessenden Traktandum im Rahmen der Finanzstrategie vertieft diskutieren. Es ist dem Stadtrat zwar positiv anzurechnen, dass er bei Erkennen der Situation sofort reagiert hat. Die Frage bleibt, wieso kommt diese Erkenntnis erst so spät und wieso werden Warnzeichen nicht früher wahrgenommen. Man braucht keine grossen Analysen, um den Fehlbetrag der Rechnung zu verstehen. Man könnte zwar jetzt auf den Kanton zeigen oder sich über unerwartete SEG resp. Sozialversicherungskosten beklagen. Aber sind wir ehrlich: Der Aufwand-Überschuss entspricht ziemlich genau dem Fehlbetrag bei den Steuern der natürlichen Personen. Alle anderen Abweichungen wurden zwar auch nicht geplant, hätten aber eigentlich durch Budgetdisziplin abgefedert werden können. Wie gesagt, die wichtige Diskussion zu diesem Thema wird im nächsten Traktandum geführt. Zum Jahresbericht kann die KFG noch festhalten, dass das Format zum ersten Mal gemäss FHGG und HRM2 erstellt wurde. Es wurde von den Finanzdiensten umfassend ausgearbeitet und kommt bereits in guter Form daher. Für diese Leistung möchte sich der Sprechende bei den Verantwortlichen, allen voran Franz Bucher, bedanken. Im Rahmen der KFG-Sitzung wurden verschiedene Detailfragen diskutiert. Eine Bemerkung wird die KFG noch im Rahmen der Detailberatung zum Thema Beteiligungsstrategien anbringen. Sämtliche Fraktionen sind auf den B+A eingetreten, alle Mitglieder haben dem Beschlusstext zugestimmt.

Gemäss Erwin Schwarz war das Eintreten auf die Jahresrechnung 2019 in der KBSG unbestritten. Sie hat die Jahresrechnung 2019, insbesondere die von ihr betroffenen Konten, mit den beiden Departementsvorstehern im Detail besprochen. Freude an den Zahlen hatte keine der politischen Parteien. Allgemein wurde aber von den Parteien darauf hingewiesen, dass die wichtigen Fragen zum Abschluss 2019 in der KFG gestellt und diskutiert werden. Kritisiert wurde, dass es bei den Bereichen Volksschule sowie Gesellschafts- und Gesundheitsdienste zu Überschreitungen der Globalbudgets gekommen ist, für die keine Nachtragskredite bewilligt wurden. Gemäss Auskünfte der Departementsvorsteher lassen die Prozesse und das Controlling noch zu wünschen übrig. Sie bittet die KFG da genau hinzuschauen. Für die Detailberatung in der KBSG verweist der Sprechende auf das Protokoll der letzten Sitzung. Wie das Protokoll ausführt, wurden die Fragen detailliert beantwortet oder die fehlenden

Antworten wurden nach der Sitzung noch schriftlich nachgeliefert. Die Jahresrechnung wurde mit einem Stimmenverhältnis von 8:1 genehmigt. Besten Dank an die beiden Departementsvorsteher, an ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch an die Finanzabteilung für die geleistete Arbeit.

Viktor Bienz führt aus, dass in der KBVU das Eintreten auf den B+A Jahresrechnung 2019 unumstritten ist. Zur vorliegenden Jahresrechnung führte der Bauvorsteher aus, dass das Bau- und Umweltschutzdepartement budgetgetreu gearbeitet hat, aber die Rechnung mit einem Minus abschloss, vor allem wegen fehlenden Steuereinnahmen und einigen Ausgabeüberschreitungen. Die geplanten, aber nicht eingetretenen Steuereinnahmen wurden Tatsache. Insbesondere die Pro-Kopfverschuldung bereitet vielen Kommissionsmitgliedern grosse Sorge. Man sieht aber im Strategiepapier einige gute Lösungsvorschläge, auch wenn diese noch keine klare Linie zwischen Einnahmen und Ausgaben zeigen. Dazu gehört aber auch ein effektiveres Controlling. Der Bauvorsteher führte dazu aus, dass das IKS ab 2020 läuft, wegen des neuen Rechnungslegungsgesetzes. Mit dem anvisierten Investitionsstau ist man nicht glücklich. Irgendwann wird sich dies wieder rächen, meinten einige von der Kommission. Man stellte aber auch die positive Gestaltung des Berichtes fest. Zudem wurde die Verwaltungsarbeit gelobt, und es wurde vor einer Reduzierung des Verwaltungsapparates gewarnt. Auf die verschiedenen Fragen und Antworten in der Detailberatung geht der Sprechende jetzt nicht ein, man konnte dies ausführlich im Protokoll lesen. Dem Beschlusstext wurde in den KBVU relevanten Themen einstimmig zugestimmt.

Die CVP/JCVP-Fraktion möchte sich laut Bruno Purtschert vorerst bei den Erstellern dieses Werkes herzlich bedanken. Es ist umfassend und informativ. Da steckt viel Arbeit dahinter. Beim Lesen des Jahresberichtes macht sich allerdings eine gewisse Ernüchterung und auch Ratlosigkeit breit. Einerseits stellt sich die zentrale Frage, wie es möglich war, den Steuerertrag 2019 so falsch einzuschätzen und andererseits, wie soll es nun weitergehen. Welche Massnahmen sind einzuleiten, um aus dieser Situation wieder hinauszukommen? Diese Themen werden mit dem nächsten Traktandum zur Finanzstrategie diskutiert. Jetzt also zur Jahresrechnung 2019. Positiv erwähnt werden darf sicher die hohe Budgetdisziplin in allen Abteilungen. Es scheint, als habe man die Kosten, zumindest diejenigen welche man beeinflussen kann, im Griff. Informativ erachtet sie auch die neu aufgeführte Eignerstrategie bei den Beteiligungen. Diese ist informativ, wenn auch bei grösseren Beteiligungen sicher noch ausbaubar. Nun zu den Zahlen 2019: Nicht hilfreich sind die höheren Kosten im Sozialversicherungsbereich. Die Mindereinnahmen bei den Steuern sind fatal. Erstaunlich ist, dass die Mindersteuereinnahmen gegenüber dem Budget bei den natürlichen Personen und nicht bei den juristischen Personen entstanden sind. Hier sollte die «Analyse zur Struktur und Entwicklung des Steuerertrages» noch weitere Infos liefern. Der Sprechende verzichtet auf eine detaillierte Beschreibung der katastrophalen Zahlen, wie den Selbstfinanzierungsgrad von 15.7 %. Man hat diese bewusst in Kauf genommen als die Zentrumsprojekte entschieden wurden. Man ging allerdings davon aus, dass diese jetzt via Steuereinnahmen verbessert werden können. Das war ein Trugschluss. Begrüssenswert ist, dass der Stadtrat Sofortmassnahmen eingeleitet hat, um im 2020 das Defizit im Rahmen halten zu können. Ein Nebenschauplatz, welcher für ihn als Wirtschaftsprüfer befremdend ist, ist wenn das interne Kontrollsystem erst im Aufbau und noch nicht dokumentiert ist. Der Stadtrat muss das im Jahr 2020 umsetzen, damit es nicht nochmals im Revisionsbericht steht. Da das Ergebnis nicht von ausserordentlichen Positionen beeinflusst ist, ist leider davon auszugehen, dass auch in Zukunft nicht mit wesentlich höheren Erträgen zu rechnen ist. Daher sind die Zukunftsaussichten für die Stadt Kriens noch erschreckender als das Ergebnis selbst. Dabei muss man daran denken, dass folgende Faktoren die zukünftigen Ergebnisse zusätzlich belasten:

- Erwartete Rezession wegen Covid 19 mit Mindereinnahmen bei natürlichen und juristischen Personen
- Steigende Sozialkosten infolge Rezession / Kurzarbeit
- Erhöhte Abschreibungen ab 2020, da Zentrumsprojekt erst ab diesem Jahr abgeschrieben wird
- Rückstellungsbedarf für Rente der bisherigen Stadträte

Da die notwendigen Massnahmen im nächsten Traktandum und vor allem mit dem Budget 2021 diskutiert werden, verzichtet die CVP/JCVP-Fraktion auf weitere Ausführungen. Die Hoffnung, dass das Bevölkerungswachstum zu einem moderaten Zuwachs an Steuereinnahmen führen wird, hat sie nicht aufgegeben. Aber man darf sich nicht mehr darauf verlassen. Man muss die Jahresrechnung mit Sparen und Mehreinnahmen - ohne diesen Effekt - ausgleichen können. Der Sprechende dankt den Erstellern für diesen Bericht. Die CVP/JCVP-Fraktion ist für Eintreten und wird den Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Als Martin Zellweger von der SVP-Fraktion 2018 in seiner Verzweiflung über das Fehlen jeglicher Finanzstrategie in Kriens das Postulat «Raus aus den Schulden» eingereicht hat, da stand Kriens noch vor dem finanziellen Abgrund. Jetzt ist man einen Schritt weiter. Bereits im Mai 2017 hat man vom damaligen Gemeinderat, heutigen Stadtrat, mit einer Motion verlangt frühzeitig für das Budget 2019 Massnahmen im Rahmen von 5.2 Mio. Franken zu ergreifen. Der Gemeinderat hat sich dagegen gewehrt und im Einwohnerrat die Mehrheit erhalten. Jetzt hat man genau die erwartete Misere im Rahmen von 5.6 Mio. Franken in der Rechnung. Was will der Sprechende damit sagen? Man hat es kommen sehen, man musste nur die Augen öffnen. Die Rechnung 2019 ist grottenschlecht und ein Resultat systematischer Ignoranz. Der Stadtrat und die Mehrheit der Krienser Politik wollte den bürgerlichen Mahnfinger nicht wahrhaben. *«Ihr müsst nur Geduld haben, das Wachstum wird uns den Steuersegen schon noch bringen»*- tönte es unisono von dieser Seite. Finanziell hat uns die Realität jetzt eingeholt. Zulange wurde die Finanzplanung auf Träumen aufgebaut und bei Vorliegen der Fakten wurde überhaupt nicht oder zu wenig, oder viel zu spät reagiert. Somit kann Martin Zellweger auch die Begründung des Stadtrats für die Misere nicht teilen. Klar sind die Steuern tiefer als erwartet ausgefallen, klar waren die SEG- und die Sozialversicherungskosten höher als geplant. Der Fehler war die falsche Planung getrieben von städtischem Wunschdenken. Man wird es sicher anschliessend in den Ausführungen des Stadtrates hören: *«Wir haben ja immer gewusst, dass die Schulden so hoch sein werden und das Krienser Volk und der Einwohnerrat haben Ja gesagt»*. Ja das stimmt, bis auf die SVP. Aber das Volk wurde nicht informiert, dass das Steuerwachstum ohne jegliche fundierte Analyse dieses Szenarios und ohne Berücksichtigung der Wachstumskosten als Gottgegeben in die Planung eingeflossen ist. Es müsste spätestens jetzt jedem klar sein, dass zu diesem Punkt dem Krienser Volk nicht Visionen, sondern Illusionen verkauft wurden. Die Misere ist angerichtet. Ein neues Team übernimmt ab September und die SVP-Fraktion wird konstruktiv mitarbeiten Kriens in eine bessere Zukunft zu führen. Es wird eine Knochenarbeit und bedeutet Verzicht und eine Zusammenarbeit aller Parteien im Einwohnerrat und im Stadtrat. Wie bereits gesagt, die Rechnung 2019 ist nicht Vergangenheitsbewältigung, sie ist eine schwere Hypothek, welche der neuen Legislatur und dem neuen Team aufgebürdet wird. Der Sprechende hat immer wieder gewarnt, die Cüplis der Eröffnungsfeiern trinken die Jetzigen, aufräumen müssen dann die Nächsten. Er denkt aber, es ist auch gut so. Nun zum Stichwort Legislatur. Zum Bericht über die Umsetzung des Legislaturprogrammes möchte die SVP-Fraktion nicht gross Stellung beziehen. Sie hat die schlechte Griffigkeit der Legislaturziele bemängelt, entsprechend schwierig ist das Resultat messbar. Natürlich wurde auch viel Gutes und Positives erreicht und erarbeitet, aber eben halt, zu welchem Preis. Auf jeden Fall, die sieben fetten Jahre, die sind gelaufen. Mehr Bescheidenheit ist wieder angesagt. Als letztes möchte sich die SVP-Fraktion, trotz dem schlechten Resultat, für die hervorragende Arbeit für die Erstellung des Dokuments bedanken. Es wurde im Rahmen der neuen FHHG/HRM2 Anforderungen in neuer Struktur geschaffen. Die Aufarbeitung bedeutete einen grossen Aufwand. Vielen Dank an Franz Bucher mit den Finanzdiensten aber auch allen weiteren Beteiligten. Die SVP Fraktion tritt auf die Rechnung ein, wird sich aber bei der Genehmigung auf die Zunge beißen müssen.

Daniel Rösch dankt im Namen der FDP-Fraktion der Verwaltung für die erste Erarbeitung der Jahresrechnung unter der Rechnungslegung nach HRM2 und dem neuen Finanzhaushaltsgesetz für Gemeinden FHGG. Die Situation ist nicht schön zu reden und daher kommt er gleich zum Wesentlichen: Das Jahresergebnis 2019 stellt einen neuen Tiefpunkt der städtischen Finanzen dar. Die Verschuldung ist

bekanntlich auf einem neuen Höchststand. Diese würde sogar noch höher ausfallen, wenn alle Investitionen gemäss Budget ausgelöst worden wären. Dementsprechend überrascht es auch nicht, dass die Finanzkennzahlen äusserst nüchtern ausfallen. So liegt beispielsweise der Selbstfinanzierungsgrad gerade einmal bei mickrigen 15,7 % und ist so von den im Budget anvisierten 44.6 % deutlich entfernt. Bei der damaligen Beratung zum Budget hatte die FDP-Fraktion dieses abgelehnt, weil sie die Finanzkennzahlen nicht verantworten konnte. Gewisse Kennzahlen hielten dabei schon damals nicht die Richtlinien des Kantons ein. Sie nimmt zur Kenntnis, dass gewisse Kennzahlen in der vorliegenden Jahresrechnung noch weiter von den Vorgaben des Kantons abweichen. Weiter ist zu bemerken, dass das Rechnungsergebnis zwar ein Defizit von 5,6 Mio. Franken ausweist, der Finanzierungsfehlbetrag im Jahre 2019 aber mit 11,5 Mio. Franken zu Buche schlägt. Um diesen Betrag musste sich die Stadt Kriens zusätzlich verschulden. Auch die Fiskalerträge fallen gegenüber dem Budget deutlich tiefer aus. Die FDP-Fraktion ist von diesem Umstand nicht überrascht. Seit Jahren kritisiert sie die zu optimistische Planung der Fiskalerträge. Da möchte Daniel Rösch daran erinnern, dass sich die FDP-Fraktion in ihrer damaligen Haltung beim Referendum im 2015 leider bestätigt fühlt. Auch vom angepriesenen Turnaround, welcher ja eigentlich im Rechnungsjahr 2019 hätte stattfinden sollen, ist man weit entfernt und ist nicht eingetroffen. Ihre damaligen Befürchtungen sind somit leider grösstenteils eingetroffen. Äusserst bedenklich findet die FDP-Fraktion jedoch, dass die relative Steuerkraft abgenommen hat. Inwiefern die Neuberechnung dieser Kennzahl unter HRM2 dazu beigetragen hat, kann man nicht einschätzen. Ihrer Meinung nach wären da entsprechende Analysen schon lange nötig. Als besonders störend empfindet die FDP-Fraktion die nicht bewilligten Kreditüberschreitungen gewisser Globalbudgets. Die entsprechenden Begründungen für die jeweiligen Überschreitungen fallen dabei teilweise lapidar aus und tragen so nur bedingt zur Transparenz bei. Für sie ist klar, dass das Controlling so gestaltet werden muss, dass solche Überschreitungen frühzeitig erkannt werden können, damit das Parlament auch entsprechend einbezogen werden kann. So sieht es nämlich auch das FHGG vor. Der Stadtrat täte gut daran, wenn er sich an diese Leitlinien halten würde, hatte er sich doch in der Vergangenheit auch hinter den Paragraphen des FHGG versteckt. Die FDP-Fraktion drückt diesmal beide Augen zu und akzeptiert die nicht bewilligten Kreditüberschreitungen, dies aus dem Grund, weil sie der Verwaltung auch entsprechend Zeit geben möchte, bis sich die FHGG-Prozesse eingependelt haben. Dies ist aber das erste und das letzte Mal. In Zukunft wird sie keine unbewilligten Kreditüberschreitungen mehr akzeptieren. Die vorliegende Jahresrechnung erscheint in einer neuen Form und richtet sich so nach den Vorgaben gemäss Kanton. Bekanntlich sind die Zahlen nicht vergleichbar mit den vergangenen Jahresrechnungen. Wie schon beim Budget, ist auch in der Jahresrechnung der Paradigmenwechsel, welcher durch das FHGG vorgegeben wird, klar ersichtlich. So ist im Bericht deutlich weniger Zahlenmaterial zu den einzelnen Konten vorhanden, worunter die Transparenz sowie Nachverfolgbarkeit teilweise leiden. Es verdeutlicht aber auch, wie wichtig die Messgrössen und die Indikatoren sind. Auch den im Legislaturprogramm vorgegebenen Zielen kommt so eine hohe Bedeutung zu. Jedoch zeigt der Bericht über die Umsetzung des Legislaturprogramms aber auch exemplarisch auf, dass die Ziele in Zukunft klarer sowie messbarer definiert werden müssen. Ansonsten verkommt der Lagebericht zu einer jährlichen Alibi-Übung. Neu sind im Bericht auch die Beteiligungsstrategien zu den Organisationen mit kommunaler Beteiligung aufzufinden. Grundsätzlich ist die FDP-Fraktion mit der Form dieser Übersicht einverstanden. Jedoch empfindet sie die knappe und detailarme Formulierung vereinzelter Eignerstrategien als unpassend sowie verfehlt. Insbesondere beim VLG sowie bei der GICT müsste in den Strategien eine klare Stossrichtung sowie die Absicht der Mitgliedschaft ersichtlich sein. Auch zu den Zielen müssten dabei klare Aussagen zu finden sein. Gerade die Mitgliedschaften dieser beiden Beteiligungen waren in der Vergangenheit schon Zentrum politischer Diskussionen bzw. wurden durch politische Vorstösse schon hinterfragt. Aus diesem Grund wären klare Eignerstrategien umso nötiger. Die FDP-Fraktion wird auf den B+A eintreten und diesen entsprechend genehmigen. Auch sie tut sich mit dieser Genehmigung schwer. Den Bemerkungsanträgen der KFG wird sie entsprechend zustimmen. Der Sprechende dankt nochmals den Beteiligten für die Ausarbeitung und die Berichterstattung.

Laut Raphael Spörri, SP-Fraktion, hält man hier einen Rechnungsabschluss in den Händen, der wirklich nicht zu Luftsprüngen verleitet. Man hat nun erneut, wie jedes Jahr, viele Zahlen, Mutmassungen

und Erklärungen gehört. Es sind vor allem die unter Budget abgeschlossenen Steuereinnahmen und die erhöhten Pflegerestfinanzierungskosten, welche die Rechnung so abschliessen lassen. Erfreulich dagegen sind die unter Budget abgeschlossenen Posten bei der Verwaltung. Ebenso wurde einiges weniger investiert. Trotzdem stieg die Verschuldung. Es bleibt wohl nichts Anderes übrig, als die schlechte Botschaft der Rechnung 2019 zu genehmigen. Die Gründe sind oder werden im Geschäft «Stadtfinanzen im Gleichgewicht» gleich noch einmal behandelt. Hier sich nun lange den Kopf zu zerbrechen scheint dem Sprechenden nicht verhältnismässig und ist sowieso nur Vergangenheits-Bewältigung. Daraus zu lernen scheint ihm aber wichtig. Das hat der Stadtrat im folgenden Geschäft gemacht und hat mit externer Hilfe bereits für das Budget 2021 Gegenmassnahmen ergriffen. Ob auch auf längere Sicht eine Besserung mit der Finanzstrategie möglich ist, wird sich weisen und wird von allen Parteien Flexibilität und Bereitschaft zu Kompromissen abverlangen. Er bittet darum die Sache auch von einer anderen Seite anzuschauen. Man rechnet immer nur in Zahlen. Plus oder minus, gut oder schlecht. Was aber in der Rechnung 2019 vergessen geht ist die Frage, was ein Bürger der Stadt Kriens überhaupt bekommt bzw. was die Gegenleistung ist. Man ist immer nur bestrebt die Gemeinde in Zahlen abzubilden und vergisst, leider zu oft, der Mensch der dahintersteckt. Vergessen sie es endlich eine Gemeinde bzw. Stadt wie eine Firma zu führen. Natürlich müssen die Zahlen stimmen, aber es sind noch andere Faktoren da, die aus seiner Sicht ebenso wichtig sind. Eine Stadt mit Menschen, Natur, Tieren und all den ineinandergreifenden Mechanismen kann, ja darf man nicht nur über Zahlen vergleichen. Für die SP-Fraktion stehen noch ganz andere Werte im Vordergrund. Für sie besteht die «Gegenleistung» in hoher Lebensqualität. Auf den ersten Blick scheint dieser Begriff sehr schwammig. Man hätte aber mit den Messgrössen und Indikatoren im Budget und der Jahresrechnung die Möglichkeit, die Lebensqualität direkt zu messen und diese abzubilden. Der Vorstoss von Michael Portmann ist ein ideales Instrument einer «lebenswerten Stadt» näher zu kommen. Halten wir mal ein paar Sekunden inne und überlegen uns: Was braucht man um in Kriens zufrieden zu sein? Sind es eher materielle Werte oder soziale wie z.B. ein Netz für Armut, gute Schulbildung, Tagesstrukturen oder Sozialleistungen für Familien aber auch im Alter? So unterschiedlich wie die Antworten sein mögen, so unterschiedlich sind sie in der Bevölkerung. Die Entscheidung was die Gesamtbevölkerung will, muss sie selber treffen. Die Leistungen die Kriens erbringen soll, muss man demnach in Zukunft mit einem Preisschild kennzeichnen. Also auch: *«Hey wir bieten dir Sicherheit im Alter, ein Auffangnetz in schlechten Zeiten und eine Zukunft dank guter Bildung»*. Dies darf uns doch auch etwas wert sein. Vielleicht hätte dann der eine oder andere ein Aha-Erlebnis und wäre gerne bereit mehr Steuern zu zahlen. Die SP-Fraktion nimmt die Jahresrechnung zur Kenntnis. Sie sieht aber hinter der Zahlenflut andere, ebenso wertvolle Erkenntnisse die zu erhalten ja sogar auszubauen sind.

Gemäss Erich Tschümperlin, Grüne/GLP-Fraktion, ist das Jahresergebnis 2019, man kann es nicht anders sagen, eine Katastrophe. Einmal mehr werden die Einnahmen nicht erreicht, es sind dieselben Themen wie die letzten Jahre, nur schlimmer. Das Wichtigste wurde bereits mehrfach gesagt. So gesehen erübrigt sich ein Kommentar dazu. Das Einzige was jetzt hilft aus diesem Loch heraus zu kommen, ist die Finanzstrategie, die als nächstes Traktandum behandelt wird. Es braucht einen Überblick und fundierte Gesamtanalysen, damit man mittel- und langfristige Massnahmen beschliessen kann. Die Zeit der Hüftschüsse oder der Hoffnung auf höhere Steuereinnahmen ist definitiv vorbei. Denn die Steuereinnahmen erreichen seit Jahren die budgetierten Ziele nicht. Das versprochene Steuerwachstum aufgrund der Wachstumsstrategie ist gescheitert. Da hätten dem Stadtrat schon früher die Alarmglocken läuten sollen. Dass der Stadtrat so lange gewartet hat, bis er endlich eine Analyse in Auftrag gegeben hat, nämlich die Studie «Auswirkungen des Wohnungsbaus auf die Steuereinnahmen in Kriens», ist unverständlich. Man hätte diese schon viel früher gebraucht. Allein an der letzten Einwohnerratssitzung hat der Einwohnerrat den Weg frei gemacht für die Einzonung von weit mehr als 20'000 m² Bauland und dies ohne zu wissen, wie sich dies auf die Finanzen auswirkt. Die Studie liegt dem Einwohnerrat übrigens noch nicht vor, vermutlich war und ist vielen gar nicht bewusst, dass eine solche in Arbeit ist. Das Defizit hat strukturellen Charakter und darum ist man auf Fakten angewiesen. Diese liefert der Stadtrat nun erstmals mit der Finanzstrategie 2020 – 2024. Der Handlungsspielraum der Stadt für die nächsten paar Jahre ist gegen Null gesunken. Trotz all dem, und obwohl die Rechnung Ge-

schichte ist, möchte die Grüne/GLP-Fraktion noch ein paar Bemerkungen zur Rechnung 2019 anbringen. Was sie vergebens gesucht hat, sind die offene Rechnungen, im Speziellen die offenen Bauabrechnungen. Bei den Risiken fehlen ihrer Ansicht nach die offenen Bauabrechnungen Kirchbühl 1 + 2 und Brunnmatt. Diese sollten eigentlich schon lange vorliegen, tun es aber leider nicht. Dass dies in der laufenden Legislatur nicht möglich war, ist enttäuschend und gleichzeitig eine Altlast für die neuen Stadträte. Da bei diesen Abrechnungen bereits Kostenüberschreitungen angekündigt wurden, wäre es angebracht, diese in irgendeiner Form in der Rechnung anzuzeigen. Weder bei der Würdigung des Stadtrats, noch bei den Risiken oder bei der finanziellen Situation steht ein Wort dazu. Auch die Untersuchung von Dr. Thomas Willi zu den Kostenüberschreitungen, die der Stadtrat in Auftrag gegeben hat, ist im B+A mit keinem Wort erwähnt. Weder diese zusätzlichen Kosten, noch die Untersuchung werden erwähnt, sondern nur das schwierige Umfeld und das ausbleibende Wachstum und die fehlenden Steuern. Etwas mehr Einsicht und Transparenz hätte die Grüne/GLP-Fraktion an dieser Stelle vom Stadtrat erwartet. Es erstaunt dann auch nicht weiter, dass die Einsetzung einer PUK durch den Einwohnerrat mit keinem Wort erwähnt wird. Auch die PUK hat zum Ziel, dass die Stadt bei ihren Projekten in Zukunft die Finanzen wieder im Griff hat und für die Zukunft äusserst wichtig ist. Ein weiterer Punkt, den sich die Grüne/GLP-Fraktion angeschaut hat, sind die Einnahmen aus Vermietungen. Die Stadt hat ja im Kleinfeld gross investiert und muss diese Kosten verzinsen und amortisieren. Bei der Vermietung des Fussballplatzes resultieren Einnahmen von Fr. 1'099 für den Zeitraum Oktober bis und mit Dezember. Weshalb gibt es keine Einnahmen für Januar bis September? Die Miete des SC Kriens beträgt Fr. 9'500 für das ganze Jahr. Dies ist nur ein Beispiel. Es geht hier nicht um den SC Kriens, sondern darum, dass man auch auf der Einnahmenseite genauer hinschaut. Auch hier müssen die Einnahmen in einem vernünftigen Verhältnis zu den Investitionen und zum Unterhalt stehen. Unter Kapitel «3.2 Chance» steht, dass die eingeführte Mehrwertabgabe Kriens bei Infrastrukturprojekten massiv entlasten wird. Hier muss der Stadtrat aber noch einen Zacken zulegen. Ohne Michael Portmann würde die Mehrwertabgabe bei der Pilatus Arena um einige Millionen tiefer ausfallen. Wenn die Stadt weiterhin freiwillig auf solche Beiträge verzichtet, bringt man es noch lange auf keinen grünen Zweig. Das ist erschreckend. Er dankt dafür, dass man dies aufgegriffen hat. An dieser Stelle möchte die Grüne/GLP-Fraktion dem Finanzdepartement, und speziell dem Finanzleiter Franz Bucher, ihren grossen Dank aussprechen. Die Rechnung 2019 ist sehr übersichtlich und hat viele Wünsche aufgenommen und umgesetzt. Sie ist gut lesbar und umfasst viele Bereiche, dieses Jahr inklusive Beteiligungen und Eignerstrategien. Dass dies für ihn und sein Team ein Kraftakt war, ist klar. Denn die Umstellung auf HRM2 und nun auch noch die Mitarbeit an der Finanzstrategie 2020 – 2024 sind Arbeiten, die neben dem Tagesgeschäft bewältigt werden müssen und das ist nicht selbstverständlich. Die Grüne/GLP-Fraktion ist für Eintreten und wird dem B+A notgedrungen zustimmen.

Gemäss Franco Faé konnte anfangs Mai die Jahresrechnung 2019 vorgelegt werden. Alle hatten genug Zeit, um sich einzulesen. An dieser Stelle bedankt er sich bei der Finanzabteilung für die Erstellung. Es ist die erste Abrechnung nach HRM2. Weiter dankt er allen Mitarbeitenden der Verwaltung und dem Stadtrat. Es ist ein umfassender Jahresbericht in einer angepassten Form. Neu sind auch noch zusätzliche Sachen eingeflossen, wie die Beteiligungsstrategie. Momentan ist das Papier mit den Vorjahren schwer vergleichbar. Letzte Woche fand die Finanzsitzung von K5 zu diesem Thema statt. Die Jahresberichte wurden unter den Agglogemeinden diskutiert. Auch dort konnte festgestellt werden, dass noch unterschiedlich gearbeitet wird und es noch einige Anpassungen in verschiedenen Punkten braucht. Es herrschen Unklarheiten bei den Krediten, Berichten und der Problematik, dass Abrechnungen erst Ende Jahr oder sogar erst gegen Ende Februar auftauchen, welche in letzter Minute noch eingepflegt werden müssen. Man wird dies anpacken und es werden Gespräche stattfinden. Die operativen Finanzsekretäre aller Agglogemeinden werden dies zusammen besprechen und angehen. Das Resultat ist sicher sehr ernüchternd ausgefallen und der Stadtrat ist alles andere als zufrieden damit. Leider weist die Rechnung 2019 ein Minus von 5.6 Mio. Franken aus. Einige Gründe wurden bereits genannt. Aber es ist Tatsache das dieses Defizit hauptsächlich den fehlenden Steuereinnahmen geschuldet ist und zwar auf allen Ebenen: Bei den natürlichen und juristischen Personen, fehlenden Sondersteuern, aber auch die höheren Kosten im Sozialbereich. Dazu möchte der Sprechende festhalten, dass dies viele Bereiche sind, bei denen man fremdgesteuert ist oder keinen Einfluss nehmen kann.

Die Verwaltung hat sehr diszipliniert gearbeitet und entsprechend verhalten. Die Kosten hatte man sehr gut im Griff. Da man bereits im ersten Forecast 2019 gesehen hat, dass es in eine schlechte Richtung geht, hat man bereits Massnahmen ergriffen. Er widerspricht der Aussage, dass die Ausgabendisziplin hätte besser sein müssen. Die Mitarbeitenden haben dort beeinflusst, wo es möglich war. Die Sorgen sind vor allem bei den Steuern zu suchen. 2019 hatte man keinen Sondereffekt, welcher zu einer Resultatverbesserung geholfen hat. Man war immer bemüht die Kosten in den Griff zu bekommen. Intern konnte man es. Im nächsten Traktandum zur Finanzstrategie wird ein möglicher Weg aufgezeigt. Alle Fragen zur Jahresrechnung 2019 wurden anlässlich der KFG-Sitzung beantwortet oder wurden im Nachgang zuhänden des Protokolls geliefert. Trotzdem möchte er sagen, dass der Stadtrat nicht im Blindflug unterwegs war. Die Warnzeichen wurden erkannt. Er gibt jedoch zu, dass die Steuereinnahmen zu optimistisch budgetiert wurden. Nun zu den Überschreitungen der Nachtragskredite. Im Detail hat der Sprechende nicht gehört, welche das gewesen sein sollen. Wenn es Kleinere gegeben hat, dann sind es solche im Kompetenzbereich des Stadtrates und darauf zurückzuführen, dass man diese sehr spät erhalten hat. Mit dem Jahresbericht hat der Stadtrat diese bewilligt. IKS wurde noch erwähnt. Diese Auflage erhielt man mit HRM2. Dies ging man auch ganz seriös an und wurde abgesprochen. Man will es im 2020 richtig und korrekt machen. Ein entsprechendes Konzept liegt vor und ist in Betrieb. Zurzeit ist man an der ersten Trimester-Kontrolle. Man wird dies richtig und korrekt ausführen. Es wäre schade, wenn man eine Alibi-Übung gemacht hätte, um ein IKS vorlegen zu können. Es wurde darauf hingewiesen, dass der Stadtrat die Investitionen zu wenig angezeigt hat. Bei den Fiskalerträgen betrachtet er vor allem die fehlenden Steuern. Die Steuerkraft hat durch die fehlenden Steuereinnahmen nachgelassen. Über den Detaillierungsgrad der Rechnung kann man natürlich immer diskutieren. Mit HRM2 wollte man eine vereinfachte Form machen und man hat diese auf rund 150 Seiten gebracht. Das war nicht unbedingt das Ziel, aber man kann in der KFG auch immer wieder Detailzahlen verlangen. Zu fehlendem Vorliegen von Bauabrechnungen möchte der Sprechende folgendes sagen. Auf Seite 145 im Jahresbericht sind diese sehr wohl erwähnt. Wenn man das Kirchbühl und Brunnmatt gemeint hat, waren diese in erster Lesung im Stadtrat. Im Moment sind sie beim Revisor zur Prüfung. Auch die Mietzinseinnahmen wurden ausgewiesen. Es ist Tatsache, dass die Fremdmieteinnahmen des Stadion Kleinfelds noch fehlen, weil dies unter der Abrechnung des SC Kriens passierte. Diese werden nach mehrmaligen Nachfragen nun noch nachgeliefert. Es wird sicher noch Detailfragen geben, wozu Franz Bucher zur Verfügung steht.

Roger Erni stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Seite 5 - Würdigung des Stadtrates

Martin Zellweger hat vorhin eine Aussage von Franco Faé irritiert. Bereits der Forecast 2019 hat gezeigt, dass das Resultat eine schlechte Richtung annimmt. Wieso hat man dann nicht für das Budget 2020 reagiert? Wieso wurde nicht die KFG als beaufsichtigende Kommission informiert? Immer wieder wird von allen hochgelobt, wie gut die Budgetdisziplin ist. Manchmal fragt er sich schon, ob man dies tatsächlich jedes Mal so hochloben muss. Das soll natürlich nicht eine Bewertung der Verwaltungsarbeit sein. Aber ist es denn nicht ganz einfach selbstverständlich, dass mit den öffentlichen Mitteln haushälterisch umgegangen wird? Dazu gibt es sogar reglementarische Vorgaben an den Stadtrat. Wenn man also die Budgetdisziplin immer noch lobt, so wird es plötzlich als Sonderleistung gesehen. Auf der anderen Seite fragt sich, wenn immer noch während des Jahres so viel Einsparungen möglich sind, werden denn nicht einfach mit zu viel Reserven budgetiert? Also liebe Stadt: Budgetdisziplin im Umgang mit öffentlichen Geldern ist selbstverständlich.

Seite 41 - Messgrössen

Michael Portmann möchte eine Anmerkung zu den Messgrössen im Bau- und Planungsdienst machen. Wenn man anschaut, wie viele Baubewilligungen 2018 bewilligt wurden, waren es 148. 2019 waren es 208. Das weist daraufhin, dass es eine gewisse Mengenausweitung gegeben hat. Der Indikator «Fristgerecht erledigte Baubewilligung» weist 50 % aus und da dieser sogar verbessert wurde, muss man der Verwaltung ein Kränzchen widmen, dass sehr gut gearbeitet wurde. Die Zielgrösse «Fristgerecht erledigte Baubewilligung» liegt bei 80 %. Das scheint seiner Meinung nach zu zeigen, dass eine Überbelastung in der Verwaltung da ist. Deshalb kann das Ziel von 80 % vermutlich gar nicht erreicht werden. In der Rechnung 2019 gibt es noch einen zweiten Punkt auf Seite 63 zu den Sozialdiensten. Dort hat man einen Indikator «Zahl der WSH-Dossiers pro Vollzeitstelle». Momentan sind 96 Dossiers pro Vollzeitstelle vorhanden. Die Zielgrösse wäre 90. Auch hier weist es daraufhin, dass die Verwaltung sehr viel Last trägt und in Bezug auf die Zielgrösse überlastet ist. Der Sprechende findet die Mengen gerüste werden systematisch überstrapaziert. Man kann sich fragen, ob diese sinnvoll sind und im Vergleich zu anderen Städten hoch oder tief sind. Der Sprechende hat den Eindruck, dass wenn jemand ruhige Arbeit in der Verwaltung sucht, arbeitet dieser nicht bei der Stadt Kriens. Diese Person tut sich eine Verwaltung an, die ihre Zielgrössen einhält und ihre Verwaltung nicht derart überlastet.

Seite 54 - Bevölkerungsdienste

Beat Tanner hat bei den Steuern festgestellt, dass mehr Personal vorhanden ist. Gegenüber 2018 hat man 1.8 Personeneinheiten mehr und gegenüber dem Budget 0.9 Personeneinheiten mehr. Man sieht jedoch, dass zahlenmässig weniger Veranlagungen gemacht wurden. Es hat mehr Leute gebraucht, aber gab weniger Output. Das kann verschiedene Hintergründe haben. Beim Veranlagungsgrad ist man bei 82 %. Es gibt Steueramt-Chefs, die sagen, wenn 80 % erreicht werden, haben sie zu wenig Arbeit für die ersten paar Monate, damit sie überhaupt Steuereinschätzungen machen können. Der Sprechende geht auch davon aus, dass dies auch in Kriens der Fall ist. Sonst hätte Kriens nicht bei einer grösseren Gemeinde des Kantons aushelfen können. Darum nimmt es Beat Tanner sehr wunder, weshalb in diesem Bereich Personal aufgestockt wird. Bereits in der Fragestunde fragte er nach, wieso Belege eingefordert werden, welche man bereits seit Jahren lang abzieht und schlussendlich auf den Steuerbetrag praktisch nichts ausmachen. Aus seiner Sicht sind reichlich Ressourcen vorhanden, welche vielleicht in einem anderen Departement oder Dienstabteilung besser angesetzt wären.

Cyrill Wiget kann nur die gleiche Antwort geben, wie er dies bereits in der Fragestunde gemacht hat. Man hat den Eindruck, dass alle Steuerpflichtigen das Recht auf eine gründliche und seriöse Abklärung ihrer Steuern haben. Der Stadtrat hat dies auch so diskutiert. Eine Zeit lang hatte auch der Kanton die Praxis sogenannte «Grüne Fälle» zu produzieren. Das ist ein grosser Prozentsatz, welche einfach über den Tisch gehen, ohne richtig angeschaut zu werden. Dies mit der Begründung, dass sie vom letzten Jahr nicht abweichen. Das ist eine Praxis, welche der Stadtrat nicht korrekt findet. Es gibt Abweichungen, welche nicht zu begründen sind. Wenn beispielsweise jemand eine hohe Arztrechnung abziehen konnte und jedes Jahr beilegt, hat diese Person auch keine Abweichung zum letzten Jahr. So kommt man als Grüner Fall ohne Analyse durch. Es ist der Auftrag Steuern einzuziehen, weil man sie auch nötig hat. Deshalb wurde das Departement mit entsprechendem Personal ausgerüstet. Dass man deutlich mehr als 108 Dossiers pro Person bewirtschaften kann, ist ihm nicht bewusst. Diese Statistik darf man ihm gerne zukommen lassen. Vor kurzem kam der Analyse-Bericht des Kantons, mit welchem Kriens ein gutes Zeugnis ausgestellt wurde. Trotzdem ist man daran das Personal zu schulen und weiterzubilden, in der Digitalisierung einen Fortschritt zu machen, um mehr Dossiers pro Person bewirtschaften zu können. Darum ist auch die Stellenerhöhung erfolgt. Man war der Überzeugung, dass sich diese lohnen wird. Es gibt ja auch tatsächlich Statistiken, dass es pro Stellenprozent den deutlich höheren Ertrag gibt, als dass die Person kostet.

Seite 90 - Fiskalerträge

Laut Kurt Gisler hat man bei den Fiskalerträgen einen Unterschied zwischen Budget und Rechnung von 5 Mio. Franken. Sind aus dieser Budgetierungsmisere irgendwelche Massnahmen eingeleitet worden? Anlässlich der Debatte zur Schulraumplanung hat Judith Luthiger-Senn die Anzahl Bewohnende auf die Wohnungen heruntergebrochen. Wird das auch bei der Budgetierung der Steuern gemacht? Wird es auch auf die Wohnung heruntergebrochen? Oder welche Massnahmen werden in Zukunft getroffen, dass solche Budgetierungsmisere nicht mehr passieren?

Cyrill Wiget ist der Begriff Budgetierungsmisere nicht sympathisch. Es tönt danach, als hätte man dies absichtlich als erhöhte Jongliermasse verwendet. Zu optimistisch war man schon, aber darum ging es nicht. Man ging davon aus, dass das Bauwachstum auch das Bevölkerungswachstum in die Höhe treibt. Beim nächsten Traktandum möchte der Sprechende noch ein paar Sätze zu dieser Analyse machen. Man kann nun natürlich sagen, dass diese Analyse früher angebracht gewesen wäre. Dies war aber auch nicht sinnvoll, weil man aktuelle Daten braucht. Es ist eine sehr spannende Analyse, welche ein Student unter Dr. Lengwiler an der Hochschule erstellt hat. Der Sprechende wird aber vorsichtig sein, daraus irgendwelche Interpretationen zu machen. Aber aus dem Zahlenmaterial kann er etwas sagen. Nun zur Frage betr. Herunterbrechen auf die einzelnen Wohnungen. Man möchte gerne genauer wissen, was die Trends sind. Also wie viele Leute ziehen wie schnell in die neuen Wohnungen? Wie schnell werden die alten Wohnungen besetzt? Wie hoch sind im Durchschnitt die Einnahmen im Vergleich von den neuen zu den alten Wohnungen? Das sind die Ansätze und es wird nicht auf die Wohnung heruntergebrochen. Vielleicht noch allgemein zu den Steuern. Der Sprechende wehrt sich dagegen, dass man lediglich auf die Einnahmensituation verweist. Der Stadtrat macht sehr darauf aufmerksam, dass dies ein wesentlicher Faktor ist, aber alle kennen die Begriffe STAV und Finanzplanung des Kantons, Ausgleichszahlung etc. Das sind exogene Faktoren, welche die Finanzen mindestens so fest belastet haben. Er bittet auch dann zu schauen, was kantonal passiert. Zurzeit jubiliert das Land, weil sie haben sehr schöne Steuererträge. Sie sind mit dem VLG und Kanton sehr zufrieden, weil es für sie aufging. In den Agglogemeinden herrscht jedoch das pure Gegenteil. Die Stadt kann es mit den juristischen Personen auffangen und Kriens nicht. Horw kann es mit St. Niklausen auffangen. Rein strukturell haben alle Agglogemeinden das gleiche Problem. Es ist sehr wichtig, dass man sich in Zukunft um die Verteilungskämpfe viel intensiver kümmert und auch kämpft. Wenn man es sich so einfach mit dem Verweis auf die Steuereinnahmen macht, muss man schon auch zur Kenntnis nehmen, dass Steuern kommen oder nicht. Wenn es einer Firma gut geht, zahlt sie Steuern. Wenn es ihr schlecht geht, bezahlt sie keine Steuern. Man hatte nicht nur bei den natürlichen Personen einen Minderertrag. Auch bei den juristischen Personen war dies der Fall. Die gesetzlichen Grundlagen, welche festhalten, wie viel eine Firma im Kanton bezahlen muss, macht nicht der Krienser Stadtrat. Den Sprechenden hat es sehr schockiert, dass man auch bei den Juristischen Personen zurückging. Als man dem nachging, fand man heraus, dass wenn eine Firma 1 Mio. Franken Reingewinn macht, bleibt für die Stadt Kriens gerade einmal Fr. 30'000.00. Das sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen. In Kriens gibt es nicht 100 – 200 Firmen, die einen so hohen Gewinn erzielen. Darum kann man es nicht so kompensieren. Es kann auch nicht bestimmt werden, wie viele Handänderungen oder Nachlassfälle es gibt. Es kann gute oder weniger gute Jahre geben. In der Regel hat man mit dem 5-Jahres-Schnitt operiert.

Seite 91 - Erfolgsrechnung

Gemäss Beat Tanner haben die Gemeinden seit der Einführung des Finanzhaushaltsgesetzes Globalbudgets. Die Meinung ist, dass man mehr Handlungsspielraum hat und unternehmerisch handeln kann. Er findet die Aussagen des Finanzdirektors sehr bedenklich, dass der Stadtrat Ausgabenkompetenzen hat. Das ist zwar schon korrekt, aber jede Ausgabe braucht neu eine gesetzliche Grundlage. Es muss irgendwo definiert sein, dass man diese Ausgabe machen darf. Es gibt eine Ausgabebewilligung, wobei sich die Frage stellt, auf welcher Stufe diese gemacht werden darf. Dann gibt es noch die finanziellen Mittel. Die Kompetenz der finanziellen Mittel ist ausschliesslich beim Parlament. Es gibt die Budgetkredite. Wenn diese nicht reichen muss der Stadtrat, bevor er eine Verpflichtung eingeht, im

Einwohnerrat einen Nachtragskredit vorlegen, der bewilligt werden muss. Vorher sind keine Verbindlichkeiten einzugehen. Das Finanzhaushaltsgesetz sieht eine Ausnahme vor. Wenn es für die Gemeinden eine nachteilige Auswirkung hat, besteht die Möglichkeit eine bewilligte Kreditüberschreitung zu machen. Dies auch nur unter gewissen Voraussetzungen, welche der Kanton ganz klar festgelegt hat. Das ist praktisch nie der Fall. Falls es zu einer nicht bewilligten Überschreitung kommt, wie es hier drin auch ist, ist der Job nicht gemacht. Eine nichtbewilligte Kreditüberschreitung gibt es eigentlich nicht. Der Stadtrat hat keine Kompetenzen eine nichtbewilligte Kreditüberschreitung zu machen. Das möchte der Sprechende einfach klarstellen. Es ist für ihn bedenklich, wie das Ausgaben- und Kreditrecht des FHGG angewandt wird.

Franco Faé findet den Vorwurf ziemlich deutlich. Beat Tanner muss ihm einfach sagen, wo dies genau gemacht wurde. Der Sprechende ist der Meinung, dass man dies im 2019 mit der entsprechenden Kompetenz erfüllt hat. Er gibt das Wort diesbezüglich gerne an Franz Bucher weiter.

Franz Bucher nimmt gerne dazu Stellung, wie dies angeschaut wurde. Er geht auf die Seite 21 zurück, welche damit einen Zusammenhang hat. Dort sind Begründungen zu den fünf Positionen festgehalten von denen es Abweichungen zum Globalkredit gab. Beat Tanner hat es korrekt gesagt, dass es bewilligte Kreditüberschreitungen und Nachtragskredite gibt. Für Nachtragskredite hat der Stadtrat keine Kompetenz mehr. Bewilligte Kreditüberschreitungen sind im § 15 FHGG klar und relativ eng umschrieben. Es wurde begründet, weshalb man keinen Nachtragskredit einholte. Bei der Position 20 der Finanzdienste hatte man weniger Einnahmen. Im Handbuch des FHGG steht auf Seite 4 im Kapitel Steuerung, dass kein Nachtragskredit bei Ertragsausfall notwendig ist. Wenn man beim Strom weniger Konzessionsgebühren erhält, handelt es sich um einen Ertragsausfall. Oder auch wenn die Billettsteuer nicht einkassiert werden kann, ist es dasselbe. Wenn diese beiden Ertragsausfälle zusammenzählt werden, ergibt es sogar noch mehr als die Abweichung ist. Bei den Bevölkerungsdiensten ist es das Gleiche. Die Steuererträge wurden nicht erreicht und auch Gebühreneinnahmen konnten nicht realisiert werden. Wenn man auch diese beiden Beträge zusammenzählt, gibt es mehr als die Abweichung ist. Bei den Freizeitdiensten sieht es etwas anders aus. Diese kleine Abweichung hat man erst festgestellt, nachdem man die Umlagen gefahren hat. Die Umlagen kommen von einer anderen Kostenstelle, welche keine Überschreitungen hatte. Die Umlagen kamen aus den Immobilienbereichen. Dort gab es einen kleinen Betrag, welche man den Freizeitdiensten umgelegt hat. Es ist korrekt, dass es sich hier um eine Überschreitung handelt. Bei den Gesellschafts- und Gesundheitsdiensten sind es die Sozialkosten, welche man heute auch bereits mehrfach gehört hat. Am meisten sind es die Sozialversicherungskosten. Die Restabweichung waren auch gebundene Ausgaben. Man spricht von 1.52 Mio. Franken höherer Abweichung gegenüber dem Budget. Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen: Fr. 330'000.00 Beitrag an die Restfinanzierung der Langzeitpflege und Spitex. Für die Pflegefinanzierung liegt eine gesetzliche Grundlage vor. Man kann nicht einfach sagen, dass diese nicht ausbezahlt werden. Man muss dies machen, weshalb man dies als bewilligte Kreditüberschreitung ansah. Weiter sind es Sozialversicherungsbeiträge, wie IPV, EL. Diese Rechnungen kommen erst Mitte bis Ende Februar bei den Gemeinden an. Diese waren leider viel höher. Bei der IPV hatte man eine Abweichung von Fr. 700'000.00 und der EL Fr. 250'000.00. Man konnte in einem Forecast gar nicht wissen, dass es so viel höher ausfallen wird. Man muss zwar immer erwarten, dass vom Kanton mehr kommt. Deshalb kann man nicht zum Vornherein eine bewilligte Kreditüberschreitung abholen. Auch bei den SEG gab es eine Abweichung. Das ist auch ein Pro-Kopf-Beitrag, welche einmalig im Februar kommt. Dann gab es noch eine Abweichung bei den uneinbringlichen Krankenkassenprämien. Hier kommt auch nochmals eine Rechnung des Kantons, welche bei Fr. 280'000.00 war. So zählt sich dies mit den Beiträgen an den Kanton und den Beiträgen der Langzeitpflege zusammen, was 1.66 Mio. Franken ergibt. Bei einer Position kann man sicherlich sagen, dass man dies hätte früher sehen müssen. Dies ist bei der Restfinanzierung und Langzeitpflege der Spitex. Das hätte man mit einer bewilligten Kreditüberschreitung bereits im Dezember heilen können. Man hat das aber nun erst in der Rechnung gemacht. Im 2020 wird man dies korrigieren und vermehrt darauf schauen, dass wenn eine Rechnung kommt, sofort eine bewilligte Kreditüberschreitung dokumentiert wird. Es braucht aber auch

eine bewilligte Kreditüberschreitung im Februar, was für den Sprechenden nicht ganz logisch ist. Man hat dies nicht explizit gemacht, was er auch offen zugibt. Es wurde über die Rechnung vom Stadtrat genehmigt und man war der Meinung, dass dies so korrekt ist. Die Verwaltung ist noch lernfähig und im Findungsprozess, weshalb man es fürs 2020 besser machen kann. Aber auch hier ist man der Meinung, dass keine Kreditüberschreitung gemacht wurde, wofür es einen Nachtragskredit gebraucht hätte. Bei der Volksschule geht es ähnlich. Auch hier handelt es sich um eine sogenannte bewilligte Kreditüberschreitung. Wenn es Langzeitausfälle von Lehrpersonen gibt, müssen Stellvertreter angestellt werden. Der Klasse kann ja nicht einfach gesagt werden, dass sie zu Hause bleiben müssen, weil der Lehrer ausfiel. Bei der Volksschule braucht man ab dem ersten Tag einen Stellvertreter, was natürlich Mehrkosten generierte. Ehrlicherweise wurde gedacht, dass dies noch kompensiert werden kann. Es reichte jedoch nicht ganz. Es gab Fr. 800'000.00 Mehrkosten beim Personalaufwand. Schlussendlich lag man mit Fr. 120'000.00 daneben. Man wird hier vermehrt noch ein Augenmerk darauflegen. Franz Bucher sieht den Vorwurf noch nicht ganz, wo man hätte anders reagieren müssen und welche Kredite dem Parlament hätten vorgelegt werden müssen. Er nimmt das gerne entgegen und macht das Beste daraus, dass es im 2020 nicht mehr passiert. Ihm ist der Fehler noch nicht ganz bewusst. Aber wenn einer gemacht wurde, steht er auch dazu und entschuldigt sich dafür.

Beat Tanner dankt für die Ausführungen, welche so auch alle korrekt sind. Sein Problem ist, dass geschrieben wurde, dass keine Nachtragskredite bewilligt und keine Kreditüberträge vorgenommen wurden. Das ist der eigentliche Punkt. Wenn gesagt wird, dass es bewilligt wurde, ist es eventuell falsch geschrieben. Hier liegt ein Gap dazwischen. Man weiss wovon man spricht, aber es müsste auch hier stehen.

Bemerkungsantrag KFG zu Seite 110 – Beteiligungsstrategie Organisation mit kommunaler Beteiligung

Laut Martin Zellweger nimmt die KFG im Grundsatz das Kapitel Beteiligungsstrategie Organisationen mit kommunaler Beteiligung positiv zur Kenntnis. Gemäss Zirkularbeschluss vom 25. Juni 2020 beantragt die KFG die folgenden Bemerkungen zum genannten B+A anzufügen:

Die Eignerstrategien für wichtige Beteiligungen sind in einigen Beispielen zu allgemein und zu kurz verfasst und damit nicht aussagekräftig. Aus diesem Grund erwartet die KFG vom Stadtrat, dass er die Eignerstrategien wo nötig überarbeitet und konkretisiert. Der Stadtrat zeigt der KFG auf, wie er dies umzusetzen gedenkt.

Es ist entscheidend, dass der Stadtrat klar und nachvollziehbar festhält, welche Ziele mit einer Beteiligung erreicht werden sollen. Die im Bericht aufgeführten Eignerstrategien entsprechen in vielen Fällen nicht der Wichtigkeit und dem Gewicht im Rahmen der eingesetzten Mittel. Dies muss geändert werden.

Abstimmung Bemerkungsantrag KFG

Mit 28:0 Stimmen wird der Bemerkungsantrag überwiesen.

Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Portmann, Peter	ja
Purtschert, Bruno	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja

Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja
Albrecht, Michèle	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	ja
Frauenknecht, Marco	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Hunziker, Manuel	ja

Seite 115 – Verkehrsverbund Luzern (VVL)

Martin Zellweger hat eine kurze Information zum Verkehrsverbund Luzern (VVL). Die KFG hat sich erkundigt wieviel die Stadt Kriens an Rückerstattung der VBL an den VVL aus der Subventionsaffäre erwarten kann. Die definitive Information liegt dem Stadtrat noch nicht vor. Es wird aber mit einem Betrag zwischen Fr. 650'000.00 und 700'000.00 gerechnet. Es ist zwar noch nicht definitiv, aber gute Nachrichten darf man ja auch mal mitteilen.

Roger Erni liest den **Beschlussestext** vor:

1. Jahresbericht 2019 mit:

- dem Bericht über die Umsetzung des Legislaturprogramms,
- den Berichten zu den Aufgabenbereichen,
- der Jahresrechnung 2019 der Stadt Kriens bestehend aus der Bilanz per 31. Dezember 2019, der Erfolgsrechnung 2019, der Investitionsrechnung 2019 sowie der Geldflussrechnung 2019, inklusiv Anhänge,
- dem Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsorgans,
- dem mündlichen Bericht der Kommission Finanzen und Gemeindeentwicklung,
- dem Kontrollbericht der Finanzaufsicht,

wird genehmigt.

2. Die Beteiligungsstrategie für die Organisationen mit kommunaler Beteiligung wird gemäss § 29 Abs. d. der Gemeindeordnung zur Kenntnis genommen.

3. Folgende Bemerkung wird überwiesen:

Die Eignerstrategie für wichtige Beteiligungen sind in einigen Beispielen zu allgemein und zu kurz verfasst und damit nicht aussagekräftig. Aus diesem Grund erwartet die KFG vom Stadtrat, dass er die Eignerstrategien wo nötig überarbeitet und konkretisiert. Der Stadtrat zeigt der KFG auf, wie er dies umzusetzen gedenkt.

4. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug

Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 291/20:Der Beschlusstext wird mit 27:1 Stimmen genehmigt.

Albrecht, Michèle	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	ja
Frauenknecht, Marco	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Portmann, Peter	nein
Purtschert, Bruno	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

4. Planungsbericht: Stadtfinanzen im Gleichgewicht**Nr. 293/20***Gleichzeitig wird folgender Vorstoss behandelt (im Planungsbericht integriert):***- Bericht Postulat Zellweger: Raus aus den Schulden****Nr. 160/18**Roger Erni begrüsst als Sachverständige Christoph Lengwiler und Franz Bucher.

Die KFG ist laut Martin Zellweger äusserst froh, dass der Stadtrat eingesehen hat, dass er die finanzielle Misere in Kriens nicht mehr alleine meistern kann und dass er deshalb für die Erarbeitung der Finanzstrategie mit Christoph Lengwiler einen ausgewiesenen Experten beigezogen hat. Die erste Version einer als Finanzstrategie bezeichneten Punkteliste, welche vom Stadtrat im Mai 2019 verabschiedet wurde, war fernab von dem, was man unter den aktuellen Umständen als Strategie bezeichnen möchte. Die KFG hat dies wiederholt bemängelt und immer wieder darauf gedrängt, endlich in den Prozess einbezogen zu werden. Wenn auch spät, ist man froh, dass ein ausgereiftes Konzept vorliegt. Man hat mit dem Bericht nicht nur eine umfassende Finanzstrategie, sondern auch grundlegende Informationen zur Steuerung eines kommunalen Finanzhaushalts, Entwicklung der finanziellen Situation in Kriens, Entwicklung der Steuereinnahmen sowie zu den Möglichkeiten zur Steuerung des Krienser Finanzhaushalts. Man hat hier einen hervorragenden Bericht vorliegend, den er jedem zukünftigen und auch bestehenden Stadtrat und Einwohnerrat als Pflichtlektüre zur Verinnerlichung empfiehlt. Es ist genügend Knowhow darin, um die nächste Legislatur zu überleben. Die KFG bedankt sich für diesen

Bericht. Die KFG war sich einig, dass diese Strategie den Grundstein für die finanzielle Entwicklung der Stadt Kriens ab sofort über die nächste Legislatur steuern soll. Viele Themen müssen zwar noch konkretisiert werden, vor allem die Langfristigen. Der Wille an einem Strick zu ziehen, ist mehr spürbar als auch schon. Man überwindet die finanzielle Krise in Kriens nur, wenn man jetzt auf Mikropolitische Grabenkämpfe verzichtet und sich auf die wesentliche Fahrtrichtung einigt. Es wird nicht möglich sein ohne die in der Finanzstrategie vorgesehene Erhöhung des Steuerfusses auf 2.0 Steuereinheiten die Krienser Finanzen zu sanieren. Die Analyse der Steuerstruktur in Kriens zeigt, dass man keine grossen Steuersprünge machen wird, trotz der Bautätigkeit. Beide Entlastungspakete 2020 und 2021 als Sofortmassnahme und Vorbereitung auf das Budget 2021 werden begrüsst, aber auch als absolut zwingend erachtet. Die Diskussion zeigte weiter, dass trotz der Erhöhung des Steuerfusses die im Entlastungspaket 2021 mit Plan B bezeichneten Potentiale weiterhin in Betracht gezogen und in die Planung miteinbezogen werden müssen. Die grossen Kostenblöcke müssen transparent gemacht werden. Beispielsweise muss man sichergehen, dass die Kosten pro Schüler nicht über dem kantonalen Durchschnitt liegen. Ansonsten profitiert Kriens nicht voll vom Kostenteiler und berappt dies selber. Es dürfen also absolut keine Tabus zugelassen werden, wenn man Erfolg haben, diese Diskussion führen und den Bericht und das Budget im Herbst verabschieden möchte. Dies ist ein Appell an die gesamte Führung der Stadt und den Einwohnerrat. Ansonsten schafft man die Wende nicht. Diskutiert wurde ebenso die Begrenzung der Investitionen der Spezialfinanzierungen Wasser und Abwasser. Dies wurde als grosses Risiko zur Schaffung neuer Altlasten bezeichnet. Andererseits würde ein Verzicht auf diese Rahmenbedingung der Strategie die Möglichkeiten von anderen notwendigen Investitionen noch weiter schmälern. Der Stadtrat wird mit der Erstellung des Budgets 2021 und des AFP 2021-25 stark gefordert sein. Auch der Einwohnerrat wird gefordert, wenn es darum geht diese Vorlage zu beurteilen und zu diskutieren. Es werden weitere Herausforderungen wie Covid-19-Folgen zu erwarten sein. Die Strategie ist zwar geschrieben, aber die eigentliche Arbeit steht noch an. Es ist wichtig, dass die aufgeführten Projekte extrem gut priorisiert und diszipliniert geführt werden, ansonsten wird die Finanzstrategie zu Altpapier und die Krienser Finanzen werden zur endgültigen Tragödie. Die KFG wird deshalb einen Bemerkungsantrag zum Controlling der Strategieprojekte stellen. Sämtliche Fraktionen sind auf den Bericht eingetreten, nehmen den Bericht zur Kenntnis und stimmen der Abschreibung Postulat Zellweger „Raus aus den Schulden“ zu.

Obwohl gemäss Erwin Schwarz das Geschäft der KBSG nicht zugewiesen wurde, hat Judith Luthiger detailliert über die Auswirkungen der verschiedenen Massnahmen aufs Bildungs- und Kulturdepartement informiert. Die verschiedenen nötigen Sparmassnahmen liessen die Alarmglocken klingeln. Es war aber allen Kommissionsmitgliedern klar, dass es eine Gesamtschau braucht und es keinen Sinn macht über Sparmassnahmen von einzelnen Departementen zu diskutieren. Der Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Kurt Gisler von der CVP/JCVP-Fraktion ist erfreut, dass die ersten Sparmassnahmen greifen. Die Heizung ist abgestellt, und eine weitere könnte sein, dass die Klimaanlage etwas zurückgestellt wird, denn hier im Saal ist es wirklich sehr kalt. Die CVP/JCVP-Fraktion dankt dem zuständigen Departement für den sehr ausführlichen und aussagekräftigen Bericht. Sie nimmt den vorliegenden Bericht positiv zur Kenntnis und unterstützt zudem das Abschreiben des Postulats Zellweger «Raus aus den Schulden» Nr. 160/2018. Sie dankt dem Postulanten für seine jahrelange Hartnäckigkeit. Mit der Finanzstrategie 2024 verfolgt der Stadtrat das Ziel ab dem Jahr 2021 wieder ein ausgeglichenes Resultat zu präsentieren und mit dem Schuldenabbau beginnen zu können. Die Ziele der Finanzstrategie 2024 sollen mit Massnahmen erreicht werden, die einen steinigen Weg für die nächsten 4 Jahre aufzeigen. Entlastungspaket 2020 und 2021 sollen die Erfolgsrechnung aufpeppen, zudem sollen die eingeleiteten Projekte eine zusätzliche Entlastung mit sich bringen. Zudem sollen die Investitionen auf die Höhe des operativen Cashflows beschränkt werden. Das Potential für Desinvestitionen sollte genutzt werden und zu guter Letzt soll, die im Rahmen des Steuerfussabtausches auf 1.9 Steuereinheiten gesenkten Steuerfuss wieder auf 2.0 Steuereinheiten erhöht werden. Die übergeordneten gesetzlichen Vorgaben von Bund und Kanton führen dazu, dass die Stadt in vielen Bereichen nicht oder begrenzt

autonom über die Ausgaben und Einnahmen entscheiden kann. Der AFR18 mit seinen umgebauten Zahlungsströmen hat auch im 2020 zu einer Mehrbelastung der Stadt Kriens geführt. Fast sämtliche Verschuldungskennzahlen weisen einen Wert über dem Schwellenwert aus, dies sind auch die Gründe für die starke Einschränkung des zukünftigen finanzpolitischen Handlungsspielraums der Stadt Kriens. Bedenklich für die CVP/JCVP-Fraktion ist die Steuerstruktur der Stadt Kriens. Nur gerade 970 Personen, das sind 5.8 % der Krienser Steuerpflichtigen, bezahlen mehr als Fr. 10'000.00. Von diesen 970 Personen sind knapp 100, die mehr als Fr. 30'000.00 Steuergelder abliefern. Selbstverständlich ist dieses Segment mit 0.6 % schwierig nach Kriens zu locken, fehlt der Stadt Kriens doch tatsächlich ein wichtiger Bestandteil für die Förderung der Ansiedlung solcher Steuerzahler, nämlich der Seeanstoss. Trotzdem sollte man die Kategorie der Steuerzahler, die zwischen Fr. 10'000 und Fr. 30'000 Steuern bezahlen, fördern. Dies kann mit attraktiven Jobs in der Stadt Kriens und mit attraktivem Wohnraum erreicht werden. Zudem ist der Wert von 17.2 % der Steuerpflichtigen, was 3'211 Personen entspricht, die keine Steuern bezahlen eindeutig zu hoch. Diese Steuerstruktur hat nur einen grossen Vorteil, die jährlichen Schwankungen halten sich in Grenzen, es bildet sich kein sogenanntes Einnahmen-Klumpenrisiko von Superreichen die plötzlich wegbrechen könnten. Dies ist in der jetzigen Situation aber ein schwacher Trost. Die freiwilligen Leistungen machen insgesamt 6.5 Mio. Franken aus, was weniger als 5 % der gesamten Ausgaben der Stadt Kriens entspricht. Selbstverständlich ist die Aufgabe von freiwilligen Leistungen immer ein Schuss in ein Pulverfass, aber in der aktuellen Situation sind auch ungemütliche Entscheide zu treffen. Aus diesem Grund ist die CVP/JCVP-Fraktion der Meinung, dass im Entlastungspaket 2021 die Plan B Spalte nicht ins Verhältnis mit einer möglichen Steuererhöhung gestellt wird, ganz unter dem Motto: *«Das eine schliesst das andere nicht aus»*. Die CVP/JCVP-Fraktion erkennt die Notwendigkeit einer Steuererhöhung um ein Steuerzehntel, schliesst aber nicht aus auch im Entlastungspaket 2021 unbequeme Eingriffe zu machen. Die Szenarien für die Zukunft stimmen sie nicht zuversichtlich, da dieser Bericht noch keine Berücksichtigung der Corona-Krise beinhaltet. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein optimistisches Szenario eintrifft erachtet die CVP/JCVP-Fraktion mit den momentanen Rahmenbedingungen eher klein. Umso mehr hofft sie, dass ein realistisches Szenario eintreffen wird, dennoch darf man keine Wunder erwarten. Die Hoffnung stirbt zuletzt. Die CVP/JCVP-Fraktion befürwortet die Entlastungspakete, erhofft sich aber für diese ein vernünftiges und zeitlich gut strukturiertes Reporting. Zudem sollten die notwendigen Investitionen in einer Prioritätenliste die eine Zeitachse enthält bekanntgegeben werden. Die CVP/JCVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für dieses unbeschnigte Aufzeigen der Strategie und des Massnahmenkatalogs und unterstützt dieses Vorgehen. Zudem unterstützt sie die Abschreibung des Postulats Zellweger.

Die SVP-Fraktion schliesst sich laut Martin Zellweger dem Dank für die Erstellung des Berichts den Vorrednern an. Insbesondere stützt sie die lobenden Aussagen zum Bericht, welche der Sprechende vorher in der Funktion als KFG-Präsident gemacht hat. Ein Thema möchte die SVP-Fraktion insbesondere aufgreifen. Im Kapitel „Ursachen und Treiber der aktuellen Finanzsituation“ wird aufgezeigt, wie schwierig es ist, Ursachen und Einflussfaktoren zu klären. Es werden ein paar ältere Finanzpläne lediglich bis 2014 aufgezeigt. Und dann wird eine ganze Liste an Beispielen aufgeführt, welche als Gründe für die Misere hinhalten sollten. Dieser Teil des Berichts tönt seiner Meinung nach eher nach Stimmen des Stadtrats als nach Experten-Analyse. Es ist eine Liste von Gründen, welche in die Excuse-Box gehören. Man darf gerne googeln was mit einer Excuse-Box gemeint ist. Das sind nicht die Gründe. Es sind nicht die fehlenden Steuereinnahmen, es sind nicht die hohen Sozialkosten, es sind nicht die kantonalen Rahmenbedingungen, welche Kriens in die finanzielle Misere führen. Es sind ganz einfach falsche Entscheidungen welche getroffen werden, nicht mehr und nicht weniger. Es waren hauptsächlich deren 3 Gründe, die ursächlich für die Misere sind. Die finanzielle Geschichte von Kriens wird im Papier wunderschön aufgeführt. 2000 bis 2010, 10 Jahre Politik der tiefen Investitionen. Es war 2010 allen klar, dass Kriens einen grossen Nachholbedarf an Investitionen hat. Und hier kommt die erste Ursache für die Misere. Im Wissen um diesen Nachholbedarf entscheidet sich Kriens auf Empfehlung des Stadtrates für eine konzentrierte Jahrhundertinvestition auf einen Schlag. Da standen im 2010 Schulhaussanierungen Schlange, und legt obendrauf noch die Zentrumsinvestition, alles auf einmal. Die zweite Ursache für die Misere: Im Wissen um die immense zeitlich konzentrierte Verschul-

derung sucht man Wege, wie dies getragen werden könnte. Und da sagt man einfach Kriens wird wachsen und bringt grandiose Steuereinkünfte. Kriens wird great again. Kriens hat zwar Schulden, aber das kommt schon gut. Eine Analyse wie sie heute vorliegt, wurde seines Wissens nicht gemacht, obwohl man eine gesamte Strategie darauf abgestützt hat. Wachstumskosten wurden dabei ebenso ausgeblendet. Und dann kommt die dritte Ursache für die Misere hinzu und das ist die Schlimmste. Seit der Sprechende in dieser Legislatur in den Einwohnerrat kam, hat sich das geplante Steuerwachstum nicht eingestellt und kontinuierlich bestätigten lassen, dass es nicht so eintreffen wird. Trotzdem hat der Stadtrat seine Finanzstrategie nicht den neuen Bedingungen angepasst, sondern das Ganze bis zum bitteren Ende ausgesessen. Eine Strategie muss laufend überprüft und wenn nötig aufgrund der Rahmenbedingungen angepasst werden. Dies wurde nicht gemacht oder zu langsam. Das sind die echten Gründe für die Misere, nicht fehlende Steuern oder höhere Kosten, sondern Entscheide für übertrieben-konzentrierte Investitionen trotz bestehendem weiteren Nachholbedarf, Projektion eines nicht belegten, auf Hoffnung basierenden Steuerwachstums und fehlendes Anpassen der Finanzstrategie seit 2015 trotz sich ändernden Rahmenbedingungen. Der Sprechende hat im November 2018 das Postulat «Raus aus den Schulden» als dringlich eingereicht, weil man bereits zwei Jahre Untätigkeit hinter sich hatte. Leider konnte man den Rat nicht von der Dringlichkeit überzeugen und der Stadtrat brauchte weitere 1.5 Jahre und einen versifften Rechnungsabschluss, um aus dem Dornröschenschlaf zu erwachen. Das Vorliegen dieser nun erstellten Finanzstrategie ist ganz einfach letzte Eisenbahn und überlebenswichtig für Kriens. Die SVP-Fraktion begrüsst die unter fachlicher Führung von Christoph Lengwiler ausgearbeitete Strategie. Mit dieser Strategie kann er die Forderung aus seinem Postulat, wenn auch spät, als erfüllt bezeichnen und sie wird einer Abschreibung zustimmen. Die SVP-Fraktion sieht aus der Steueranalyse im Bericht, dass die Steuerstruktur von Kriens keine Überraschungen birgt. Das Steuerpotential in Kriens ist beschränkt und dies auch wenn sich das Wachstum noch einstellt. Kriens hat kein Schloss mit Seeanstoss wie Meggen, welches kurzerhand ein paar Millionen Steuern für Handänderung und Grundstückgewinn einbringt. Alles ok, aber dann muss man auch keine Luftschlösser bauen und die Kosten und Investitionen zukünftig an der Realität orientieren. Martin Zellweger hofft der Weg zurück zur Bescheidenheit ist geebnet. Bei der Umsetzung der Strategie erwartet die SVP-Fraktion eine disziplinierte Führung der initialisierten Entlastungspakete und Projekte. Ansonsten verkommt die Strategie allzu schnell zur Makulatur. Für Investitionen sollen ihrer Meinung nach als Teil der Strategie noch Leitplanken für die Priorisierung von Projekten geschaffen werden, damit man nicht jedes Mal von Adam und Eva über Details diskutieren muss. Dazu wurde ein diesbezüglicher Bemerkungsantrag vorbereitet. Die SVP-Fraktion bleibt ihrem Grundsatz treu, Steuererhöhungen nur in einer ausgesprochenen Notsituation zuzustimmen. Dies natürlich ausschliesslich wenn zugleich sämtliche Register gezogen werden um Kosten einzudämmen, freiwillige Leistungen zu überprüfen und Investitionen auf das notwendige zu konzentrieren. Weitere Steuererhöhungen wie sie auf Seite 42 für die Folgejahre in Betracht gezogen werden stehen nicht zur Diskussion, sollen im Moment aber ein Drohfinger sein. Dem ist mit konsequenter Umsetzung der Strategie entgegenzuwirken. Die SVP-Fraktion erwartet, dass der Stadtrat und die Verwaltung die Sofortmassnahmen 2020 diszipliniert umsetzen. Zudem erwartet sie, dass die ausgearbeiteten Projekte und Massnahmen umfassend in das Budget 2021 und den AFP 2021-2025 eingearbeitet werden. Die SVP-Fraktion tritt auf den Bericht ein und wird ihn zur Kenntnis nehmen und stimmt der Abschreibung des Postulats Zellweger «Raus aus den Schulden» zu.

Die FDP-Fraktion dankt laut Beat Tanner dem Stadtrat für den Planungsbericht und begrüsst die Bestrebungen die Stadtfinanzen wieder ins Lot zu bringen. Dieser Bericht kommt für sie aber viel zu spät und wurde nur auf Druck des Parlaments und der kantonalen Finanzaufsicht in Angriff genommen. Leider ist bisher wertvolle Zeit verstrichen. Man musste kein Prophet sein, um diese Entwicklung der Finanzen vorauszusehen. Deshalb hat die FDP zusammen mit der SVP im 2015 das Referendum gegen das Budget 2016 ergriffen. Mit diesem Budget 2016 wurde das Eigenkapital nach HRM1 vollständig aufgebraucht. Man stelle sich vor, welche Auswirkungen ein solcher Sachverhalt bei einer privaten Unternehmung auslöst. Der Stadtrat und die linke Ratsseite inkl. CVP konnte die Stimmbevölkerung davon überzeugen, dass die Viersäulenstrategie der Stadt Kriens aufgehen soll. Die Gemeinde Kriens prognostiziert für 2016 einen Aufwandüberschuss von 2,4 Mio. Franken und rechnet noch bis 2017 mit

Millionendefiziten. Die Wende soll 2018 stattfinden mit zunehmend schwarzen Zahlen. 2020 soll gemäss Finanzplan sage und schreibe ein Plus von etwa 5 Mio. Franken resultieren. Stellt man sich das einmal vor. Die Viersäulenstrategie ging schon länger nicht mehr auf und das Controlling darüber hat nur eine Minderheit interessiert. Die FDP-Fraktion hat immer wieder mit verschiedenen Mitteln und Vorstössen versucht, diese Entwicklung zu bremsen. Leider fanden ihre Forderungen für gesunde Finanzen keine Unterstützung. Im Gegenteil der Stadtrat hat die erwarteten Steuereinnahmen aus dem Wachstum immer nach dem Best-Szenario budgetiert, die aber aufgrund des Wachstums notwendigen Mehrkosten bei Investitionen wie Schulhäuser und bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe aber nicht ausreichend budgetiert. Dazu kam, dass die vorgeschriebenen Finanzkennzahlen im Budget und in der Planung nicht eingehalten werden konnten. Deswegen hat die FDP-Fraktion seit dem Budget 2016 auch keine Zustimmungen zu diesen Budgets der Stadt Kriens gemacht. Aus ihrer Sicht ist es auch nicht richtig, dass die Zentrumsentwicklung mit den hohen Investitionen an der schlechten Finanzlage schuld sein soll. Bei der Abstimmung der Zentrumsbauten zeigte der Finanzplan der Stadt Kriens genau auf, dass die Investitionen ohne Steuererhöhungen umgesetzt werden können. Beat Tanner erinnert daran, dass selbst die Fremdkapitalzinsen heute tiefer liegen als damals im Finanzplan gerechnet wurde. Das Problem sind nicht die Investitionen für die Zukunft, sondern die Konsumausgaben. Er weist zusätzlich darauf hin, dass wie erwünscht auch private im Zentrum investiert haben und dies einen zusätzlich positiven Effekt hat. Um die Konsumausgaben so einzustellen, dass dieses für eine gesunde und nachhaltige Entwicklung nötig ist, hat die FDP-Fraktion schon im Jahre 2012 eine Motion zur Einführung einer Schuldenbremse eingereicht. Hier musste die FDP-Fraktion dem Einwohnerrat bereits ein Zugeständnis machen, damit der Vorstoss überhaupt überwiesen wurde. Ohne Umwandlung zu einem Postulat hätte der Vorstoss im Parlament keine Chance gehabt. Das Postulat wurde mehrmals vom Stadtrat versucht abzuschreiben, er erhielt aber die nötige Zustimmung vom Parlament nicht. Weil dieser Weg offenbar nicht zum Ziel führte, lancierte die FDP eine Initiative «Stopp zusätzliche Verschuldung aus dem Konsumaufwand». Dies wurde von linker Seite schon im Parlament heftig bekämpft. Auch der Stadtrat setzte alles daran eine Schuldenbremse zu verhindern. Der Stadtrat hat dann eine Lösung gefunden und sie als ungültig erklärt. Die FDP hat dann eine Beschwerde beim Regierungsrat eingereicht. Der Regierungsrat hat dann die Ausführungen vom Amt für Gemeinden gestützt und die vorgeschlagene Schuldenbremse als nicht gesetzeskonform taxiert. Aus finanziellen Gründen hat die FDP diesen Entscheid nicht weitergezogen, obwohl die Verfasserin der kantonalen Finanzgesetze keine Gesetzesverletzung attestiert hat. Die FDP-Fraktion hat sich auch immer wieder erfolglos gegen Projekte wie der AFR18 gewehrt, welche der Stadt Kriens nicht nur zusätzliche Mehrkosten von über 1,5 Mio. Franken beschert, sondern auch aufgrund der Demografie die Kosten überproportional wachsen lassen. Aber auch da fand sie kein Gehör. Der Finanzvorsteher kämpfte mit Bildinseraten an vorderster Front für diese Reform, zu welcher der Sprechende noch in einem späteren Votum kommt. Nun zur vorgeschlagenen Finanzstrategie. Die FDP-Fraktion unterstützt keine Steuererhöhung von 1/10 oder 1/20 Einheiten, solange dass der Kanton Luzern seine Steuern mit dem Steuerabgleich nicht um 1/10 oder 1/20 senkt. Diese Forderung hat sie schon vor der Finanzstrategie gemacht. Wieso:

- Für den Bürger soll sich eine Steuerfussänderung kostenneutral auswirken, dann ist sie dafür.
- Infolge der Covid19 Krise wäre es unvernünftig die Steuern ohne Ausgleich vom Kanton zu erhöhen. Die FDP-Fraktion könnte sich auch einen Eventualbeschluss analog der Gemeinde Vitznau vorstellen.
- Die Stadt Kriens muss mit dem AFR18 vom Kanton weit über 1,5 Mio. Franken zusätzliche Kosten übernehmen. Bei der Musikschule hat man wieder Fr. 100'000.00 Mehrkosten, welche der Kanton übergibt.
- Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass sich das Bevölkerungswachstum selber finanzieren soll. Es kann nicht sein, dass die bestehenden Einwohnerinnen und Einwohner von Kriens aufgrund des Wachstums höhere Steuern bezahlen müssen.
- Weiter geht sie davon aus, dass die zusätzlichen Wohnungen im Mattenhof, dem Schweighofpark und anderen ab 2020 nun endlich zusätzliche Steuereinnahmen bringen werden. Die FDP-Fraktion war erstaunt, dass man dies nicht bereits in der Rechnung gesehen hat. Man hätte schauen müssen, ob per 31. Dezember auch alle in Kriens angemeldet sind. Die vermieteten Wohnungen sind in

den letzten Monaten angestiegen. Ebenfalls müssen sich die Neuansiedlungen der Swisscom und des Pharmakonzern Fresenius Kabi positiv auf die Steuereinnahmen auswirken.

Sollte sich mit dem Budget 2022 keine Verbesserung der Steuersituation abzeichnen, wird die FDP-Fraktion eine Steuererhöhung in Zukunft prüfen, aber nur dann, wenn dazu gleichzeitig ein Finanzhaushaltsreglement mit klaren Vorgaben für einen gesunden Finanzhaushalt (Schuldenbremse) vom Einwohnerrat erlassen wird. Ohne diese Vorgabe wird die FDP einer Steuererhöhung auch in Zukunft nie zustimmen. Wieso:

- Es zeigt sich auch mit dieser Krise von Covid19 einmal mehr, dass die Schweiz ohne Schuldenbremse nicht in einer so komfortablen Lage wäre diese Krise finanziell so gut zu meistern.
- Weiter zeigt sich auch, dass die Viersäulenstrategie mit der Zeit zu einem reinen Papiertiger wurde, weil es nicht reglementiert war.
- Die FDP-Fraktion ist weiterhin überzeugt, dass die Stadt Kriens ein Finanzhaushaltsreglement braucht, welche dem Stadtrat klare Regeln gibt.

Die FDP-Fraktion begrüsst die Massnahmen als Entlastungspaket 2021, ohne Plan B und wird die Umsetzung unterstützen. Aus ihrer Sicht gibt es aber noch weitere Massnahmen, welche geprüft werden sollen. Eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden oder Städten muss geprüft werden, sodass Synergieeffekte erzielt werden könnten und die Qualität der Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger gesteigert werden kann. Er denkt dabei an ein Teilungsamt oder Steueramt. Die Projekte in der nächsten Legislatur haben sich auch auf den Effizienzgewinn infolge der Digitalisierung auszurichten. Man hat viele Möglichkeiten in der Verwaltung effizientere Arbeitsabläufe zu machen, wenn man mehr auf Digitalisierung setzt. Ein Effizienzgewinn wirkt sich auch positiv auf die dringend benötigten Stellen aus. Für 2021 soll auf alles Wünschbare verzichtet werden. Insbesondere sind auch die teilweise gebundenen Aufgaben auf die Effizienz zu überprüfen. Beat Tanner's Erfahrung zeigt, dass ohne Sparpaket die alten Strukturen in den Öffentlichen Verwaltungen selten überprüft und angepasst werden. Hingegen werden zusätzliche Mittel immer wieder für zusätzlich gewünschte Ausgaben verwendet. Umso mehr Mittel vorhanden sind, um so unkritischer werden neue Aufgaben aufgenommen, finanziert und Ausgaben getätigt. Erstaunlich ist, dass es doch noch ein Sparpotential gibt, obwohl der Stadtrat immer wieder kommuniziert hat, dass fast alle Ausgaben gebundene Kosten sind und die Zitrone ausgepresst ist. Hätte man diese Massnahmen bereits in den Vorjahren umgesetzt, würde Kriens jetzt viel besser dastehen und eine Steuererhöhung wäre kein Thema. Nicht überrascht ist die FDP-Fraktion, dass der Stadtrat wieder einmal den Giftschränk (z.B. Sonnenberg-Bähnli) öffnet und mit der Streichung von freiwilligen Angeboten droht. Dies greift für sie viel zu kurz. Seit Jahren ist sie unglücklich, wie Betriebe, wie beispielsweise das Parkbad, geführt werden. Auslagerungen der Betriebe sind im Bericht kein Thema. Auch andere Auslagerungen oder Finanzierungen durch eine Stiftung stehen nicht zur Debatte. Da muss nachgebessert werden. Drohen ist bekanntlich keine gute Methode, aber der Sprechende muss ehrlich sagen, dass diese bei der Krienser Bevölkerung leider Erfolg haben wird. Die Bevölkerung soll aber auch wissen, dass zum Beispiel bei den Kindergartenklassen die budgetierte Klassengrösse massiv unterschritten wurde und die Stadt Kriens dem Kanton aufgrund von Klassenunterbeständen unnötige Bussen zahlen muss. Dass bei den Spezialfinanzierungen nur noch investiert werden darf, was im Rahmen der jährlichen Einnahmen anfällt, trägt die FDP-Fraktion nicht mit. Bei den Spezialfinanzierungen handelte es sich um gebührenfinanzierte Betriebe, welche über ein Eigenkapital, welches aus früheren Gebühren erwirtschaftet wurde, verfügen. Da sind Vermögen vorhanden. Bei der Wasserversorgung ist ein Nettovermögen von 11.1 Mio. Franken vorhanden. Das sind zu viel bezahlte Gebühren. Jetzt will man die Wasserleitungen aufgrund der finanziellen Lage der Stadt nicht renovieren. Denkt man einmal daran, dass es in fünf Jahren eine Wasserfontäne gibt. Die Kinder haben sicher Freude, aber man hat marode Leitungen. Der Preisüberwacher wird dann auch noch kommen und sagen, weshalb die Gebühren nicht gesenkt werden, weil ein viel zu hohes Nettovermögen vorhanden ist. Dazu wird die FDP-Fraktion noch einen Bemerkungsantrag stellen. Eine Vernachlässigung dieser Investitionen aufgrund der Finanzprobleme bei den steuerfinanzierten Ausgaben wäre verheerend. Die FDP-Fraktion will keine marode Infrastruktur in der Stadt Kriens. Dies ist auch nicht

nachhaltig. Der Sprechende kommt nun zu den Desinvestitionen. Die FDP-Fraktion kann den Vorschlag Desinvestitionen zu tätigen aufgrund der Schuldenlast verstehen. Sie kann sich aber auch Baurechtslösungen vorstellen, welche jährliche Baurechtszinsen abwerfen würden. Es muss bei einer Desinvestition unbedingt geprüft werden, ob ein Grundstück für die Stadt Kriens in Zukunft einen strategisch wichtigen Vorteil haben würde. Ihr ist aber sehr wichtig, dass diese Baurechtszinsen für den Schuldenabbau verwendet werden müssen. Um dies sicherzustellen, bräuchte es einen Selbstfinanzierungsgrad von über 100 %. Auch diese Vorgabe kann nur mit einem Finanzhaushaltsreglement vorgeschrieben werden. Interessant ist auch die Steuerstatistik. Die Stadt Kriens verfügt zurzeit über eine Steuerkraft von etwa 88 %. Der Stadt Kriens fehlen die grossen Einkommen bei den natürlichen Personen. Ein Grund ist sicher, weil viele Selbständigerwerbende ihren Wohnsitz in Kriens haben, den Geschäftssitz aber in einer anderen Gemeinde und deswegen ihre Steuern massgeblich am Geschäftssitz versteuern. Bei einer Steuererhöhung ist das Risiko sehr hoch, dass sehr gut verdienende wegziehen. Was wiederum die Stadt Kriens finanziell überproportional trifft. Man stelle sich vor, wie viele zusätzliche Bewohner nach Kriens ziehen müssen, um nur diesen Ausfall zu kompensieren. Kommt dazu, dass bei einer Nettobetrachtung (Steuern minus verursachte Kosten) die Hebelwirkung noch viel grösser ist. Man ist gut beraten, wenn man auch für sehr gut verdienende Land zur Verfügung stellt, wie mit der Unteren Weinhalde oder den Eigentumswohnungen in der Sportarena. Die FDP-Fraktion stellt wiederholt fest, dass das Finanzcontrolling bei der Stadt Kriens seinen Namen nicht verdient. Viele Mehrkosten könnten verhindert werden und Entscheidungen würden anders gefällt. Grosse Mängel ortet sie auch bei der Anwendung und Interpretierung des neuen Finanzhaushaltsgesetzes. Sie verlangt, dass das Kredit- und Ausgabenrecht sowie die Anwendung der Einheit der Materie (Was zusammen gehört muss zusammen, bewilligt werden) einwandfrei eingehalten wird. Die FDP-Fraktion erhofft sich aus dem PUK-Bericht auch Hinweise und Handlungsempfehlungen in diesem Bereich. Sie nimmt den Planungsbericht zur Kenntnis, kann aber einer Steuererhöhung ohne Steuer-senkung beim Kanton nicht zustimmen. Wenn man nur um 1/20 erhöht, hat man vielleicht genau das kompensiert, was der Kanton zusätzlich aufgedrückt hat. Hier appelliert der Sprechende an alle Fraktionen, bei ihren Kantonsparlamentariern entsprechend Druck zu machen. Im Gesetz steht, dass die Steuererhöhung nur für ein Jahr gilt. Für ihn ist klar, wenn so viel Mehrbelastungen vorliegen und der Kanton so viele Millionen mehr erhält, kann er die Steuern auch wieder senken. Er nennt nur ein Beispiel, nämlich die Gewinnbeteiligung der Nationalbank. Der Kanton hat 35 Mio. Franken budgetiert und wusste genau, dass 60 Mio. Franken kommen. Man stellt es lieber schlechter dar. Schlussendlich gab es sogar 120 Mio. Franken, womit er seine Schulden senken kann. Kriens und die Agglogemeinden haben finanzielle Probleme. Der Kanton soll auch einmal zu diesen Gemeinden schauen. Wie Cyrill Wiget gesagt hat, profitieren davon die Landgemeinden. Ebenfalls kann die FDP-Fraktion die Strategie bei den Spezialfinanzierungen nicht mittragen. Auch dazu wurde ein Bemerkungsantrag gestellt. Das Postulat schreibt sie ab.

Raphael Spörri von der SP-Fraktion ist nach dem Referat von Beat Tanner etwas erschlagen. Von bürgerlicher Seite kommt immer die Aussage: «Man hätte...». Es kommt ihm vor wie Corona. Man hat Entscheide getroffen, verfolgte eine Strategie und im Nachhinein wissen es ja alle besser, wie es hätte sein sollen. Die SP-Fraktion hatte lange die Hoffnung, dass die Wachstumsstrategie mit den Steuereinnahmen aufgeht. Sie nimmt sich deshalb auch etwas an der Nase. Man sieht auch ein, dass gewisse Korrekturen vorgenommen werden müssen. Mit dem vorliegenden Bericht, liegt ein gutes Werkzeug vor. Die SP-Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis und ist für Abschreibung des Postulats Zellweger. Endlich einmal ein Bericht zur finanziellen Situation in Kriens, welcher «Hand und Fuss» hat. Einer, der mit einfachen Worten zeigt, wie es aufgeht oder auch Vorschläge macht. Er macht auch keine Verurteilungen oder was vorher falsch lief oder man hätte besser machen sollen. Der Bericht zeigt auch klar auf, dass viele Probleme struktureller Art sind und belegt klar, dass viele Ausgaben gebunden sind. Alleine daraus würde sich die Aussage ergeben: «Also nichts mit Sparen, weil so viel festgebunden ist». Trotzdem zeigt der Bericht eben auch dort Möglichkeiten auf. Wie die SP-Fraktion immer betont hat, liegt das Problem, oder die zukünftige Lösung, in der der Einnahmenseite. Ein Vorredner sagte, dass es einige Kompromisse der Fraktionen braucht. Das ist auch sehr wichtig. Wenn Raphael Spörri aber Vorrednern zugehört hat, die mit ganz klaren Forderungen kommen, sieht er die Zusammenarbeit

als eher schwierig an. Um die schwierige Berechnung und Schätzung von Steuereinnahmen aufzuzeigen möchte der Sprechende folgende Tatsache aufzeigen: Ein normaler Steuerzahler der Stadt Kriens mit bis anhin einer Steuerrechnung von rund Fr. 13'000.00, kann aus eigenem Sack einen Umbau seiner Wohnung vornehmen. Er zieht die entstandenen Kosten gesetzeskonform an den Steuern ab und zahlt im Folgejahr einiges weniger. Wie kann ein Stadtrat dies denn einschätzen? Und wenn er da in Kriens all die Kräne an Altbauten sieht, erstaunt es ihn nicht, dass Kriens fehlende Steuereinnahmen zu beklagen hat, geschweige denn, die sehr gut verdienenden Bewohner wissen genau, wo sie Steuern «sparen» können. Raphael Spörri wiederholt sich nochmals. Die Einnahmen müssen um mindestens 1/10 rauf. Der Ehrlichkeit halber müssten es laut Bericht sogar 2/10 sein. Man muss sparen an allen Ecken und Enden ohne Tabu, ob Sonnenberg oder Badi. Es ist nicht mehr als ehrlich, wenn auch diese Themen aufgenommen werden. Man wird wohl in den kommenden Jahren die grosse Herausforderung angehen müssen. Es wird von allen Parteien ein Umdenken fordern, um Kompromisse einzugehen, um Kriens aus dieser Misere zu führen. Trotzdem sind alle Anwesenden Parteivertreter. Jede Partei hat ihre Ideen und Ideologien. Diese müssen zu einem Teil auch gewahrt werden. Eine Partei ist nichts anderes als eine Interessensvertretung der Bevölkerung. Also wird auch hier die Schwierigkeit sein, dass man sich gemeinsam finden kann, um die Finanzen zu sanieren. Die SP-Fraktion wird sich weiterhin wehren, dass nicht dort gespart wird, wo die berühmte Zitrone bereits ausgepresst ist oder bei denjenigen, welche sich nicht wehren können. Schlussendlich ist der SP-Fraktion aber ein eigenständiges Kriens lieber, als dass Kriens sich vom Kanton Luzern die Finanzen wie Emmen sanieren lassen muss. Und dass Kriens weiterhin an der Grenze zum Leistungsabbau entlang schrammen muss, macht den Sprechenden definitiv nicht glücklich. Manchmal wird Raphael Spörri die Vermutung nicht los, dass ein paar der Anwesenden sich lieber vom Kanton bestimmen lassen, wollen wie es weitergeht. Er schliesst seine Überlegungen und Argumente mit dem Verweis an sein Votum zur Rechnung 2019. Der Mensch bzw. die Qualität von Kriens darf man nicht vergessen. Man darf Kriens nicht zu tote sparen. Das oberste Ziel muss es sein, Kriens attraktiv und lebenswert zu erhalten. Sozusagen um jeden Preis.

Erich Tschümperlin, Grüne/GLP-Fraktion, kommt zuerst zum Ablauf. Nachdem sich die Finanzen der letzten Jahre nie so entwickelt haben wie erhofft, legt der Stadtrat endlich eine Finanzstrategie vor, um den Ursachen auf den Grund zu gehen. Das erfolgte aber nicht ganz freiwillig. Auch die Finanzaufsicht des Kantons hat aufgrund der Finanzkennzahlen eine Finanzstrategie verlangt. Die Prognosen der letzten Jahre waren selten richtig. Immer wieder wurde auf das kommende Wachstum verwiesen, was man bereits hörte. Zwischendurch gab es gar einen Bevölkerungsrückgang. Trotzdem hat es bis Mitte letzten Jahres gedauert bis der Stadtrat externe Fachleute für eine Gesamtanalyse beigezogen hat. Und wohl erst mit dem katastrophalen Ergebnis 2019 wurde dem Stadtrat die Dringlichkeit bewusst. Im Nachhinein hat der Stadtrat viel zu lange gewartet, bevor er das Problem angepackt hat. Aber die Grüne/GLP-Fraktion muss sich selbst auch an der Nase nehmen. Sie hat darauf gehofft, dass das erwartete Wachstum endlich eintreten muss, auch wenn andere Einwohnerräte gewarnt haben. Man hat zu lange und zu blauäugig dem Stadtrat vertraut, das muss der Sprechende heute zugeben. Es waren jedoch auch nicht alle Vorschläge zielführend. Einzig eine umfassende Finanzstrategie ermöglicht eine nachhaltige Lösung der Krienser Finanzprobleme. Dazu gehört auch, dass der Stadtrat die Viersäulenstrategie hätte updaten und anpassen müssen. Trotzdem ist und bleibt es die Aufgabe des Stadtrats, rechtzeitig für gesunde Finanzen zu sorgen. Dies zeigt sich ja auch im Ablauf des Projekts. Der Stadtrat hat die Arbeiten selbst vorangetrieben, ohne Einbezug der KFG. Die KFG hatte keinen Einblick und ihre angebotene Mitarbeit war nicht möglich. Sie hat den Planungsbericht gleichzeitig mit allen anderen Einwohnerräten erhalten. Die Mitglieder der KFG haben vorgängig ein Arbeitspapier erhalten und Stellung dazu bezogen, das war alles. Erich Tschümperlin kommt nun zum inhaltlichen Teil. Die «Finanzpolitische Gesamtstrategie Kriens 2020 – 2024» ist ein hervorragender Planungsbericht, der alle Aspekte der Stadtfinanzen umfasst: Rückblick und die Entwicklung wie es dazu kam, innere und äussere Faktoren, die die Finanzen beeinflussen, Handlungsspielraum, Analyse und Kennzahlen und deren Vergleich mit anderen Gemeinden, Möglichkeiten der Steuerungen und Massnahmen und deren finanzpolitischen Auswirkungen in der Mehrjahresplanung, usw. Ein interessanter Punkt im Bericht sind die Steuereinnahmen der natürlichen Personen in Kriens. Wenn man diese mit den Zahlen

von Horw vergleicht, stellt man fest, dass Kriens eine ganz andere Steuerstruktur hat als Horw. Es wird schnell klar, dass es aussichtslos ist, von solchen Steuereinnahmen zu träumen, solange Kriens keinen Seeanstoss hat. Man muss aus seinen Umständen das Beste machen und mit diesen Vorgaben leben. Das heisst einmal mehr, bevor man in Kriens weiter im grossen Stil Wohnungen baut und einzont, sollten man wissen, was dies für die Finanzen bedeutet. Heute ist dies noch nicht klar. Aber auch bei den juristischen Personen sieht es nicht besser aus. Die Steuerpolitik der tiefen Unternehmenssteuern rettet Kriens auch nicht. Juristische Personen liefern heute der Gemeinde gerade noch 3.5 % ihres Gewinns ab. Wenn ein Unternehmen also 1 Mio. Franken Gewinn macht, bleiben der Stadt davon Fr. 35'000.00. Und die allerwenigsten Unternehmen machen so viel Gewinn. Man muss sich also in nächster Zeit vor allem mit den Sparmassnahmen im Bericht auseinandersetzen und dabei darauf achten, dass Kriens trotzdem eine attraktive Stadt bleibt. Sonst droht eine Abwärtsspirale. Wenn Kriens keine Identität mehr hat und ein beliebiger Vorort von Luzern wird, hat man erst recht verloren. Neben dem Sparen wird man auch nicht darum herumkommen, die vom Kanton verordnete, illegale kommunale Steuersenkung wieder rückgängig zu machen. Das Bundesgericht hat entschieden, dass diese nicht rechtens war. Der Bericht zeigt auf, dass Kriens mit Sparen allein nicht aus der Misere herauskommt. Wenn man jedoch darauf wartet und hofft, dass der Kanton seine Steuern senkt, bevor Kriens sie erhöht, dann kann man dies vergessen und damit auch gleich die Finanzen. Der Kanton wartet nun erst einmal den Wirkungsbericht ab, der Kantonsrat wird über Korrekturmassnahmen streiten und zum Schluss kommt dies wohl noch vors Volk. Da vergehen Jahre und solange kann Kriens nicht warten. Wie geht es weiter? Wie bereits gehört, geht es nun um die Umsetzung, damit dieses Konzept kein Papiertiger bleibt. Dazu stellt sich die Grüne/GLP-Fraktion folgende Fragen:

- Wie läuft der Prozess bei den Massnahmen ab?
- Wo wird der Einwohnerrat einbezogen?
- Welche Massnahmen kann der Stadtrat in eigener Kompetenz entscheiden?
- Ist die Stellungnahme der KFG zu einzelnen Massnahmen erwünscht?

Ihrer Ansicht nach ist der Einbezug der KFG enorm wichtig, um mehrheitsfähigen Lösungen im Einwohnerrat zum Durchbruch zu verhelfen. Vor allem die Sparpakete müssen auch politisch ausgewogen sein um eine Chance im Einwohnerrat zu haben. Es braucht eine Opfersymmetrie. Denn das Bekämpfen einzelner Massnahmen ist ein leichtes, aber gefährliches Spiel und blockiert die Sanierung der Finanzen. Und die Grüne/GLP-Fraktion ist auch der Ansicht, dass es einen Gesamtprojektleiter braucht, der die Übersicht behält. Allzu leicht gehen unliebsame Projekte vergessen. Zudem wünscht sie sich ein regelmässiges Reporting der Massnahmen und Wirkung, entweder im Einwohnerrat oder dann in der KFG. Es wird kein ausführliches Reporting in der Form eines Berichts verlangt, sondern man stellt sich vor, dass die Information analog des Stadtrates erfolgen soll, der ja auch über die Massnahmen und Umsetzungen informiert wird. Die Grüne/GLP-Fraktion unterstützt auch die Festlegung von Prioritäten bei den Investitionen, wie sie Martin Zellweger vorgeschlagen hat. Es braucht festgeschriebene, nachvollziehbare Kriterien für diese Entscheidungen, damit man diese mittragen kann. Der Sprecher dankt den Autoren für diese hervorragende Arbeit. Und jetzt wo man diesen in den Händen hält, fragt man sich, weshalb dieser nicht schon viel früher vom Stadtrat in Auftrag gegeben wurde. Die Grüne/GLP-Fraktion nimmt den Planungsbericht zur Kenntnis

Roger Erni begrüsst die Anwesenden zum 2. Teil dieses Tages. Das grösste und letzte Wasserkraftsystem ist dasjenige der Reuss bis Amsteg. Anlässlich des Einwohnerratsausfluges wird das oberste Kraftwerk in Göschenen besichtigt. Amsteg gehört der SBB, aber dieses kann man leider nicht besuchen. Göschenen und Göscheneralp gehört zu 50 % der CKW. Beim Urseren-Kraftwerk kann man der CKW Grössenwahn unterstellen. In der 1940er Jahren wollte man bei der Teufelsbrücke die Mauer nach oben ziehen und Andermatt fluten. Das hätte das grösste Kraftwerk in der Schweiz gegeben mit

1.2 Gigawattstunden. Dieses wäre grösser als Grand-Dixence gewesen. Schlussendlich hat man dieses Projekt aber nicht umgesetzt.

Die Geschäftsleitung kam vorher kurz zusammen. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wurde über eine Traktandenverschiebung entschieden. Jetzt wird das Traktandum 4 abgeschlossen. Danach folgen die Traktanden in folgender Reihenfolge: 6, 8, 8a, 5 und 7. Vermutlich können diese Traktanden aus Zeitmangel nicht alle behandelt werden.

Franco Faé möchte noch auf einen kleinen Fehler auf Seite 21 im Planungsbericht hinweisen. Bei der Bevölkerungszahl in der letzten Zeile steht 10'300, aber es sind rund 8'300. Die untere Zahl stimmt auch nicht, denn es sind anstatt 1'100 nur 235. Der Stadtrat hat im April unmittelbar nach der zweiten Lesung den Planungsbericht zuerst der KFG und danach dem Einwohnerrat zugestellt. An dieser Stelle dankt er dem gesamten Team, welche an dieser Finanzstrategie mitgearbeitet haben. Das ist einerseits Christoph Lengwiler, Franz Bucher und Marcel Steinegger. Diesbezüglich fanden einige Sitzungen statt und es brauchte viel Arbeit. Er möchte aber auch der KFG danken, welche nach dem ersten Arbeitspapier wertvolle Rückmeldungen gemacht hat. Einige Rückmeldungen konnten eingearbeitet werden, die sehr nützlich waren. Im April 2019 startete man mit Zwischenzielen, welche im Mai 2020 zum Abschluss geführt haben. Man hat diesen Bericht sicher früher erwartet, aber er möchte darauf hinweisen, dass in der letzten Legislatur immens viel los war. Grosse Arbeiten und Aufgaben mussten bewältigt werden. Der Stadtrat hat auch mittels AFP immer wieder Korrekturen angebracht. Im 2019 entschied man mit der Finanzstrategie zu starten. Heute liegt diese fertig vor. Der Planungsbericht zeigt übersichtlich die Ausgangslage, Hinweise aus dem Einwohnerrat, Sicht des Kantons und Grundlegende Überlegungen zur Steuerung des Finanzhaushaltes Kriens. Es ist ein umfassender Bericht, der auch die Entwicklung der letzten Jahre aufzeigt. Dieser soll den Finanzhaushalt in die richtige Richtung bringen. Zum Planungsbericht hinzu laufen noch über 30 Projekte, welche direkte Auswirkungen oder strukturelle Ziele zum Ziel haben. Heute ist es relativ schwierig bereits Zahlen zu definieren. Diese wird man laufend in die Projekte einarbeiten. Benötigt werden aber jetzt schon gewisse Zahlen. Mit dem Budget 2020 hat man bereits darauf hingewiesen, dass Zahlen gebraucht werden, dort wo man sie einsetzen könnte. Der Bericht zeigt Risiken und Chancen auf, aber auch, dass der finanzielle Spielraum für Gemeinden zunehmend kleiner wird. Der Grund ist, dass die Kostenverteilung gebundener Ausgaben von Bund und Kanton mit verschiedenen Gesetzesänderungen bestimmt wurden. Zu den einzelnen Voten erlaubt sich der Sprechende ein paar Aussagen. Wie bereits bei der Jahresrechnung 2019 erwähnt, steht der Stadtrat dazu, dass das Steuerwachstum zu optimistisch prognostiziert wurde. Es wird auch gesagt, dass die Schuld nicht bei den Zentrumsbauten liegt, welche Schulden verursacht haben. Das stimmt nur zum Teil. Dadurch gibt es diverse Abschreibungen, welche jetzt zum Tragen kommen. Heute Morgen hatte der Sprechende das Gefühl, dass einzig der Stadtrat ja zu diesen Sachen gesagt hat. Es war jedoch der Einwohnerrat und auch die Bevölkerung. Auch beim Brunnmatt-Schulhaus hat der Einwohnerrat gefordert, dass dieses saniert wird. Der Stadtrat hat dies umgesetzt. Es wurde viel umgesetzt, denn viele Versäumnisse der letzten Jahre mussten aufgeholt werden. Zusätzliche Lasten durch die Änderungen der gebundenen Ausgaben kamen noch dazu. In den letzten Jahren gab es aber auch Abschaffungen von Steuern, wie die Liegenschaftssteuer, Nachkommenserbschaftssteuer. An vielen Orten ist auch die Billettsteuer ein Thema. Eine Billettsteuer wird vielfach dazu eingesetzt Vereine und die Kultur zu unterstützen. Wenn das abgeschafft wird, muss es irgendwer dann bezahlen. Hier haben die Gemeinden in den letzten Jahren sehr viele Lasten erhalten. Nun zu den Strukturen. Eines der Projekte wird sein, was Beat Tanner gesagt hat, die Schülerzahlen. Diese wurden näher angeschaut und man ist sich bewusst, dass man einen Unterbestand unter allen Umständen vermeiden möchte. Diese Sachen sind klar und wurden auch berücksichtigt. Man muss auch in Zukunft unterscheiden zwischen wünschbar und machbar. Der Sprechende wird wieder auf den AFR18 angesprochen. Auch das war eine Volksabstimmung. Er steht dazu, dass er dahintersteht. Er hat den Zahlen des Kantons vertraut, wie auch so viele andere. Man hat sich geirrt, welche Zahlen auf die Gemeinden zukommen. Der Sprechende möchte aber festhalten, dass die Berechnungen bis 2019

für Kriens aufgingen. Den Steuereffuss anzupassen ist nicht so eine einfache Geschichte, weil dafür der Kantonsrat zuständig ist. Aber auch dort ist der Stadtrat mit den Krienser Kantonsräten im Gespräch und spricht solche Themen an. Genau das Gleiche ist bei den K5-Gemeinden im Bereich Finanzen der Fall. Gemäss Steuergesetzrevision des Bundes (STAV) haben die Gemeinden einen Anteil zu Gute. Diesbezüglich wird man bei der Regierung nachhaken. Es fällt auch immer wieder das Wort Finanzkennzahlen. Dem Stadtrat ist dies auch bekannt, aber diese können nicht so schnell geändert werden. Mit der eingegangenen Verschuldung wusste man, dass diese Zahlen über ein paar Jahre hinaus nicht stimmen werden. Spannend waren Aussagen wegen den Unternehmen. Wenn man sagt, dass man die Unternehmen nicht unbedingt braucht, ist dies ein Widerspruch. Es ist doch sinnvoll, wenn man Verkehr vermeiden möchte, sollte das Arbeiten vor Ort möglich sein. Wenn gesagt wird es braucht mehr Bewohnende, sprich Wohnungen, muss man auch dazu stehen. Franco Faé ist gespannt was der Bericht betreffend Auswirkungen des Wohnungsbaus genau aufzeigt. Es wurden noch drei Fragen gestellt, einerseits zum Thema Prozess und Massnahmen in Bezug auf die KFG. Der Sprechende ist überzeugt, dass man mit dem vorliegenden Planungsbericht dahinarbeiten wird ein anderes Controlling aufzubauen. Dies wurde intern bereits besprochen. Es ist auch richtig, dass dafür eine Leitung festgesetzt wird, die dies begleitet. Diese soll das entsprechende Reporting dem Stadtrat und der KFG vorlegen. Die Festlegungen von Prioritäten passiert eigentlich heute schon. Aufgrund der tiefen zu tätigen Investitionen, vor allem im Immobilienbereich, muss man dies machen. Im Budget 2021 wird dies bereits gemacht. Franco Faé hofft aber zuletzt, dass zu erkennen ist, dass im Planungsbericht aufgezeigt wird, dass man in die richtige Richtung geht und damit arbeiten kann. Dieser ist für den neu zusammengesetzten Stadtrat eine gute Grundlage für die künftige Finanzplanung. In der Detailberatung steht Christoph Lengwiler und Franz Bucher zur Verfügung. Weil der Bericht betreffend Auswirkungen vom Wohnungsbau auf die Steuereinnahmen in Kriens vorliegt, wird Cyrill Wiget dazu noch kurz Stellung nehmen.

Christoph Lengwiler möchte gerne ein paar Sachen zu dieser Finanzstrategie sagen. Ein erster Punkt ist, dass diese Finanzstrategie ein gutes Papier ist. Diese wurde unter Einbezug des Stadtrates von der Finanzabteilung erarbeitet. Der Sprechende sah seine Rolle als Begleiter dieses Projektes. Die Krienser Finanzverwaltung sieht durchaus, wo die Probleme sind, muss aber im Stadtrat Gehör finden, damit etwas läuft. Seine Philosophie ist, dass er die Finanzverwaltung und den Stadtrat bei der Erarbeitung solcher Strategien unterstützt. Die Finanzlage ist angespannt. Kriens hat ein strukturelles Defizit. Mit grosser Wahrscheinlichkeit hat Kriens 1/10 Einnahmen zu wenig oder entsprechende Ausgaben müssten gespart werden. Im Moment hat man aber sogar ein Loch von 2/10 Einheiten. Davon muss versucht werden 1/10 durch Einnahmenerhöhungen zu decken. Die anderen 1/10 müssten durch Massnahmen bei den Ausgaben oder durch das Wachstum der Gemeinde passieren. Es ist auch klar, dass Kriens eine rekordhohe Verschuldung hat. Das ist eine der höchsten im Kanton Luzern. Die höchste Verschuldung ist kein Gütesiegel, sondern ist besorgniserregend. Im Moment gibt es sehr tiefe Zinsen, weshalb dies nicht so sehr belastet. Längerfristig wird dies aber zu einem grösseren Problem. Was muss man jetzt machen. Es liegt ein Papier auf dem Tisch. Diese Strategie ist eine Vorbereitung auf die Budgetdebatte im Herbst. Man weiss wohin der Weg etwa gehen sollte. Die Strategie muss man ernst nehmen und auch einhalten. Das beginnt zuerst in der Verwaltung, dann im Stadtrat und zuletzt auch beim Einwohnerrat. Man muss sich bewusst sein, dass die vier Säulen bereits vor 10 Jahren in einer Finanzstrategie definiert wurden. Häufig ist es so, dass man sich zu Beginn voll hineinlegt und die Ausgaben senkt, Einnahmepotential erschliesst und bei den Investitionen ansetzt. Schwierig wird es bei den strukturellen Massnahmen. Wenn zu wenig gemacht wurde, dann ist dies bei der 4. Säule. Dort geht es eben um Strukturanpassungen, Probleme anders lösen, Aufgaben anders wahrnehmen, die Zusammenarbeit mit andere Gemeinden bis hin zu politischen Einflussnahme auf kantonaler Ebene. Im Tagesgeschäft hat man vermutlich zu wenig daran gedacht, was grosse Würfe sind. Die Heime wurden ausgelagert, was auch eine strukturelle Massnahme der 4. Säule ist. Solche Massnahmen bringen viel im Vergleich zu kleinen Budgetkorrekturen. Diese müssen auch sein und man ist auf gutem Weg. Es wird Disziplin brauchen. Das Parlament muss Gegensteuer geben, wenn die Ausgaben zu grosszügig beschlossen werden. Man muss auch regelmässig messen, ob man auf dem Zielkurs ist. Dann kommt es gut. In Bezug auf die ganze Steuerrückblick kann er folgendes festhalten: Wenn

etwas nicht stimmt ist es, dass der Wohnungsbau steuerlich nichts bringt. Das wird man auch in dieser Studie sehen. Diese wurde erst vor 2 Tagen dem Stadtrat abgegeben. Man muss sich immer auch fragen, wie hoch die Steuererträge sind, wenn diese Wohnungen nicht gebaut worden wären. In dieser Studie wurden alle 500 Wohnungen zwischen 2013 und 2017 analysiert. Wenn diese nicht da wären, wären die Steuereinnahmen deutlich tiefer, als dass sie heute sind. Darum ist es heikel von zusätzlichen Steuereinnahmen zu sprechen. In letzter Zeit mussten verschiedene Steuerausfälle verkraftet werden, was in Millionenhöhe liegt. Diese erfolgten einfach durch Steuergesetzrevisionen, Wegzüge etc. Das ist ständig im Fluss. Der Sprechende möchte unbedingt darauf aufmerksam machen, dass man nicht zu einfache Argumentationen sucht. Der Wohnungsbau hat Steuereinnahmen gebracht und wird auch in Zukunft viel bringen. Da besteht die Unsicherheit, was die 1'000 Wohnungen, welche in den letzten 2 Jahre gebaut wurden, bewirken. Diese werden etwas bewirken, man weiss aber noch nicht wie viel. In der Geschichte sah man, dass die positiven Effekte kompensiert wurden durch andere Effekte und man so mit dem Steuerertrag nicht vom Fleck kam oder nicht die erwartete Nettozunahme hatte. Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Christoph Lengwiler ist klar der Meinung, dass man aufgrund der Steuerstrategie um die Erhöhung der Steuern um einen Zehntel nicht drum rumkommt. Bei den Finanzen ist es sehr wichtig, dass man rechtzeitig handelt und nicht Jahr für Jahr verstreichen lässt. Jedes Jahr für welcher der Steuerfuss nicht erhöht wird, fliessen 4 Mio. Franken weniger Cash in die Kasse. 2 Jahre sind 8 Mio. Franken und drei Jahre sind 12 Mio. Franken. So wird die Verschuldung auch entsprechend wieder höher. Aus seiner Sicht muss man rechtzeitig handeln. Deshalb findet er es nicht so optimal, wenn die Steuererhöhung nur vorgenommen wird, wenn der Kanton seine Steuern wieder senkt. Hier träumt man von etwas, dass man nicht selber beeinflussen kann. Beim Kanton muss es das Kantonsparlament oder das Volk richten. Man muss schauen, die Finanzen in Kriens ins Lot zu bringen. In den nächsten Jahren muss man so oder so permanent dranbleiben und diszipliniert vorgehen. Bei den grossen Brocken muss man genauer hinschauen. Tatsache ist, dass die Schule 60 % des gesamten Personalaufwandes ausmacht und 40 % des gesamten Aufwands der Gemeinde. Dort muss man sicher weiterhin hinschauen. Auch bei kleineren Bereichen muss man hinschauen. Das wird eine anforderungsvolle Aufgabe. Es wird wichtig sein, dass die Aufgabe gemäss Finanzstrategie an die Hand genommen wird.

Gemäss Cyrrill Wiget soll man nicht zu hohe Erwartungen scheuern. Der Bericht wurde diese Woche abgegeben und konnte deshalb noch nicht vollumfänglich analysiert werden. Der Stadtrat möchte diese zuerst intern anschauen und Schlüsse daraus ziehen. 2-3 Sachen möchte der Sprechende aber nicht vorenthalten. Zum einen ist interessant, dass bei den untersuchten Wohnungen der Steuerertrag im Durchschnitt pro Person bei rund Fr. 400.00 höher lag als bei der gesamten Bevölkerung. Man muss hier aber genau analysieren, was man damit sagen möchte oder herauslesen darf. Die neu bezogenen Wohnungen wurden aber nicht mit Leuten besetzt, welche ein schlechteres Steuersubstrat haben. Man muss davon ausgehen, dass das prognostizierte Wachstum theoretisch kommen muss, aber noch nicht vollumfänglich da ist. Das Zahlenmaterial leistet einen Beitrag dazu zu verstehen, warum es noch nicht da ist. Vermutlich hat man die starke Binnenwanderung unterschätzt. Von diesen 1'317 Wohnungen wurden 354 von Leuten bezogen, welche bereits in Kriens wohnhaft waren. Ein grosser Teil hat sich eine neue Wohnung geleistet. Die alte Wohnung steht somit eine Zeit lang leer. Bei Nachmieter von leeren Wohnungen hat man eine Zahl von 239. Alleine daran sieht man, dass einige Wohnungen leer sind, welche vorher bewohnt waren. Diese bringen im Moment keinen Steuerertrag. Man musste auch feststellen, dass diese Wohnungen mit einem relativ niederen Steuerertrag gefüllt werden. Das zeigt, dass es eine gewisse Zeit braucht, bis die leeren Wohnungen wieder bewohnt werden. Dann wird das Steuersubstrat auch wieder wachsen. Das erklärt, warum alles viel länger dauerte, als dass man sich wünschte. Nichtsdestotrotz sind es ein paar hoffnungsvolle Zahlen, welche noch genauer analysiert werden. In der KFG wird dieser Bericht dann noch besprochen. Ob man diesen öffentlich publiziert, wird man noch anschauen. Der Sprechende verweist darauf, dass auch der Fachspezialist betont hat, wie bedeutend es ist, die strukturelle Säule zu stärken. Diesen Ratschlag darf man sich zu Herzen nehmen.

Roger Erni stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Seite 21 - 4.1 Steuerstruktur bei den natürlichen Personen

Franco Faé möchte noch kurz den Fehler aufklären. In der Tabelle der natürlichen Personen sind die Anzahl Steuerpflichtigen mit einem Gemeindesteuerbetrag pro Person von Fr. 1'000.00 – 5'000.00 bei 8'316. Die Anzahl derjenigen, welche mehr als Fr. 20'000.00 haben, liegt bei 235. Diese beiden Zahlen sind unten im untersten Abschnitt falsch.

Seite 42 - Säule 2: Steuereinnahmen sichern

Laut Martin Zellweger wird im Bericht immer wieder von „Kompensation Steuerfussabtausch“ gesprochen und nicht einfach von einer Steuerfusserhöhung. Das stört ihn. Mit dieser Aussage wird vorge-macht, dass man nur den Steuerfuss erhöht welcher ja aufgrund der AFR 18 gesenkt wurde. „Komen-pensation Steuerfussabtausch“ ist jedoch eine beschönigende Aussage und schlichtweg falsch. Weil wenn man es kompensieren müsste, müsste auch der Kanton mitmachen. Der Steuerfussabtausch ist be-reits kompensiert, nämlich durch die kantonale Steuererhöhung. Es wäre ehrlicher direkt von einer Steuerfusserhöhung zu sprechen und dies im Bericht anzupassen.

Bemerkungsantrag SVP zu Seite 42 – Säule 3 Investitionen optimieren

Gemäss Martin Zellweger kann die SVP-Fraktion den in der Strategie vorgesehenen Massnahmen und Rahmenbedingungen zu Investitionen und Desinvestitionen im Grundsatz zustimmen. Allerdings wis-sen alle, dass im Rahmen der Budgetierung nur wenige Investitionen möglich sein werden und deshalb deren Priorisierung eine Herausforderung sein wird. Um diesbezüglich eine Grundlage zu schaffen, empfiehlt sie für die Priorisierung gewisse technische Grundsätze zu definieren. Es genügt also nicht einfach, dass priorisiert wird, so wie von Franco Faé bestätigt. Deshalb beantragt die SVP-Fraktion fol-gende Bemerkung zu überweisen:

Für die Budgetierung und Finanzplanung empfehlen wir für die Planung der Investitionen Grundsätze zur Priorisierung zu definieren, mit beispielsweise folgender Struktur:

- **Priorität 1 zwingende Investitionen** - Unerlässlich für die ordnungsmässige Erfüllung der Stadt-aufgaben (Schulanlagen, Wasserversorgung)
- **Priorität 2 präventive Investitionen** - Investitionen, welche dem Werterhalt zwingender Infrastruk-tur für ordnungsmässige Erfüllung der Stadtaufgaben dient und so durch kontinuierliche Erneuerung zukünftige Mehrkosten und Sanierungskosten verhindert (beispielsweise Unterhalt Wasserversor-gung)
- **Priorität 3 Investitionen für die Stadtentwicklung** - Beispielsweise Verkehrsoptimierung
- **Priorität 4 Investitionen für den Wunschbedarf:** goldene Perrondächer, Investitionen um Preise zu gewinnen, städtebauliche Verschönerungen

Investitionen sollen im Budget und im Finanzplan nach diesen Prioritäten eingeplant und begründet werden.

Abweichungen machen so unmittelbar transparent was Konsequenzen sind. Diese Grundsätze helfen dem Stadtrat und Parlament fundierte, statt willkürliche Entscheide zu treffen und Ausrutscher zu ver-meiden.

Franco Faé meint, dass der Stadtrat eigentlich nichts gegen diese Bemerkung hat. Martin Zellweger sagte jedoch, dass beim Text zu Steuereinnahmen sichern eine Wortänderung vorgenommen werden

soll. Er weiss nicht ganz genau, was er damit meint. Im ersten Satz steht: «Der Stadtrat beantragt im Budget 2021 eine Erhöhung des Steuerfusses...» Das ist ja eigentlich die korrekte Aussage. Im zweiten Satz wird der Steuerfussabtausch erwähnt, welcher tatsächlich erfolgt ist.

Roger Erni hat verstanden, dass Martin Zellweger dies gestört hat und nur als Vorbemerkung eingebracht hat.

Martin Zellweger bestätigt dies.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP

Mit 28:0 Stimmen wird der Bemerkungsantrag überwiesen.

Albrecht, Michèle	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	ja
Frauenknecht, Marco	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Portmann, Peter	ja
Purtschert, Bruno	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag FDP zu Seite 45 – Rahmenbedingungen Investitionen Spezialfinanzierungen
Beat Tanner von der FDP-Fraktion beantragt folgende Bemerkung zu überweisen:

Die Spezialfinanzierungen sollen die notwendigen Investitionen und den ordentlichen sowie ausserordentlichen Unterhalt tätigen können, solange diese Kosten mit dem Nettoeigenkapital der Spezialfinanzierung gedeckt sind. Für die Steuerung soll eine neue Kennzahl «Selbstfinanzierungsrad ohne Spezialfinanzierungen» eingeführt werden, wie dies bei der Stadt Luzern der Fall ist.

Eine Vernachlässigung des baulichen Unterhalts und der Investitionen ist nicht zu verantworten, zumal diese Ausgaben durch Gebühren vollständig finanziert sind. Ein Anstieg des Nettovermögens der Spezialfinanzierungen könnte auch den Preisüberwacher auf die Fährte führen die Gebühren zu senken.

Der Sprechende möchte noch kurz erklären, was eine Spezialfinanzierung ist. Diese ist quasi wie ein Unternehmen. Es hat einen eigenen Rechnungskreis resp. eigene Erfolgsrechnung. Es gibt Ausgaben wie für die Sanierung der Leitungen, Personalkosten und Abschreibungen. Auf der Ertragsseite sind die Gebühren. Diese sind Gebührenfinanziert und nicht aus den Steuern heraus. Aus diesen Gebühren gibt es ein Eigenkapital, was aus zu viel bezahlten Gebühren generiert wurde. Wenn man die Anlagen nimmt, welche noch nicht vollständig abgeschrieben sind, hat die Wasserversorgung einen Saldo von 11.1 Mio. Franken, welche zur Verfügung stehen. Jetzt versteht er die Finanzabteilung auf der einen Seite, die sagt, wenn das ganze Regime nicht darunter gestellt wird, muss mehr Geld aufgenommen werden. Aber die FDP-Fraktion findet es nicht richtig, dass man auf nötige Investitionen ins Wasser-Netz verzichtet und es in fünf Jahren Wasserfontänen gibt. Dann heisst es, dass der Unterhalt nicht wahrgenommen wurde. Darum macht der Sprechende beliebt zu prüfen, eine neue Kennzahl einzuführen, wie es die Stadt Luzern hat.

Erich Tschümperlin ist dieses Anliegen prinzipiell sympathisch. Man darf seine Sachen nicht verkommen lassen. Heute ist jedoch mehrfach der Begriff Pro-Kopf-Verschuldung gefallen. Es gibt kantonale Finanzkennzahlen. Wenn man aus der Spezialfinanzierung 11 Mio. Franken herauszieht, dann fehlen der Gemeinde 11 Mio. Franken Eigenkapital. Wenn er es richtig versteht, steigt die Verschuldung dann um 11 Mio. Franken. Dann geht die Finanzkennzahl den Bach ab und hört hier drin das noch grössere Gejammer, als man es heute bereits hat. Obwohl dies sinnvoll wäre, steigt die Pro-Kopf-Verschuldung nochmals an. Man kann schon eine neue Finanzkennzahl erfinden, aber Kriens wird vom Kanton an den offiziellen Finanzkennzahlen gemessen. Das führt dazu, dass man nur noch das in der Spezialfinanzierung machen kann. Ansonsten wird nichts mehr gemacht. Wenn das so ist, hat man überhaupt keinen Handlungsspielraum mehr. Dann findet er diese Idee nicht so gut.

Aus Christoph Lengwiler's Sicht muss man bei allen Investitionen schauen, welche nötig sind und wo Unterhaltsinvestitionen getätigt werden müssen. Man muss aufpassen einfach einen Bereich herauszupicken und zu sagen, dass man dort nicht mehr hinschauen muss, weil es ohnehin nötig ist. Man muss überall Überlegungen vornehmen und es braucht eine Investitionsplanung beim Wasserbereich und allen anderen Bereichen. Dazu wurde die Bemerkung mit der Priorisierung der Investitionen überwiesen. Er empfiehlt die Gesamtinvestitionen zu priorisieren. Wenn man bei der Wasserversorgung mehr ausgeben will, muss bei den anderen Bereichen ausgeglichen werden. Das Hauptproblem ist tatsächlich, dass Kriens relativ viel Eigenkapital in diese Spezialfinanzierungen hat. Sobald man dies beanspruchen will, heisst dies eine zusätzliche Nettoverschuldung in der gleichen Höhe. Wenn man dieses Jahr 10 Mio. Franken in die Wasserversorgung investiert, dann hat man Ende Jahr 10 Mio. Franken mehr Schulden. Dies ist genau gleich wie bei allen anderen Investitionen auch. Das muss man halt schon im Auge behalten. Er empfiehlt eine saubere Investitionsplanung zu machen, Prioritäten zu setzen inkl. Wasserversorgung. Dann soll man versuchen anhand der Sache zu entscheiden.

Abstimmung Bemerkungsantrag FDP

Mit 17:11 Stimmen wird der Bemerkungsantrag nicht überwiesen.

Albrecht, Michèle	nein
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	ja
Frauenknecht, Marco	ja
Gisler, Kurt	nein
Gomer-Beacco, Bettina	nein
Hunziker, Manuel	nein

Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein
Portmann, Peter	ja
Purtschert, Bruno	nein
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	nein
Stofer, Peter	nein
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag SVP zu Seite 45 – Rahmenbedingungen Investitionen Spezialfinanzierungen Wasser und Abwasser

Martin Zellweger hat ein Anliegen zum gleichen Thema. Man darf nicht neue Altlasten schaffen, indem man sich hier Vorgaben gibt, welche einschränken. Die Finanzstrategie begrenzt die Investitionen bei den Spezialfinanzierungen Wasser und Abwasser im Rahmen der Gesamteinnahmen. Diese Vorgehensweise birgt zwei wesentliche Gefahren. Zwingend notwendige Investitionen werden nicht umgesetzt, obwohl sie möglicherweise höher priorisiert würden als Investitionen im Rahmen des ordentlichen Budgets. Gemäss dieser Regelung wäre es nicht möglich. Zugleich muss man mit reduzierten Investitionen damit rechnen, dass der Preisüberwacher als Folge der tieferen Investitionen eine Gebührensenkung verschreibt, damit würde Kriens doppelt verlieren. Der Bemerkungsantrag zielt darauf hin, dass man es über die Priorisierung löst und es auf die gleiche Ebene hebt, wie die anderen Investitionen. Darum möchte die SVP-Fraktion folgende Bemerkung überweisen:

Die Finanzstrategie begrenzt die Investitionen bei den Spezialfinanzierungen Wasser und Abwasser im Rahmen der Gesamteinnahmen resp. Anschlussgebühren.

Sind in der Spezialfinanzierung Wasser und Abwasser für den Werterhalt und die Verhinderung von Folgekosten über die definierten Begrenzungen hinausgehende Mehrinvestitionen zwingend notwendig, so kann der Investitionsrahmen im Rahmen der Priorisierungen innerhalb des operativen Cashflows die für die Spezialfinanzierung gesetzten Grenzen überschreiten.

Die SVP-Fraktion möchte mit dieser Anpassung verhindern, dass innerhalb des knappen Investitionsbudgets im Rahmen des operativen Cashflows nicht Investitionen getätigt werden können, wenn sie in der Priorität tiefer liegen als beim Wasser/Abwasser anstehende Investitionen zum Werterhalt. Ohne diese Ausnahmeregelung kann es dazu führen, dass man die falschen Investitionen aufgrund selbst auferlegter Regelungen zwingender, werterhaltenden Investitionen vorzieht.

Laut Franco Faé ist das genau das, was der Stadtrat bereits jetzt schon macht. Dieser Bemerkungsantrag ist praktisch überflüssig. Bei der Bearbeitung der Investitionsrechnung und Budgets wurde diese Thematik intensiv diskutiert. Das wird bereits heute schon gemacht.

Abstimmung Bemerkungsantrag SVP

Mit 23:5 Stimmen wird der Bemerkungsantrag überwiesen.

Albrecht, Michèle	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	ja
Frauenknecht, Marco	ja
Gisler, Kurt	nein
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	nein
Portmann, Peter	ja
Purtschert, Bruno	nein
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag KFG zu Seite 48 - Übersicht zu den Massnahmen Entlastungspaket 2021

Martin Zellweger möchte im Namen der KFG gemäss Zirkularbeschluss vom 25. Juni 2020 die folgende Bemerkung zum genannten Bericht anfügen:

Entgegen der Betitelung der Spalte 8 «Plan B (wenn keine Steuererhöhung möglich)» sowie der Beschriftung der Tabelle 17, sollen diese Massnahmen Plan B für das Budget 2021 sowie den AFP 2021 – 2025 weiterhin geprüft und bei Notwendigkeit mitberücksichtigt werden.

In der Strategie steht, dass der Plan B nur gemacht wird, wenn es keine Steuererhöhung gibt. Es soll jedoch auch gemacht werden, wenn keine Steuererhöhung durchkommt. Es kann durchaus sein, dass weitere Entlastungsmassnahmen notwendig sind, sollten einzelne Massnahmen im Entlastungspaket oder aus den Projekten nicht wie gewünscht umsetzbar sein. Deshalb darf diese Einschränkung nicht gelten.

Abstimmung Bemerkungsantrag KFG

Mit 26:2 Stimmen wird der Bemerkungsantrag überwiesen.

Albrecht, Michèle	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	ja
Frauenknecht, Marco	ja
Gisler, Kurt	ja

Gomer-Beacco, Bettina	ja
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	nein
Portmann, Peter	ja
Purtschert, Bruno	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	nein
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag KFG zu Seite 54 - Strategiecontrolling

Martin Zellweger möchte im Namen der KFG folgende Bemerkung überweisen:

Für die in Kapitel 7.7 aufgeführten Projekte und Massnahmen zur Umsetzung der Finanzstrategie wird eine übergeordnete Programmleitung installiert. Wir empfehlen diese Programmleitung dem Präsidialdepartement zuzuordnen, da sie Departement-übergreifend wirkt. Die Programmleitung berichtet regelmässig – wenn möglich quartalsweise – zu Händen der KFG in einer noch zu definierenden Form über den Fortschritt der Projektumsetzung.

Das im Kapitel 7.7 aufgeführte Projektportfolio ist ein wichtiger, wenn nicht entscheidender Teil der Finanzstrategie. Die Projekte müssen nach Wirkung priorisiert und diszipliniert umgesetzt werden, sonst ist dieses Papier ab Kapitel 7 schon heute Makulatur. Dies erfordert eine professionelle Leitung eines sogenannten Programms. Die Ansiedlung im Präsidialdepartement ist notwendig, da die Projekte unterschiedliche Departemente teilweise übergreifend betreffen. Da sollen nicht die Finanzdienste in der Verantwortung sein. Das ist eine Chef-Sache.

Abstimmung Bemerkungsantrag KFG

Mit 28:0 Stimmen wird der Bemerkungsantrag überwiesen.

Albrecht, Michèle	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	ja
Frauenknecht, Marco	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja

Portmann, Michael	ja
Portmann, Peter	ja
Purtschert, Bruno	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

Enrico Ercolani hat eine Frage an Cyrill Wiget. Er hat die Ausführungen bezüglich neuen Wohnungen und deren Steuereinnahmen gemacht. Jetzt möchte man in Kriens gerne noch Eigentumswohnungen bauen, nämlich in der Weinhalde und Sport Arena. Welchen Einfluss haben Eigentumswohnungen auf die Steuern? Was bringen diese mehr als Mietwohnungen?

Gemäss Cyrill Wiget sind das die schwierigen Fragen, woraus man Politik machen kann. Die Zahlen für Eigentumswohnungen sind interessant. Es ist jedoch eine punktuelle Analyse und wurde nicht über eine längere Zeit gemacht. Man muss sie sicher auch noch mit anderen Analysen vergleichen, wenn man sie als Interpretation herziehen möchte. Der Stadtrat ist gerne bereit diese Diskussion zu führen, sobald er diese selbst analysiert hat.

Guido Solari liest den **Text zur Kenntnisnahme** vor:

Der Planungsbericht Stadtfinanzen im Gleichgewicht wird zur Kenntnis genommen und das Postulat Zellweger «Raus aus den Schulden» (Nr. 160/2018) wird abgeschrieben.

Folgende Bemerkungen werden überwiesen:

1. Für die Budgetierung und Finanzplanung empfehlen wir für die Planung der Investitionen Grundsätze zur Priorisierung zu definieren, mit beispielsweise folgender Struktur:
 - **Priorität 1 zwingende Investitionen** - Unerlässlich für die ordnungsmässige Erfüllung der Stadtaufgaben (Schulanlagen, Wasserversorgung)
 - **Priorität 2 präventive Investitionen** - Investitionen, welche dem Werterhalt zwingender Infrastruktur für ordnungsmässige Erfüllung der Stadtaufgaben dient und so durch kontinuierliche Erneuerung zukünftige Mehrkosten und Sanierungskosten verhindert (beispielsweise Unterhalt Wasserversorgung)
 - **Priorität 3 Investitionen für die Stadtentwicklung** - Beispielsweise Verkehrsoptimierung
 - **Priorität 4 Investitionen für den Wunschbedarf:** goldene Perrondächer, Investitionen um Preise zu gewinnen, städtebauliche Verschönerungen

Investitionen sollen im Budget und im Finanzplan nach diesen Prioritäten eingeplant und begründet werden.

2. Die Finanzstrategie begrenzt die Investitionen bei den Spezialfinanzierungen Wasser und Abwasser im Rahmen der Gesamteinnahmen resp. Anschlussgebühren.

Sind in der Spezialfinanzierung Wasser und Abwasser für den Werterhalt und die Verhinderung von Folgekosten über die definierten Begrenzungen hinausgehende Mehrinvestitionen zwingend notwendig, so kann der Investitionsrahmen im Rahmen der Priorisierungen innerhalb des operativen Cashflows die für die Spezialfinanzierung gesetzten Grenzen überschreiten.

-
3. *Entgegen der Betitelung der Spalte 8 «Plan B (wenn keine Steuererhöhung möglich)» sowie der Beschriftung der Tabelle 17, sollen diese Massnahmen Plan B für das Budget 2021 sowie den AFP 2021 – 2025 weiterhin geprüft und bei Notwendigkeit mitberücksichtigt werden.*
4. *Für die in Kapitel 7.7 aufgeführten Projekte und Massnahmen zur Umsetzung der Finanzstrategie wird eine übergeordnete Programmleitung installiert. Wir empfehlen diese Programmleitung dem Präsidialdepartement zuzuordnen, da sie Departement-übergreifend wirkt. Die Programmleitung berichtet regelmässig – wenn möglich quartalsweise – zu Händen der KFG in einer noch zu definierenden Form über den Fortschritt der Projektumsetzung.*

Gemäss Roger Erni findet keine Abstimmung statt.

6. Bericht und Antrag: Bebauungsplan Pilatus-Arena, 2. Lesung

Nr. 249/19

Laut Viktor Bienz, KBVU-Präsident, ist der Bebauungsplan Pilatus-Arena ein weiteres Highlight im politischen Alltag. An diesem Projekt gibt es regionale wenn nicht sogar nationale Interessen. So wird auch die ganze Region darauf schauen, wie dieses Projekt ankommt und wie über dieses Projekt diskutiert wird. Der Bauvorsteher führte in der KBVU aus, dass in der 1. Lesung der Einwohnerrat mit dem Mehrwertausgleich nicht ganz glücklich war und mehr Verbindlichkeit betreffend Spielflächen verlangte. Es wurde nun vereinbart, dass die Pilatus-Arena AG den vollen Mehrwertausgleich bezahlt. Die Bemerkungsanträge des Einwohnerrats haben bei den Verhandlungen unterstützend gewirkt. Der Velounterstand ist jetzt in den Plänen enthalten. Es gibt nur noch eine Einsprache, denn die anderen wurden zurückgezogen. Diese eine Einsprache wendet sich aber nicht gegen die Pilatus-Arena, sondern gegen das Problem mit der Umgestaltung des Kreisel Mattenhof seitens des Kantons. Die KBVU ist grundsätzlich für das Projekt. Die Pilatus-Arena ist wie ein Sechser im Lotto, den Kriens endlich mal verdient hat. Mit dessen Realisierung schliesst sich eine infrastrukturelle Lücke im Hallensportbereich und ist eine grosse Chance für die Indoorsportarten. Wichtig ist die überregionale und nationale Ausstrahlung, die neue Impulse geben wird. Im Projekt ist auch ein Gastrobetrieb in Richtung Bahnhof angedacht. Es wurde gefordert, dass es ein Restaurant sein soll, dass nicht nur an Anlässen geöffnet ist. Der Bauvorsteher antwortet, dass dies klar vorgesehen ist. Vorbild ist das Restaurant 1944 im Kleinfeld. Die KBVU sieht es auch als eine Idee, dass man in einem der Hochhäuser einen Quartiertreffpunkt machen kann. Vielleicht gibt es aber irgendwo auch einen besseren Ort dafür. Der Bauvorsteher sagt, es braucht eine gewisse Flexibilität. Hätte man den Schulsport in die Sonderbauvorschriften aufgenommen, hätte man dies jetzt drin, obschon man keine Räume für Schulsport benötigt. Die KBVU hat festgestellt, dass der Stadtrat den Auftrag wahrgenommen hat die verschiedenen Anliegen und Anträge der KBVU im B+A auf die zweite Lesung aufzunehmen. Dem Beschlusstext wurde einstimmig zugestimmt.

Wenn Andreas Vonesch, CVP/JCVP-Fraktion, an die erste Lesung denkt, dann hört er noch Aussagen quer durch die Parteien, welche von Leuchtturmprojekt, Meilenstein, 6-er im Lotto, geschwärmt haben, oder von einem politischen Highlight für das Krienser Parlament sprachen, und man solle das Glück mit beiden Händen greifen. Selbst die Grüne/GLP-Fraktion ist dem Projekt grundsätzlich wohlwollend gegenübergestanden. So überschwänglich viele Voten anfänglich auch ausgefallen sind, hat sich dann schnell gezeigt, dass das gutaufgestellte und finanziell abgesicherte Mega-Projekt durchaus einer kritischen Betrachtung standhalten muss und noch einiges an Verbesserungspotential aufweist. In der Detailberatung der 1. Lesung wurden fünf Anträge zu den Sonderbauvorschriften und sieben Bemerkungsanträge zur Mehrwertermittlung angenommen. Heute stellt die CVP/JCVP-Fraktion erfreut fest, dass zu den bemängelten Punkten und Forderungen Lösungsvorschläge vorliegen und Anpassungen vorgenommen worden sind. Die Pilatus Arena AG hat ihre Hausaufgaben gemacht. Dafür dankt die

CVP/JCVP-Fraktion den Investoren. Sie attestiert aber auch dem Stadtrat gutes Verhandlungsgeschick und stellt ihm ein gutes Zeugnis aus. Was natürlich insbesondere ins Auge sticht, ist die massive Erhöhung der Mehrwertabgabe auf 5,7 Mio. Franken. Das sieht auf den ersten Blick nach sehr viel Geld aus, nüchtern betrachtet muss aber berücksichtigt werden, dass damit auch Abgeltungen wegfallen und allfällige Leistungen der Stadt Kriens nun zu anderen Tarifen bezogen werden müssen. Die CVP/JCVP-Fraktion hat im Votum zur 1. Lesung bereits auf die Wichtigkeit der Sozial- und Aussenraumgestaltung hingewiesen. Auch hier sind Verbesserungen erzielt worden. Dass die Idee eines Raumes für die Quartierbevölkerung im Erdgeschoss umgesetzt werden kann ist eine schöne Idee, mehr noch nicht. Zur Realisierung gibt es noch viele Fragezeichen, die in der Bauprojektierung geklärt werden müssen. Trotzdem steht die CVP/JCVP-Fraktion dem Antrag der SP zu den Sonderbauvorschriften positiv gegenüber und kann auch den Bemerkungsantrag der Grüne/GLP-Fraktion unterstützen. Ebenso hat sie auf die Anrechenbarkeit der Spiel- und Freizeitflächen hingewiesen, eine andere Bewertung verlangt und sehr schnell konkrete Aussagen zu möglichen Standorten gefordert. Dabei wurde das Areal Grabenhof immer wieder in den Fokus gerückt. Mit den aktuellen Entwicklungen und der Absichtserklärung zum Areal Grabenhof/Hinterschlund mit der Stadt Luzern ist es nun richtig, auch alternative Standorte in Betracht zu ziehen. Deshalb unterstützt die CVP/JCVP-Fraktion auch den Antrag der FDP, zur Überprüfung alternativer Standorte. Noch ein Wort zu den sogenannten Türmen, welche auch immer wieder ein Thema waren. Nach wie vor ist die CVP/JCVP-Fraktion der Meinung, dass die Höhe ausgereizt ist, aber nicht ein Killerkriterium sein soll. Städtebaulich sind sie an diesem Standort verträglich, insbesondere dann, wenn bezüglich der Fassadengestaltung die Ästhetik im Vordergrund steht, um eine gute Einfügung in die Umgebung analog der Allmend-Türme zu erreichen. Ebenso wichtig erscheint ihr auch der geplante Wohnungsmix zwischen Miet- und Eigentumswohnungen, deren Grösse und angesprochener Bewohnerschaft. Die CVP/JCVP-Fraktion sieht darin auch ein Steuerelement für die zukünftige Schulraumplanung oder für generierbare Steuererträge. Den Antrag der Grüne/GLP-Fraktion zur öffentlichen Nutzung der Dachterrasse findet sie reizvoll, steht aber der praktischen Umsetzung in dieser Phase skeptisch gegenüber, zumal bereits in der 1. Lesung ein gleichlautender Antrag mit 16:10 Stimmen abgelehnt wurde. Wenn man solche öffentlichen Nutzungen in Zukunft vermehrt will, dann muss man schon viel früher reagieren, wie man es beim Projekt Grossfeld getan hat. Wenn man heute dem Beschlusstext zustimmt, dann schickt man ein durchdachtes und ausgereiftes Gross-Projekt im Mattenhof auf den Weg. Es ist ein weiterer Schlüsselstein in diesem entstehenden urbanen Stadtteil. Die CVP/JCVP-Fraktion sagt dazu Ja.

Laut Peter Portmann, SVP-Fraktion, wird ein grosser Wunsch für die Region erfüllt, nämlich eine zeitgemässe Infrastruktur für Sportvereine und den Spitzensport. Mit dem Bekenntnis der Stadt Kriens zur Nachhaltigkeit ist die Berücksichtigung sozialer Aspekte ein ständiger Auftrag für die Verwaltung. Es gilt neben der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und den ökologischen Anliegen immer auch die gesellschaftlichen Gesichtspunkte einzubeziehen. Das zeigt sich im Beschrieb unter Ziffer 4.2. im B+A. Mit diesem Projekt wird die Nutzungsvielfalt im ganzen Gebiet akzentuiert. Ein Gebiet, in dem die Menschen wohnen, arbeiten, konsumieren, ihre Freizeit verbringen und sich erholen können. Das ist ein lebendiges Gebiet. Ein Nutzungsmix von Wohnen und Arbeiten, die Vielfalt von Gewerbe, Kultur, sozialen und soziokulturellen Einrichtungen ist nachhaltig, das heisst kurze Wege, und bietet Lebensqualität. Das Areal befindet sich inmitten eines neuen Quartiers und verbindet wichtige Versorgungszentren zu Orten im Zentrum durch leistungsfähige öffentliche Verkehrsmittel sowie sichere Fuss- und Velowege zum Areal. Das Fuss- und Velowegenetz ist attraktiv und der MIV quartierverträglich. Das revidierte RPG verlangt seit dem 1. Mai 2014 mit Nachdruck die Einführung eines Mehrwertausgleichs. Daraus resultiert für die Parzelle Nr. 2988 ein Mehrwertausgleich von Fr. 1'370'000.00 der gemäss Beschreibung eher als eine Rundung anzusehen ist. Trotzdem werden alle gesetzlichen Forderungen erfüllt. Die SVP-Fraktion wird den B+A genehmigen.

Thomas Lammer von der FDP-Fraktion bedankt sich zuerst bei der Geschäftsleitung des Einwohnerrates für die Verschiebung der Traktanden. Die Halle in der Pilatus-Arena tobt. Wir stehen 15 Sekunden vor Spielende und die heimische Mannschaft führt. Es ist das letzte Spiel der Saison und ein Sieg

könnte den Meisterbecher in die Innerschweiz holen. So könnte es in wenigen Jahren tönen, wenn dieser B+A heute in der zweiten Lesung in diesem Parlament verabschiedet wird. Der Sprechende wiederholt sich aus der 1. Lesung und verweist erneut auf die Situation in der Schweiz bei den Hallensportarten wie Handball, Unihockey, Basketball oder Volleyball. Die Wettkämpfe werden auf hohem Niveau vorwiegend in Schulsportshallen ausgetragen. Diese Hallen genügen zwar aufgrund ihrer Grösse, um die Wettkämpfe auszutragen. Sie genügen aber bei weitem nicht, damit Sponsoren attraktiviert, Fans in die Halle gelockt oder auch Fernsehübertragungen durchgeführt werden können. Alle die oben erwähnten Sportarten haben sich in den letzten Jahren aber auch bezüglich dieser Bedürfnisse entwickelt, nicht nur in den sportlichen Leistungen. Deshalb ist das vorliegende Projekt mit der Pilatus-Arena ein Segen und ermöglicht schlussendlich auch das Überleben und das Aufrechterhalten von Leistungsteams jeglicher Hallensportarten. Denn nur mit der nötigen Infrastruktur können Zuschauer in die Hallen gelockt werden. Die FDP-Fraktion hat sich bereits in der 1. Lesung positiv zum Projekt geäussert. In der Beratung vom November wurden fünf Anträge zu den Sonderbauvorschriften angenommen. Diese sind ihres Erachtens wichtig für das Gelingen des Projektes. Nicht zuletzt auch aufgrund eines Antrages der FDP bezüglich Mehrwertabschöpfung, sowie weiteren 6 in diesem Zusammenhang, erbrachten die neuerlichen Verhandlungen mit den Investoren einen Betrag von 5.7 Mio. Franken. Dieser Betrag ist zentral, damit überhaupt ein Vorhaben wie eine neue Spiel- und Freizeitfläche durch die Stadt Kriens erstellt werden kann. Ohne diesen vollen Betrag der Mehrwertabschöpfung sind solche Projekte für die Stadt Kriens auf Jahre hinaus nicht realisierbar. Allerdings ist die FDP-Fraktion am heutigen Punkt für weitere Änderungsanträge zu den Sonderbauvorschriften zurückhaltend. Deshalb lehnt sie die Anträge der SP und der Grünen ab. Den Bemerksungsantrag der Grünen würde sie hingegen überweisen. Es ist erstaunlich, dass ein solches Projekt gerade mal zu 4 Einsprachen führte. Das spricht für die Qualität aber auch die Akzeptanz. Dass schlussendlich 75 % der Einsprachen gütlich erledigt werden konnten ist erfreulich. Die übrig gebliebene Einsprache richtet sich nicht eigentlich gegen das Projekt, sondern nutzt dieses als Welle für ein anderes Anliegen. Die FDP-Fraktion hat dafür Verständnis und erbittet hier eine Klarstellung vom Kanton. Im Umgang mit der Einsprache folgt sie aber der Argumentation des Stadtrates. Bis jetzt hat Thomas Lammer vorwiegend über die Halle gesprochen. Begrüsst wird ihrerseits aber auch, dass der Wohnungsmix neben Mietwohnungen auch Eigentumswohnungen von rund 40 % umfasst. Die FDP-Fraktion hat sich in Kriens immer für einen gesunden Mix aus Miet- und Eigentumswohnungen eingesetzt. Gerade im vorliegenden Gebiet wurden in letzter Zeit ausschliesslich Mietobjekte erstellt. Vorher hörte man vom Stadtpräsident, dass auch dies steuerlich etwas bringt. Studien zeigen, dass Eigentumswohnungen rund 50 % mehr Steuerertrag bringen. Insofern trägt der Eigenheimanteil zu einem gesunden Mix bei und die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass dafür eine grosse Nachfrage besteht. Liegt das Grundstück doch wie bereits mehrfach gesagt, verkehrstechnisch ideal. Das Projekt ist eine einmalige Chance für den Sport in der Region Luzern, aber auch für die Stadt Kriens. Diese Chance sollte man jetzt packen und das Glück mit beiden Händen greifen. Viele Menschen werden dies dem Einwohnerrat danken. Thomas Lammer hofft, dass man bald jubeln kann, zusammen mit allen Hallensportlern in der Region. Die FDP-Fraktion steht vollumfänglich hinter dem Projekt der Pilatus Arena und wird den B+A annehmen.

Für die SP-Fraktion ist laut Cla Büchi die Sache mit der Pilatus Arena eine verzwickte. Einerseits mag sie dem HCK eine Halle mit geeigneten Trainings- und Spielbedingungen sehr gönnen, andererseits ist der Preis durch die Mantelnutzung auf dem im Grunde genommen zu kleinen Grundstück wortwörtlich hoch. Mit der Pilatus Arena bekommt man nämlich über 400 Wohnungen als Zugabe obendrauf. Die SP-Fraktion ist skeptisch, ob solche PPP-Projekte für die Stadt Kriens mehr Segen oder Fluch sind. Nachdem momentan das Wachstum nicht die erhofften Steuereinnahmen gebracht haben, muss man sich künftig gut überlegen, was Kriens hilft und was weitere Belastungen bringt. Mit den Aussagen aus der Studie, aus der Cyrill Wiget soeben berichtet hat, relativiert sich das möglicherweise. Das muss aber noch genauer angeschaut werden. Trotzdem steckt die SP-Fraktion in einem Dilemma und macht ihre Entscheidung nicht einfach. Und grundsätzlich wäre auch eine Volksabstimmung angebracht. Denn ein Projekt mit diesen Ausmassen und mit einem Wohnturm von 110 Meter Höhe bräuchte es eigentlich die Legitimation durch einen Volksentscheid. Auch für die Investoren wäre es nur von Vor-

teil, wenn sie wüssten, dass die Bevölkerung hinter dem Projekt steht. Aber gemäss Aussagen der Investoren drängt die Zeit, weil sonst Subventionen nicht fliessen. Man steht also vor einem Sachzwang, der ungute Gefühle auslöst. Auf der anderen Seite haben die Projektentwickler die Anliegen aus dem Einwohnerrat von der 1. Lesung ernst genommen und haben in den meisten Fällen nachgebessert. Speziell erfreulich ist, dass die Investoren jetzt bereit sind, den vollen Mehrwertausgleich zu zahlen. Das ist Balsam auf die finanzielle Wunde der Stadt Kriens. Ebenso erfreulich ist die Bereitschaft der Investoren die Idee von einem Raum für die Quartierbevölkerung umzusetzen. Sie soll im Rahmen von der Bauprojektphase weiterverfolgt werden. Dazu hat die SP-Fraktion einen Antrag eingereicht, um den Quartierraum in der Aufzählung von den möglichen Nutzungen in den Sonderbauvorschriften zu verankern. Das heisst noch nicht, dass ein Quartierraum auch realisiert werden muss. Aber es unterstreicht die Ernsthaftigkeit und die Bereitschaft vom Investor, einen Schritt auf die Quartierbevölkerung zuzugehen. Letztlich muss das Quartier selber das Bedürfnis nach einem solchen Raum kundtun und entscheiden, ob der Standort bei der Pilatus Arena der Richtige ist. Die SP-Fraktion hat sich nach kontroversen Diskussionen entschieden, dem B+A zuzustimmen oder mindestens grossmehrheitlich.

Nachdem gemäss Raoul Niederberger, Grüne/GLP-Fraktion, im letzten November das erste Mal über das Projekt Pilatus Arena debattiert wurde, steht nun die zweite entscheidende Lesung an. Im Eintretensvotum der 1. Lesung hat der Sprechende gesagt, dass die Grüne/GLP-Fraktion dem Projekt grundsätzlich wohlgesinnt gegenübersteht. Sie will, dass dieses Projekt gelingen kann. Zu diesen Aussagen steht sie immer noch. Die Grüne/GLP-Fraktion hat aber damals auch gesagt, dass es noch einige Punkte gibt, bei denen nachgebessert werden muss. Andernfalls würde sie dieses Projekt heute ablehnen. Die entscheidende Frage für die Grüne/GLP-Fraktion ist deshalb: Wurde das Projekt entsprechend nachgebessert oder präsentiert sich uns der gleiche Entwurf wie in der 1. Lesung? Er geht deshalb nochmals auf die genannten Punkte ein. Zuerst zur Nutzung der Halle für öffentliche Zwecke, insbesondere der Schulsport. Ein entscheidender Punkt in der 1. Lesung war die Nutzung der Halle für den Schulsport. Dieser hätte im Einklang mit dem professionellen Sport- und Eventbetrieb stehen müssen. Eine nicht zu unterschätzende Herausforderung. Inzwischen hat sich die Ausgangslage jedoch verändert. Mit der neuen Schulraumplanung steht fest, die Turnhallenkapazität der Stadt Kriens reicht für die nächsten Jahre aus. Neue Kapazitäten werden nicht benötigt. Professioneller Sport- und Eventbetrieb muss nicht mit dem Schulsport in Einklang gebracht werden. Sollte sich die Situation derweil einst verändern, müsste die Ausgangslage zu diesem Zeitpunkt neubeurteilt werden. Eine entsprechende Bemerkung ist in den B+A eingeflossen. Hier besteht momentan kein Problem mehr. Als weiteren wichtigen Punkt hat die Grüne/GLP-Fraktion in der 1. Lesung die fehlende Perspektive einer neuen grossen Freizeitanlage à la Langmatt kritisiert. Die Ausführungen dazu waren noch sehr vage. In diesem Punkt hat das Projekt einen grossen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Der Weg für eine neue grosse Freizeitanlage wird konkret aufgezeigt. Mit den Einnahmen aus dem Mehrwertausgleich soll die Freizeitanlage auf dem Areal Grabenhof erstellt werden. Darüber hinaus hat das Projekt, sozusagen als positiver Nebeneffekt eine gemeinsame Entwicklung der Areale Grabenhof und Hinter Schlund der Städte Kriens und Luzern angestossen. Eine entsprechende Absichtserklärung der beiden Parteien wurde bereits unterzeichnet. Hier liegt es an uns eine zügige Umsetzung zu forcieren, auch nachdem heute der Bebauungsplan und die Teilzonenplanänderung der Pilatus Arena genehmigt werden. Der Sprechende kommt nun zu den sozialräumlichen Aspekten. Die Pilatus Arena mit ihren neuen Wohnungen soll nicht zum Un-Ort verkommen. Der Ort muss auch dann belebt sein, wenn keine Sport- oder Eventveranstaltungen in der Halle stattfinden. Diese Aussagen aus der 1. Lesung sind der Grüne/GLP-Fraktion immer noch ein wichtiges Anliegen. Es freut sie deshalb, dass die Initianten nun einen Restaurationsbetrieb planen, welcher auch ausserhalb von Veranstaltungen geöffnet ist. Damit der Einwohnerrat über diese wichtige Entwicklung im Stande bleibt und nötigen Falls zu einem späteren Zeitpunkt reagieren könnte, hat sie einen entsprechenden Bemerkungsantrag gestellt. Die Grüne/GLP-Fraktion hofft auf die Unterstützung. Daneben hat sie einen weiteren Antrag gestellt, welchen die Grüne/GLP-Fraktion in sehr ähnlicher Form in der 1. Lesung gestellt hat. Auch dieser soll das Areal beleben: mit einer öffentlichen Dachterrasse auf einem der beiden Hochhäuser könnte ein neuer Treffpunkt mit einmaligem Charakter entstehen. Sie ist überzeugt, dass eine solche Massnahme stark zur Belebung des Areals beitragen würde. Sie unterstützt auch den Antrag der SP, der ebenfalls auf

eine Belebung des Areals abzielt. Der Mehrwertausgleich wurde bereits mehrfach angesprochen. Nachdem in der 1. Lesung viel über den Mehrwertausgleich diskutiert wurde, konnte auch hier eine starke Verbesserung erreicht werden. Statt «nur» 1.38 Mio. Franken Mehrwert erhält die Stadt Kriens den gesamten Mehrwert von rund 5.68 Mio. Franken. Ein überaus erfreulicher Zustupf für die Krienser Finanzkasse, ohne welche die bereits angesprochene Entwicklung der Freizeitanlage auf dem Grabenhof und generell die Entwicklung dieses Areals und des Hinterschlunds wohl nicht möglich gewesen wäre. Als letzten Punkt hatte der Grüne/GLP-Fraktion in der 1. Lesung den Nachweis für die Höhe der geplanten Hochhäuser gefehlt. Dieser Nachweis fehlt für die Grüne/GLP-Fraktion immer noch. Sie kann aus der Berechnung des Mehrwerts immer noch nicht genau erschliessen, ob für die Querfinanzierung der Halle die geplante Höhe der Hochhäuser notwendig sind, oder ob auch 100 Meter oder 90 Meter gereicht hätten. Da sie sich jedoch nicht generell an der Höhe von 110 und 50 Meter stört, sondern am etwas undurchsichtigen Vorgehen, soll das Projekt nicht an diesem Umstand scheitern. Vielleicht kann ja der Stadtrat noch etwas zu diesem Punkt sagen und kurz Stellung zur Höhe der Hochhäuser nehmen. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die geforderten Verbesserungen in vielen Punkten erreicht wurden. Zwei, drei Optimierungen können noch erreicht werden, damit das Projekt Pilatus Arena wirklich zu fliegen kommt. Die Grüne/GLP-Fraktion tritt auf den B+A ein, ob sie dem Projekt zustimmen kann, hängt noch von der heutigen Diskussion ab. Das bis anhin gehörte, stimmt aber positiv. Wie einleitend gesagt, steht die Grüne/GLP-Fraktion dem Projekt grundsätzlich wohlgesinnt gegenüber. Ein letztes Wort noch zur hängigen Einsprache. Hier stützt sie den Antrag des Stadtrates die Einsprache abzuweisen.

«Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul», so würde Peter Stofer den Verlauf der Debatte über weite Strecken zusammenfassen. Kriens lässt sich eine topmoderne Indoor Sportarena mit 4'000 Zuschauern inkl. VIP-Bereich bauen und das alles gratis und kostenlos. Wer dieses Geschenk nicht annimmt wäre ja blöd. Diese Euphorie ist ansteckend. Es ist unbestritten, dass das Projekt Chancen bietet. Aber wäre es nicht die Aufgabe des Einwohnerrates, diesem Gaul doch ein wenig ins Maul zu schauen? Es stellt sich die Frage, ob die Hallengrösse richtig dimensioniert ist. Eine Sport-Anlage von nationaler Bedeutung muss es offenbar sein, damit der Bund die budgetierten 3 Mio. Franken investiert. Aber ist eine solche Halle überhaupt sinnvoll für Kriens? Da kann ein Vergleich mit dem benachbarten Fussballstadion weiterhelfen. Das FCL-Stadion hat ein Fassungsvermögen von 17'000 Personen. Die durchschnittliche Belegung pro Match liegt bei ca. 50 %, was rund 8'000 – 9'000 Zuschauer sind. Das Fassungsvermögen für die Pilatus-Arena soll 4'000 betragen. Die durchschnittliche Belegung pro Match des HCK liegt bei ca. 15 %, was 500-600 Zuschauer entspricht. Dem HCK ist es auf dem Feld zuletzt sehr gut gelaufen. Das ist erfreulich. Trotzdem vermag der HCK die Halle während der Meisterschaft nur zu 15 – 20 % auszufüllen. Gemäss Businessplan liegt der Break Even bei rund 1.3 Mio. Franken, d.h. die Halle muss mindestens 1.3 Mio. Franken pro Jahr erwirtschaften, damit die Aufwände gedeckt werden können. Dies soll ab dem 6. Betriebsjahr erreicht werden. Eine Trainingsstunde wird mit Fr. 280.00 verrechnet. Die Profi-Abteilung der HC-Kriens AG wird sich dies vermutlich leisten können, evtl. auch der Hochschulsport Luzern. Die Stadt Kriens eigentlich nicht. Die Krienser Sportvereine werden sich diese Hallennutzung sicher nicht leisten können, auch der Nachwuchs und der Breitensport des HCK nicht. Diese Halle dient primär den Bedürfnissen des regionalen Leistungssportes und sicher nicht den lokalen Sportvereinen. Auf der 12'900 m² grossen resp. kleinen Parzelle mit Sport- und Eventnutzung und seinen 415 Wohnungen sollen dereinst 2, 3 oder noch mehr Prozent der Krienser Stadtbevölkerung leben. Weder der heutige Zonenplan, noch das Hochhauskonzept Luzern Plus 2018, noch Leitbild und Entwicklungskonzept, noch die stadträumlichen Richtlinien oder der Beirat sehen eine solche extrem dichte Nutzung am Mattenplatz vor. Dieses Nutzungsmass diktieren einzig und allein die Investoren. Und, weil es zumindest in der Schweiz keine Vorbilder gibt, weiss man nicht, ob dieses Projekt dereinst funktionieren wird: Weder aus sozialer, finanzieller und auch aus sportlicher Sicht. Aber eins steht fest, für diese Nutzung ist die Parzelle aus städtebaulicher Sicht zu klein. Was passiert, wenn die Betreibergesellschaft in Konkurs geht? In der ersten Lesung hat man genau aus dieser Befürchtung heraus die Idee verworfen, dass sich die Stadt an der Betreibergesellschaft beteiligen soll. Im Konkursfall wird sich die Stadt nicht aus ihrer Verantwortung ziehen können.

Schliesslich wird die Halle aus den benachbarten Hochhaus-Ausnutzungs-Gewinnen „öffentlich“ finanziert. Um zu verhindern, dass die Halle einem x-beliebigen Dritten versteigert wird, müsste ein «Heimfall» an die Stadt vorgesehen und allenfalls grundpfadrechtlich gesichert werden. Der Sprechende kommt nun zu seinem persönlichen Fazit. Aus sportlicher Sicht ist die Halle für den HCK zu gross, aus städtebaulicher Sicht ist das Projekt überrissen. Neben all den Entwicklungschancen die das Projekt zweifelslos bietet, sind die finanziellen Risiken für die Stadt unklar, möglicherweise beträchtlich. Aus seiner Sicht gehört dieses Vorhaben vors Volk.

Kurt Gisler ist etwas erstaunt über die Geschichte von Peter Stofer. Der zahnärztliche Feinschliff in diesem Gaul wurde vom Investor nach der ersten Lesung hervorragend gemacht. Man hat Anpassungen vorgenommen und die Hausaufgaben erfüllt. Die Legitimation dieses Projektes ist vorhanden. Der Vergleich Fussball und Hallensport ist nicht möglich. Der Fussball ist 10 Mal grösser. Das Potential des Hallensports in der Zentralschweiz wurde noch gar nicht ausgeschöpft, weil die Infrastruktur nicht vorhanden war. Denkt man 30 Jahre zurück. Sursee war dannzumal der Hallenleuchtturm in der Schweiz. In seiner Jugend spielte der Sprechende mit 17 Jahren das erste Mal in dieser Halle Handball. Ehrfürchtig standen alle da. Es war das Mekka des Schweizer Hallensport. In den nächsten zehn Jahren fand jeder grössere Anlass in Sursee statt. Fast sämtliche Länderspiele im Handball, Volleyball und Basketball wurden in dieser Halle ausgetragen. Jetzt hat Kriens im Zentrum der Schweiz die Möglichkeit optimal angebunden an die Autobahn eine Infrastruktur zu schaffen, welche nationale Bedeutung hat. Die nationale Bedeutung für den Hallensport kann man nicht wegdiskutieren. Denkt man dabei einmal an Tennis. Tennis hat in den letzten 20 Jahren in der Schweiz Millionen mobilisiert. Jedes Tennisturnier in der Schweiz würde seine Finger danach lecken, wenn ihr Turnier im Zentrum der Schweiz durchgeführt werden kann. Man darf das nicht alles auf den HC Kriens herunterreduzieren. Selbstverständlich beträgt die Besucherzahl des HCK nicht 4'500. Das war mit der bisherigen Infrastruktur auch nicht möglich. Die Zentralschweiz ist jedoch die Nummer 1 im Handballsport in Sachen Zuschaueraufmarsch. Wenn es sportlich funktioniert und eine würdige Infrastruktur vorhanden ist, sieht es wieder anders aus. Nur St. Gallen ist im Moment besser, weil diese auch die bessere Infrastruktur haben. Das Potential für den HC Kriens ist da, dass man 2'000 – 3'000 Zuschauer mobilisieren kann. Wenn der HC Kriens vorne mit dabei ist, ist der Sprechende auch überzeugt, dass diese Halle voll ist. Dies durfte man schon öfters miterleben, auch als man aufstieg oder vor dem Abstieg stand. Die Leute konnten mobilisiert werden. Kurt Gisler hofft schwer, dass wenn es soweit kommt und der HC Kriens einmal den Kübel in die Höhe stemmen kann, sind alle dabei und zahlen auch den Eintritt. Man kann es sich ja sonst nicht leisten. Nehmt dann nicht die Gratis-Einladung an, sondern unterstützt den Verein auch finanziell, welcher die Infrastruktur bezahlen muss. Hopp Kriens!

Laut Matthias Senn befinden sich die meisten des Stadtrates und einige des Einwohnerrates bereits in der letzten Spielminute von diesem Match im Pilatussaal. Der Sprechende freut sich riesig, dass man heute entscheidende Goals schießen kann. Vorher wurde die Finanzstrategie beraten, was ein sehr wichtiges Geschäft für die Stadt Kriens ist. Mit diesem Traktandum wird nochmals ein entscheidendes Goal geschossen. Er hat Freude daran, dass die Fraktionen überzeugt werden konnten und positive Feedbacks erfolgten. Es gab zwei Gelingensbedingungen, welche in der ersten Lesung formuliert wurden. Es war ein sehr gutes Zusammenspiel zwischen Exekutive und Legislative, damit man das Resultat hat, welches heute präsentiert werden kann. Das erste entscheidende Zuspiel war zum Mehrwertausgleich. Diesbezüglich konnte man sich mit dem Investor einigen. Herzlichen Dank an die Investoren, dass dieser Vertrag abgeschlossen wurde. Das zweite Zuspiel war die Frage nach der Spiel- und Freizeitanlage im Raum Kriens Mattenhof. Diese wurde gewünscht und hier erfolgte das entscheidende Zuspiel von der Stadt Luzern zusammen mit LuzernPlus. Anlässlich der Verhandlung konnte die Absichtserklärung unterzeichnet werden. Der Sprechende möchte der Stadt Luzern danken, dass sie dazu Hand geboten hat. Der Mehrwertausgleich hat wirklich grosse Vorteile für die Stadt Kriens, auch finanzieller Hinsicht. Es gibt gute Chancen, dass dieser bereits 2021 fließt. Der Mehrwertausgleich muss kurz vor Baubeginn bezahlt werden. Dann hat man die Möglichkeit wichtige Infrastrukturprojekte im Raum Kriens Mattenhof zu realisieren. Das betrifft nicht nur die Spiel- und Freizeitanlage, sondern

auch der Bogenweg als wichtige Velowegverbindung und auch weitere wichtige Massnahmen zur Aufwertung des öffentlichen Raumes. Es wurde die Frage gestellt, ob der Nachweis vorhanden ist, dass die Höhe von 110 Metern die richtige Höhe ist. Man hat dies damals im Projektteam nochmals diskutiert. Man kam zum Schluss, dass dies bereits mit dem Businessplan nachgewiesen wurde. Die Gretchenfrage stellte sich bei der Berechnung von Fahrländern Partner zum Mehrwertausgleich. Fahrländer Partner stellte fest, dass der Mehrwert von 30 Mio. Franken, welche durch das Wohnhaus mit 110 m Höhe entsteht, durch die Baukosten der Halle kompensiert werden. Dieser Nachweis ist für den Stadtrat erbracht. Der Sprechende dankt dafür, dass man über diesen Mehrwert trotzdem verfügen darf. Von Peter Stofer wurde noch das Thema Heimfall genannt. Die Halle hat nie der Stadt Kriens gehört und wird ihr auch nie gehören. Das Grundstück gehört der Stadt Luzern, welche das Kaufrecht abgeschlossen hat. Daher ist dies nicht damit vergleichbar, wie wenn die Stadt Kriens dieses Grundstück verkauft. So müssen keine Sicherheiten geregelt werden, sollte es einmal mit dieser Halle nicht mehr funktionieren. Der Stadtrat ist damit einverstanden die eingereichten Bemerkungsanträge zu überweisen. Zu den Sonderbauvorschriften wird er bei den Anträgen die Meinung des Stadtrates kundtun. Matthias Senn bedankt sich nochmals bei allen, welche zu diesem tollen Projekt beigetragen haben. Das ist einerseits die Stadtverwaltung, Stadtrat, Einwohnerrat, aber auch alle Planer, Investoren und Betreiber.

Roger Erni stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung Sonderbauvorschriften

Antrag SP zu Seite 7 Art. 11 Abs. 3

Cla Büchi beantragt im Namen der SP-Fraktion den Art. 11 Abs. 3 wie folgt zu ergänzen:

Gegen die Horwerstrasse / Mattenplatz, die Promenade an der Ringstrasse und den Bahnhofplatz Mattenhof sind im Erdgeschoss publikumsattraktive Verkaufsgeschäfte, nicht oder höchstens mässig störende Dienstleistungs- und Gewerbebetriebe, darunter ein Raum für die Quartierbevölkerung sowie Gastgewerbebetriebe mit direktem, stufenlosem Zugang vom Aussenraum vorzusehen. Zugänge und Hauptorientierung sind zum Zweck einer guten Adressbildung gegen die Promenade an der Ringstrasse, den Mattenplatz und den Bahnhofplatz Mattenhof zu richten.

Das ist eine Aufzählung von möglichen Nutzungen, welche man auf diesem Areal umsetzen kann. Die SP-Fraktion möchte den Gemeinschaftsraum hier noch verankern, weil der Investor sagt, dass er dies umsetzen möchte. Im B+A wird aufgeführt, auf welche Anträge aus der 1. Lesung die Projektentwickler eingegangen sind. Bezüglich einem Raum für die Quartierbevölkerung wird folgendes vermerkt: „Die Idee eines Raumes für die Quartierbevölkerung im Erdgeschoss kann umgesetzt werden, sie wird im Rahmen der Bauprojektierung weiterverfolgt.“ Um dieser Bereitschaft mehr Gewicht zu geben, beantragt sie, in den Sonderbauvorschriften in Art. 11 Abs. 3 der Aufzählung von möglichen Nutzungen den Quartierraum beizufügen. Wenn das nur im B+A auftaucht, weiss in drei Jahren niemand mehr, was darinstand. Der Investor ist ja auch nicht dazu verpflichtet einen solchen Raum zu realisieren. Letztlich muss die Quartierbevölkerung das Bedürfnis nach einem Quartierraum haben und muss dies auch initiieren. Der Investor signalisiert jedoch die Bereitschaft einen solchen zu erstellen.

Matthias Senn meint, dass wenn es sich um Aufzählungen von möglichen Nutzungen handelt, dann ist der Stadtrat damit einverstanden. Er erachtet dies als geringfügige Änderung, welche nicht zu einer erneuten Projektauflage führt. Der Quartierraum ist ja nicht zwingend zu realisieren.

Da dem Antrag nicht opponiert wird, ist dieser Antrag angenommen.

Antrag Grüne/GLP zu Seite 9 Art. 14 Abs. 4

Die Grüne/GLP-Fraktion beantragt laut Raoul Niederberger den Art. 14 mit einem 4. Absatz zu ergänzen:

⁴ Im Baubereich A1 oder A2 ist eine öffentliche Dachnutzung zu ermöglichen.

Sie ist der Meinung, dass eine öffentliche Dachterrasse ein einmaliger Treffpunkt in diesem Quartier werden kann. Er kann verstehen, dass der Investor die Dachterrasse nicht auf dem 110-Meter-Hochhaus mit Eigentumswohnungen realisieren möchte, weil man diesen Leuten mehr Privatsphäre gönnt. Im kleineren Hochhaus, worin sowieso Cluster-Wohnungen geplant sind, welche einen vermehrten Mieterwechsel aufweisen können, kann es sich die Grüne/GLP-Fraktion sehr gut vorstellen. Deshalb wurde dieser Antrag neu formuliert.

Gemäss Matthias Senn wurde dieser Antrag bereits in der 1. Lesung gestellt und vom Einwohnerrat abgelehnt. Man muss sich überlegen was passiert, wenn dieser angenommen wird. Aus Sicht des Stadtrates ist dies eine relevante Änderung und man müsste prüfen, ob man dafür nochmals eine öffentliche Auflage machen muss. Es wäre nicht gut, wenn der Einwohnerrat seine Meinung ändert und deshalb eine erneute öffentliche Auflage gemacht werden muss. Es ist auch ein finanzieller Mehraufwand. Es wäre schade, wenn der Mehrwertabschöpfungsfonds bereits jetzt für die Dachnutzung eingesetzt werden muss. Es sind andere Projekte in Planung, welche man realisieren möchte. Nicht zuletzt stellen sich auch rechtliche Fragen. Wie ist es bei Littering- und Vandalismusproblemen? Allgemein stellen sich Fragen für eine öffentliche Nutzung auf einem privaten Bau. Das Grossfeld wurde genannt, aber dort handelt es sich um einen öffentlichen Bau.

Raoul Niederberger sieht nicht wirklich ein Problem mit Littering und Vandalismus. Im Kanton Zug ist es durchaus möglich, dass man in den obersten Etagen von privaten Gebäuden öffentliche Dachnutzungen realisieren kann. Beispielsweise sieht man dies bei der Bossard Arena. Im Grossfeld wurde es auch gefordert. Andreas Vonesch sagte richtig, dass man dies bereits im Planungsbericht gefordert hat. Bei der Pilatus Arena konnte man dies gar nicht, weil es keinen Planungsbericht gab. Er möchte nochmals betonen, dass es nicht der gleiche Antrag wie in der ersten Lesung ist. Bei der ersten Lesung ging es darum eine öffentliche Nutzung auf dem höheren Hochhaus zu realisieren. Mit diesem Antrag lässt man dem Investor die Wahl, wo er die Dachterrasse realisieren möchte. Die Mehrkosten werden sich in einem Rahmen bewegen, welche mit der erhöhten Mehrwertabgabe auch verantwortet werden können. Für genau solche öffentlichen Nutzungen hat man ja diese Mehrwertabgabe, also soll sie auch dafür gebraucht werden.

Enrico Ercolani denkt daran dort eine Eigentumswohnung zu kaufen, möchte seine Ruhe und dann hat man auf dem Dach Radau. Das ist alles möglich und daran hat niemand Freude. Er bittet deshalb diesen Antrag abzulehnen.

Abstimmung Antrag Stadtrat (gemäss Antrag), gegenüber Antrag Grüne/GLP (neuer Abs. 4)

Mit 17:10 Stimmen bei einer Enthaltung wird der Antrag des Stadtrates angenommen.

Albrecht, Michèle	StR: gemäss Antrag
Bienz, Viktor	StR: gemäss Antrag
Binggeli, Michèle	StR: gemäss Antrag
Büchi, Cla	Grüne: neuer Abs. 4
Burkhardt-Künzler, Anita	StR: gemäss Antrag
Ercolani, Enrico	StR: gemäss Antrag
Fluder, Hans	StR: gemäss Antrag

Frauenknecht, Marco	StR: gemäss Antrag
Gisler, Kurt	StR: gemäss Antrag
Gomer-Beacco, Bettina	Grüne: neuer Abs. 4
Hunziker, Manuel	Grüne: neuer Abs. 4
Kobi, Tomas	Grüne: neuer Abs. 4
Koch, Patrick	Grüne: neuer Abs. 4
Lammer, Thomas	StR: gemäss Antrag
Niederberger, Raoul	Grüne: neuer Abs. 4
Nyfeler, Nicole	Grüne: neuer Abs. 4
Portmann, Michael	Enthaltung
Portmann, Peter	StR: gemäss Antrag
Purtschert, Bruno	StR: gemäss Antrag
Rösch, Daniel	StR: gemäss Antrag
Schwarz, Erwin	StR: gemäss Antrag
Spörri, Raphael	Grüne: neuer Abs. 4
Tofer, Peter	Grüne: neuer Abs. 4
Tanner, Beat	StR: gemäss Antrag
Tschümperlin, Erich	Grüne: neuer Abs. 4
Vonesch, Andreas	StR: gemäss Antrag
Wendelspiess, Ursula	StR: gemäss Antrag
Zellweger, Martin	StR: gemäss Antrag

Bericht und Antrag

Bemerkungsantrag Grüne/GLP zu Seite 16 - 4.2 Spiel- und Freizeitflächen / Sozialräumliche Aspekte

Raoul Niederberger möchte im Namen der Grüne/GLP-Fraktion folgenden Bemerkungsantrag zum dritten Absatz überweisen:

Der Stadtrat informiert den Einwohnerrat bei Erteilung der Baubewilligung über den aktuellen Stand der geplanten Nutzungen in der Erdgeschosslage, insbesondere über Nutzungen mit einem direkten Publikumsbezug, wie Restaurations- oder Einzelhandelsbetriebe.

Die Grüne/GLP-Fraktion möchte einfach wissen, dass dort die Planungen voranschreiten und der Ort wirklich belebt wird. Falls dort gar nichts geht, kann der Einwohnerrat dann immer noch reagieren. Wie Cla Büchi bereits gesagt hat, ist der B+A dann plötzlich vergessen und so hat man ein Kontrollmittel.

Da dem Bemerkungsantrag nicht opponiert wird, ist dieser überwiesen.

Bemerkungsantrag FDP zu Seite 18 - 4.2 Spiel- und Freizeitflächen / Sozialräumliche Aspekte

Gemäss Thomas Lammer möchte die FDP-Fraktion folgenden Bemerkungsantrag überweisen:

Für die geplante Spiel- und Freizeitfläche sollen neben dem Areal Grabenhof auch weitere Areale geprüft werden (z.B. Schlund beim EWL-Gebäude).

Sie stellen sich nicht gegen dieses Vorhaben, sondern möchten den Fächer öffnen. Auf diesem Areal ist unter anderem in der Schulraumplanung ein mögliches Schulhaus vorgesehen. Deshalb schlägt die FDP-Fraktion vor in Richtung Schlund etwas zu realisieren. So können auch andere mögliche Standorte in Betracht gezogen werden.

Da dem Bemerkungsantrag nicht opponiert wird, ist dieser überwiesen.

Roger Erni liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Der Bebauungsplan Pilatus Arena sowie das Bau- und Zonenreglement mit den dazugehörigen Teilzonenplänen werden genehmigt.*
2. *Folgende Einsprache wird abgewiesen soweit darauf einzutreten ist:*
 - 2.1. *Einsprache von Gewerbebauten TPC AG und AVI GmbH, vertreten durch Annatina Caviezel, Theodor Praloran, Fredy Fuchs und Jochen A. Caviezel*
3. *Der Bebauungsplan sowie das Bau- und Zonenreglement mit den dazugehörigen Teilzonenplänen sind dem Regierungsrat des Kantons Luzern zur Genehmigung zu unterbreiten.*
4. *Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.*
5. *Folgende Bemerkungen werden überwiesen:*
 - 5.1. *Der Stadtrat informiert den Einwohnerrat bei Erteilung der Baubewilligung über den aktuellen Stand der geplanten Nutzungen in der Erdgeschosslage, insbesondere über Nutzungen mit einem direkten Publikumsbezug, wie Restaurations- oder Einzelhandelsbetriebe.*
 - 5.2. *Für die geplante Spiel- und Freizeitfläche sollen neben dem Areal Grabenhof auch weitere Areale geprüft werden (z.B. Schlund beim EWL-Gebäude).*
6. *Der Stadtrat wird beauftragt, diesen Beschluss zu vollziehen und den Entscheid des Einwohnerrates Kriens über die nicht gütlich erledigten Einsprachen mitzuteilen.*

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 249/19:

Der Beschlussestext wird mit 25:1 Stimmen bei zwei Enthaltungen genehmigt.

Albrecht, Michèle	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	ja
Frauenknecht, Marco	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	Enthaltung
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	Enthaltung
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Portmann, Peter	ja
Purtschert, Bruno	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	nein
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

8. Bericht und Antrag: Zukunftsträchtige Entwicklung statt Car-Lawine auf dem Hinder Schlund-Areal**Nr. 296/20**

Laut Viktor Bienz war in der KBVU das Eintreten auf den B+A unumstritten. Der Bauvorsteher führte aus, dass die Motion überwiesen wurde und sie gewisse Erfolge brachte, auch wenn sie nicht 1:1 umgesetzt werden kann. Auf einem Areal dieser Grösse soll eine Bebauungsplanpflicht gemacht werden, damit es einen politischen Prozess geben kann. Mehr Mühe hatte man mit den Anträgen zwei und drei. Planungszonen werden erst gemacht, wenn ein Baugesuch kommt, dass der geplanten Nutzung widerspricht. Das Wichtigste was man erreicht hat war, dass man die Stadt Luzern dazu gebracht hat, mit der Stadt Kriens zu planen. Die Areale Grabenhof und Hinterschlund müssen miteinander entwickelt werden. Die Stadt Luzern verzichtet auf den Carparkplatz. Der neue Standort ist akzeptierbar und wird kein Providurium, weil der Besitzer das Areal entwickeln möchte. Die KBVU begrüsst die Gespräche mit der Stadt Luzern und die Absichtserklärung. Man hat erreicht was man wollte. Car-Parkplätze auf dem Hinterschlund sind kein Thema mehr und die Bebauungsplanpflicht vergrössert politischen Einfluss. Sauer stösst auf, dass das Carparkieren in Kriens sein muss. So auch die Verschiebung in die Rösslimatt, ohne dass man Abklärungen macht, ob das technisch machbar ist. Es fehlt ein Verkehrsgutachten. Es gäbe in der Stadt Luzern genügend Orte, um Cars abzustellen. Bei der Variante Rösslimatt braucht es dringend ein entsprechendes Parkleitsystem, damit Chauffeure wissen, wo es freie Plätze hat. Es ist aber wichtig an dieser Stelle festzuhalten, dass die Rösslimatt kein Bestandteil des B+A und der Absichtserklärung ist. Nach der Detailberatung wurde der Beschlusstext in der KBVU einstimmig angenommen.

Die CVP/JCVP-Fraktion ist laut Viktor Bienz klar für Eintreten auf den B+A. Sie begrüsst die Verhandlungen mit der Stadt Luzern und die abgeschlossene Absichtserklärung. Man hat erreicht was man wollte. Die Stadt Luzern ist bereit auf den beiden Arealen etwas zu planen, schon das ist ein grosser Fortschritt. Car-Parkplätze auf dem Hinterschlund sind kein Thema mehr und die Bebauungsplanpflicht vergrössert politischen Einfluss. Das Verschieben der Car-Parkplätze in die Rösslimatt erachten einige der CVP/JCVP-Fraktion nicht als Lösung. Zudem hat man dort die Problematik des Einbahnregimes der Arsenal- und Eichwilstrasse. Wieso muss Kriens die Cars von der Stadt Luzern übernehmen? Luzern hat doch genügend andere Standorte, wie zu Beispiel im Ibach mit dem Autobahnanschluss. Der Sprechende ist der Meinung, dass man sich viel mehr Gedanken machen muss, wohin Kriens mit den eigenen Cars gehen will. Das neue Hotel im Mattenhof oder allenfalls die neue Sportarena etc. werden Cars fördern. Da braucht es erstmal für Kriens eine gute Lösung. Die CVP/JCVP-Fraktion ist mit dem Beschlusstext einverstanden und wird dem B+A zustimmen.

Michèle Binggeli dankt im Namen der SVP-Fraktion dem Stadtrat für die Beantwortung der Motion und der Erstellung des B+A's. Betreffend den Erlass einer Planungszone, welche in der Kompetenz des Stadtrates liegt, tritt der Stadtrat auf den Antrag des Motionärs nicht ein. Jedoch geht aus der Beantwortung der Motion bzw. aus dem B+A durchaus hervor, dass der Stadtrat grundsätzlich nicht gegen die Errichtung einer Planungszone ist, jedoch ein konkretes Bauprojekt vorlegen muss. Nachvollziehbar ist ebenso, dass kein Verbot einer Zwischennutzung erlassen werden kann, wenn dies geltendem und dazu übergeordnetem Recht widersprechen würde und zu Beschwerden führen könnte. Aber auch hier stellt man fest, dass das Ziel des Stadtrates eine langfristige Entwicklung des Gebietes ist. Deshalb hat er auch klargestellt, dass er mit einer Sistierung der Planung, zu Gunsten der Ermöglichung einer 10-jährigen Zwischennutzung, nicht einverstanden ist. Die Planung muss unbedingt jetzt starten und dies hat der Stadtrat auch klar zum Ausdruck gebracht. Wichtig ist, und die SVP-Fraktion unterstützt dieses Vorgehen, dass die Stadt Kriens und die Stadt Luzern gemeinsam eine nachhaltige Entwicklung der Areale Grabenhof und Hinterschlund anstreben. Schliesslich möchte sie dem Motionär ganz herzlich danken. Denn seine Motion hat dazu geführt, dass die Stadt Luzern endgültig einsehen

musste, dass im Hinterschlund keine Cars parkiert werden und hat darum die Planung komplett eingestellt. Und siehe da, plötzlich taucht ein Alternativstandort auf und man kann sich ganz schnell mit dem Grundeigentümer einigen. Dass dies nun aber nicht die Lösung ist, steht auch für die SVP-Fraktion fest. Man darf auch betreffend den Alternativstandort nicht lockerlassen und muss dies genau im Auge behalten. Deshalb unterstützt die SVP-Fraktion die beiden Bemerkungsanträge der FDP, sowie denjenigen der CVP. Die Stadt Kriens hat also sicher richtig gehandelt, indem man deutliche Zeichen gesetzt hat. Man wird sehen, ob die Luzerner Cars also wirklich unbedingt nach Kriens müssen. Selbstverständlich ist die SVP-Fraktion damit für Eintreten und wird dem B+A zustimmen.

Laut Daniel Rösch, FDP-Fraktion, hat die Mehrheit dieses Einwohnerrates an der vergangenen Einwohnerratssitzung im Dezember seiner dringlichen Motion zugestimmt. Seit der Überweisung der Motion hat sich viel getan. Vor allem aber hat die Motion auch viel mediales Echo generiert. Zentrum dieser teilweise polemischen Artikel waren immer die Carparkplätze. Er möchte da aber klarstellen, dass seine Motion primär auf die Entwicklung des Areals Hinterschlund abzielt. So möchte er die drei Anträge in Erinnerung rufen, welche er mit seiner Motion gestellt hat:

1. Antrag zur Bebauungsplanpflicht
2. Antrag zum Verbot einer Zwischennutzung
3. Antrag zum Erlass einer Planungszone

Erfreut nimmt der Sprechende zur Kenntnis, dass auch die Dienststelle rawi feststellt, dass aufgrund der Gebietsgrösse und der Lage eine Bebauungsplanpflicht auf dem Areal-Hinterschlund angesagt wäre. Die Bebauungsplanpflicht wurde bei der Überweisung vom Rat grossmehrheitlich mitgetragen. Umstritten war vor allem das Verbot einer Zwischennutzung auf dem Areal. Bei der Überweisung hat er damals darauf verwiesen, dass das Areal Hinterschlund anderweitig genutzt werden soll und nicht als Carparkplatz-Providurium erhalten soll. Der Antrag zum Verbot der Zwischennutzung hat ein starkes Signal in Richtung Stadt Luzern gesendet. Obwohl in der Zwischenzeit geklärt werden konnte, dass das geforderte Zwischennutzungsverbot gegen übergeordnetes Recht widerspricht, nimmt er positiv zur Kenntnis, dass die Stadt Luzern eingesehen hat, dass Carparkplätze auf dem Hinterschlund politisch nicht erwünscht sind. Er möchte dem Einwohnerrat ins Gewissen reden, dass es sich teilweise lohnt für eine Sache einzusetzen und entsprechend zu kämpfen. Die FDP-Fraktion wertet es als grossen Erfolg für Kriens, dass mit der Stadt Luzern in Form einer Absichtserklärung eine Einigung gefunden werden konnte. Es liegt nun endlich ein schriftliches Dokument vor, wo die beiden Städte ihren Willen bekunden, die Planung auf dem Hinterschlund, aber auch auf dem Grabenhof voranzutreiben. Daniel Rösch begrüsst diese Entwicklung und die in der Absichtserklärung definierten Ziele. Gerne würde er aber noch wissen, inwiefern diese Absichtserklärung rechtlich binden für die Stadt Luzern ist bzw. was passiert, wenn sich eine Partei nicht an die dort definierten Absichten hält. Der Sprechende kommt zu den viel diskutierten Carparkplätzen: Prinzipiell kann sich die FDP-Fraktion damit abfinden, dass die Stadt Luzern nun auf das Rösslimatt Areal ausweichen will, um dort eine Übergangslösung der Carparkierung zu erzielen. Sie hält diesen Standort für geeigneter, da er sich geographisch näher an der Stadt Luzern befindet und mit einer Autobahnanbindung ideal erschlossen ist. Zudem ist der temporäre Charakter der Übergangslösung auf diesem Areal eher gegeben. Kritisch ist die FDP-Fraktion jedoch gegenüber den verkehrlichen Auswirkungen bzw. Mehrbelastungen einer dortigen Carparkierung. Sie hat deshalb auch entsprechende Bemerkungsanträge eingegeben. Für sie ist auch klar, dass eine Carparkierung auf der Rösslimatt zu keinen verkehrlichen Mehrbelastungen auf der Arsenalstrasse während den Stosszeiten führen darf. Grundsätzlich erachtet es die FDP-Fraktion jedoch immer noch als störend, dass die Stadt Luzern mit der Carparkierung auf ein Areal auf "Krienser Boden" ausweichen will. Sie ist der Meinung, dass es sich beim Luzerner Carparkplatz-Problem grundsätzlich um ein selbstverursachtes Problem handelt. Er erinnert an die Initiative Carfreies Inseli, welche angenommen wurde, ohne die genauen Auswirkungen zu kennen. Aber auch gegenüber möglichen Lösungsansätzen wie das Parkhaus Musegg hat man sich verschlossen. Die FDP-Fraktion wundert sich aber auch, dass das Areal Rösslimatt nicht nur als Inseli-Ersatz angedacht ist, sondern auch als Puffer des Stadtluzerner Carparkplatz-Engpasses erhalten soll. Dass die Stadt Luzern auf

ihren aktuell leeren Carparkplätze nun auch mobile Pflanzentöpfe hinstellt, fördert das Misstrauen noch mehr. Darüber hinaus hat sie immer noch ökologische Bedenken gegenüber den temporären Carparkplätzen innerhalb der Stadt Kriens. Daniel Rösch kommt zum Schluss. Die FDP-Fraktion ist zufrieden mit den angedachten Entwicklungen, welche durch diese Motion angestossen wurde. Man hat nun endlich die Grundlage geschaffen, dass nun auf den Arealen Hinterschlund und Grabenhof endlich eine zukunftssträchtige Entwicklung gestartet werden kann. Bezüglich der temporären Carparkierung auf dem Rösslimatt Areal, ist sie der Meinung, dass man der Stadt Luzern die Hand bieten sollte. Jedoch ist dies auch von der definitiven Ausgestaltung der Übergangslösung abhängig. Er dankt dem Stadtrat für seine Berichterstattung und seinen Einsatz. Selbstverständlich wird die FDP-Fraktion auf den B+A eintreten und diesem zustimmen.

Cla Büchi von der SP-Fraktion meint, dass die FDP mit ihrer Motion erreicht hat, was sie wollte. Auf dem Areal Hinter Schlund werden keine Car-Parkplätze erstellt, auch nicht auf Zeit. Weiter wird das Areal einer Bebauungsplanpflicht unterstellt. Dies ist begrüssenswert, weil dadurch die Einflussmöglichkeit der Stadt Kriens auf die Arealentwicklung grösser wird. Das Areal mit einer Planungszone zu überlagern lehnt der Stadtrat richtigerweise ab und ist auch nicht mehr nötig. Hingegen hat er sich dafür eingesetzt, dass die Planung der Areale Hinter Schlund und Grabenhof gemeinsam mit der Stadt Luzern vorangetrieben werden. Der nächste Planungsschritt soll eine Machbarkeitsstudie, Testplanung oder ein Studienauftrag beinhalten. Das entsprechende Verfahren soll dann Klarheit über die künftigen Nutzungen und Realisierungszeiträume geben. Das ist für Kriens sehr wertvoll. Wichtig erscheint der SP-Fraktion in diesem Zusammenhang, dass die Anbindung der Industriestrasse an die Ringstrasse bei dieser Gelegenheit auch gelöst wird. Das ist nämlich der Grund der Einsprache gegen die Pilatus Arena, obwohl sie materiell nichts mit der Pilatus Arena zu tun hat. Aber nur mit einer verkehrstechnischen Lösung für die Industriestrasse ist eine Umgestaltung des Verkehrsknotenpunktes Mattenkreisel möglich. Im Nachhinein hat die Motion von Daniel Rösch ein erfreuliches Resultat ergeben. Aber es ist auch dem Stadtrat zu verdanken, dass er offensichtlich gute Gespräche mit der Stadt Luzern geführt hat und eine für beide befriedigende Lösung gefunden hat. Entsprechend ist die SP-Fraktion für Eintreten und stimmt dem B+A zu.

Die Grüne/GLP-Fraktion wird laut Peter Stofer für Eintreten stimmen und stellt mit Genugtuung fest, dass Parkplätze offenbar nicht mehr ein Sinnbild für wirtschaftliche Prosperität und Fortschritt sind. Das war nicht immer so. Noch vor gut 10 Jahren wurde der Parkplatz am Schlosshoger vom Einwohnerrat durchgewunken. Heute spricht man von links bis rechts von einer Car-Lawine und fordert eine zukunftssträchtige Entwicklung. Dem kann sie auch zustimmen. Zugegeben, die Grüne/GLP-Fraktion war zu Beginn skeptisch, hatte rechtliche Bedenken gegenüber der Planungszone und dem Verbot einer Zwischennutzung. Man hat aber erreicht, dass die Stadt Luzern und die Stadt Kriens miteinander zu planen beginnen und hat sich offenbar auf ein schrittweises, etappiertes Vorgehen bei der Entwicklung des Gesamtareals «Hinterschlund und Grabenhof» geeinigt. Das ist sinnvoll. Selbstverständlich steht sie für die vom Stadtrat angedachte sozialräumliche Nutzung, für Spiel- und Freizeitflächen, für die geplante Langsamverkehrsachse Bogenweg, für ökologisch wertvolle Ausgleichsflächen und auch für eine Schulanlage ein, falls notwendig. Und wenn sich das alles aus der Mehrwertabgabe der Pilatus-Arena finanzieren lässt, umso besser. Allerdings fragt sich die Grüne/GLP-Fraktion, was gewonnen ist, wenn die Car-Lawine anstatt auf dem Hinterschlund auf der Rösslimatt vis-à-vis dem Südpol zu stehen kommt. Hier trägt sie genauso wenig zur zukunftssträchtigen Entwicklung der Stadt Kriens bei. Schliesslich darf es nicht sein, dass die Stadt Luzern den Verkehr, welcher der ausser Rand und Band geratene Massentourismus verursacht, nach Kriens auslagert. Von der Stadt Luzern ist unmissverständlich zu fordern, dass auf dem eigenen Grund und Boden mit der gleichen Akribie nach Abstellflächen für die hausgemachte Car-Lawine gesucht wird, genauso wie auf Krienser Grund. Auf dem eigenen Littauerboden oder im Ibach gibt es ebenso geeignete Standorte für den ruhenden Stadt Luzerner Car-Verkehr. Die Grüne/GLP-Fraktion unterstützt deshalb auch den Bemerkungsantrag der CVP und die beiden der FDP. Sie dankt Daniel Rösch für diesen guten Vorstoss.

Gemäss Matthias Senn hat auch hier die Zusammenarbeit der Exekutive und Legislative vollumfänglich funktioniert. Seit der Überweisung der Motion konnten verschiedene Ziele erreicht werden. Ein ganz wichtiges ist, dass sich die Stadt Luzern dazu bekennt hat, die beiden Areale Hinterschlund und Grabenhof gemeinsam zu planen. Das ist immerhin ein Areal von über 80'000 m². Für ein solch grosses Areal macht eine Bebauungsplanpflicht auch Sinn. Dann kam die Erkenntnis, dass man die Carparkierung im Hinterschlund nicht mehr machen möchte und es konnte tatsächlich ein alternatives Areal gefunden werden mit der Rösslimatt. Es wurde richtig gesagt, dass dies nicht Bestandteil dieses B+A's ist, sondern ist einfach als Information aufgeführt. Der Stadtrat ist der Meinung, dass dies eine mögliche Alternative ist, weil es eine Zwischennutzung ist. Beim Hinterschlund wusste man nicht, wie lange diese Zwischennutzung gedauert hätte. Auf dem Areal Rösslimatt ist ein Projekt von Musik Hug und Musikpunkt geplant, welches in die Garage Epper kommt. Diese sehen es auch als Zwischennutzung für die nächsten 10 Jahre und diese hoffen, dass sie in einem allfälligen Neubau bleiben können. So kann der Cluster der Musikhochschule entsprechend ergänzt werden. Bei der Carparkierung soll es eine Zwischennutzung für eine langfristige Lösung an einem anderen Ort sein. Der Sprechende dankt nicht nur der Stadt Luzern, sondern auch LuzernPlus, welche zu dieser Sitzung eingeladen hat. Sie hat einen guten Verhandlungsjob gemacht, um eine Lösung zu finden. Politik ist Geben und Nehmen und hier ist wirklich beides vorhanden.

Roger Erni stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Seite 5 - Absichtserklärung

Daniel Rösch hat in seinem Eintretensvotum eine Frage zur Absichtserklärung gestellt. Inwiefern ist diese Absichtserklärung bindend? Was passiert, wenn sich die Stadt Luzern nicht an das vereinbarte Vorgehen hält? Dazu möchte er gerne noch Informationen.

Laut Matthias Senn ist eine Absichtserklärung eine Vereinbarung. Diese hat sicher nicht die gleiche Wirkung, wie ein privatrechtlicher Vertrag. Man muss auch sehen, dass es sich um eine Vereinbarung zwischen zwei Städten handelt. Es hat somit eine öffentliche und politische Relevanz. Normalerweise hält man sich auch daran. Es kommt dazu, dass es hier auch ein Ortsplanungsverfahren für beide Areale gibt. Kriens ist als Standortgemeinde sowieso am längeren Hebel. Das kommt also sicher gut.

Bemerkungsantrag FDP zu Seite 6 - 2.4 Neue Geschichte

Daniel Rösch möchte im Namen der FDP-Fraktion folgende Bemerkung überweisen:

Bei einer Erstellung von temporären Carparkplätzen sind folgende Auflagen zu stellen:

- 1. Zur Verhinderung von unerwünschtem Suchverkehr muss ein elektronisches Parkleitsystem installiert werden.*
- 2. Der Carverkehr muss über die Arsenalstrasse von Norden her abgewickelt werden. Der Kreisel Arsenal kann für die Cars als Wendepunkt dienen, soll aber auch als Grenze für den Carverkehr dienen.*

Man möchte mit einer Grenze verhindern, dass die anderen Quartiere mit den Cars belastet werden.

Erich Tschümperlin hat eine Frage dazu. Ein solches Parkleitsystem kostet etwas und ist nicht gerade günstig. Gerade vorher hat sich der Einwohnerrat ausgiebig über die Finanzen unterhalten. Wird das demjenigen in Rechnung gestellt, der die Baubewilligung einreicht? Oder darf sich die Stadt Kriens auch noch daran beteiligen?

Laut Matthias Senn braucht es bei einer Carparkierung sowieso ein Mobilitätskonzept. Es braucht eine Berechnung, wie viele pro Tag zufahren dürfen. Die Stadt Kriens hat im Rahmen der Baubewilligung die Möglichkeit ein Parkleitsystem vorzuschreiben, nachdem es nun ja auch nur um Cars geht und nicht um alle Parkhäuser innerhalb des Stadtgebietes.

Da dem Bemerkungsantrag nicht opponiert wird, ist dieser überwiesen.

Bemerkungsantrag FDP zu Seite 6 - 2.4 Neue Geschichte

Daniel Rösch möchte im Namen der FDP-Fraktion folgende Bemerkung überweisen:

Der Stadtrat informiert den Einwohnerrat jeweils über die weiteren Schritte beim Areal Rösslimatt.

Es ist der FDP-Fraktion ein Anliegen, dass der Einwohnerrat über die weiteren Schritte bezüglich diesem Areal informiert wird. Das darf auch der Anspruch des Einwohnerrates sein, dass er diese Informationen nicht aus den Medien erhält, sondern vom Stadtrat proaktiv informiert wird.

Da dem Bemerkungsantrag nicht opponiert wird, ist dieser überwiesen.

Bemerkungsantrag CVP/JCVP zu Seite 6 - 2.4 Neue Geschichte

Anita Burkhardt-Künzler möchte im Namen der CVP/JCVP-Fraktion folgende Bemerkung überweisen:

Die Aussagen zum Areal Rösslimatt in diesem B+A dürfen in keiner Art und Weise als Standort «Ja» von Kriens zu der Umlagerung der Luzerner Carparkplätze festgesetzt werden.

Die CVP/JCVP-Fraktion sieht nicht ein, wieso die Stadt Luzern eine provisorische Lösung anstrebt. Die Stadt Luzern könnte sich Gedanken über das Areal Ibach machen, denn dort gibt es auch eine direkte Autobahnanbindung. Es wird sicher nicht einfacher, wenn ein 10-jähriges Provisorium in Kriens stattfindet. Kriens hat bereits genug Verkehrsprobleme. Die Cars werden in die sonst schon enge Verkehrssituation geführt. Das Löwencenter wird vorübergehend begrünt. Die Stadt Luzern steht also ganz klar dazu, dass sie die Carparkplätze nicht mehr möchte. Wieso muss Kriens nun dafür Hand bieten? Im B+A soll dies ganz klar erwähnt werden, dass dies kein Ja zum Standort Rösslimatt ist.

Da dem Bemerkungsantrag nicht opponiert wird, ist dieser überwiesen.

Roger Erni liest den **Beschlussestext** vor:

1. Die Motion Rösch Nr. 258/2019 wird erheblich erklärt.
2. Der Stadtrat wird beauftragt, eine Teiländerung der Ortsplanung mit einer Bebauungsplanpflicht für das Grundstück Nr. 1229 GB Kriens dem BUWD für die Vorprüfung zu unterbreiten sowie einen Bebauungsplan für dieses Grundstück ausarbeiten zu lassen.
3. Folgende Bemerkungen werden überwiesen:
 - 3.1. Bei einer Erstellung von temporären Carparkplätzen sind folgende Auflagen zu stellen:
 - Zur Verhinderung von unerwünschtem Suchverkehr muss ein elektronisches Parkleitsystem installiert werden.
 - Der Carverkehr muss über die Arsenalstrasse von Norden her abgewickelt werden. Der Kreisel Arsenal kann für die Cars als Wendepunkt dienen, soll aber auch als Grenze für den Carverkehr dienen.

-
- 3.2. *Der Stadtrat informiert den Einwohnerrat jeweils über die weiteren Schritte beim Areal Rösslimatt.*
- 3.3. *Die Aussagen zum Areal Rösslimatt in diesem B+A dürfen in keiner Art und Weise als Standort «Ja» von Kriens zu der Umlagerung der Luzerner Carparkplätze festgesetzt werden.*
4. *Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.*

Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 296/20:

Der Beschlusstext wird mit 27:0 Stimmen bei einer Enthaltung genehmigt.

Albrecht, Michèle	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	ja
Frauenknecht, Marco	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	Enthaltung
Lammer, Thomas	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Portmann, Peter	ja
Purtschert, Bruno	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

8a. Beantwortung dringliche Interpellation Tschümperlin: Suubers Chriens abschaffen?

Nr. 297/20

Matthias Senn geht aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht auf alle Fragen genauestens ein. Mit den folgenden Fakten kann man sich ein Bild machen. «Suubers Chriens» ist eine präventive Aktion der Volksschule, indem Schulklassen im öffentlichen Raum Abfall sammeln. Die Aktion wurde durch die Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung finanziert und erfolgte somit aus dem Globalbudget der Umwelt- und Sicherheitsdienste. Die Schule setzt dieses Geld für die Finanzierung von Klassenlagern ein. Die Zusammenarbeit wurde am 13. Mai 2020 aus finanziellen Gründen gekündigt. Der Stadtrat hat die Kündigung respektiert. Er hat aber auch den beiden Abteilungen Umwelt- und Sicherheitsdienste und Volksschule den Auftrag erteilt ein neues pädagogisches Präventionskonzept auszuarbeiten. Alle Einsätze bis zur Schulschliessung Mitte März wegen Corona wurden entschädigt. Am 11. Mai 2020 konnte die Schule den Präsenzunterricht wiederaufnehmen. Die Entschädigung für einen Schuleinsatz dieser Aktion am 13. Mai 2020 wird im Rahmen der Verhandlungen zwischen diesen beiden Abteilungen noch geklärt.

Roger Erni fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Erich Tschümperlin wünscht eine Diskussion.

Roger Erni stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Erich Tschümperlin möchte zuerst auf die Einsätze «Suubers Chriens» eingehen. Es handelt sich um ein pädagogisch wertvolles Angebot für unsere Schülerinnen und Schüler. Alle beklagen den achtlosen Umgang mit Abfall, das Littering. Die Schülerinnen und Schüler erfahren hautnah, wo dieser Abfall landet und was er in der Natur anrichtet. Sensibilisierung für das Thema Abfall und im Team etwas Gutes tun, sind wichtig in einer Zeit, in der sich viele über fehlendes Engagement und Solidarität beklagen. Und der Beitrag für eine saubere Umwelt der motivierten Schülerinnen und Schüler kann sich sehen lassen. Es kommen grosse Mengen Abfall zusammen, die dann auch noch separiert und fachgerecht entsorgt werden. Auf der Homepage des Amlehnschulhaus findet man z.B. Fotos zu: «Was man alles so in Kriens am Bach und im Wald findet, was da nicht hingehört!». Wenn die Schulklassen diese Arbeit nicht mehr übernehmen, ist der Werkdienst kaum in der Lage diese Arbeit zusätzlich zu seinen Aufgaben zu leisten. Und die Schulklassen sind wohl die günstigsten Mitarbeiter in der Stadt Kriens. Eine Kündigung trifft sie doppelt. Neben dem pädagogischen Teil fällt auch der finanzielle Teil weg. Die Klassen finanzieren damit Schulreisen und vor allem Klassenlager. Da die Eltern dafür nicht mehr zur Kasse gebeten werden dürfen, ist dieser Beitrag doppelt wichtig. Und es ist auch sinnvoller, wenn Schülerinnen und Schüler einen finanziellen Beitrag durch eigene Arbeit beitragen. Aus heiterem Himmel erfährt der Sprechende durch seinen Sohn, dass «Suubers Chriens» abgeschafft worden ist. Auf Nachfrage erfährt er dann, dass der Grund dafür wohl ein zwischenmenschlicher Konflikt ist. Aber der Reihe nach. Nachdem er erfahren hat, dass «Suubers Chriens» eingestellt wurde, hat er sich den Aufruf des Stadtrats zu Herzen genommen und zuerst beim Rektorat nachgefragt, ob dies denn tatsächlich stimmt. Der Rektor hat ihm bestätigt, dass dies so ist. Der Grund für die Kündigung sind die ersten Einsätze nach der Corona-Krise. Ein Mitglied des Gemeindeführungsstabs fühlte sich in seiner Kompetenz untergraben und hat heftig reagiert. Dieses Mitglied hat beim kantonalen Führungstab angefragt, ob diese Aktion mit Schulklassen durchgeführt werden kann. Das geht natürlich nicht, denn die Fragestellung ist falsch. Deshalb hat die Koordinatorin der Schule beim selben Führungstab angefragt, ob diese Arbeiten in Gruppen mit maximal 5 Schülern durchgeführt werden können. Dieser hat geantwortet, dass dies grundsätzlich unter Einhaltung der Hygienemassnahmen möglich ist. Dieses E-Mail liegt Erich Tschümperlin vor. Was nun folgt ist ein Vulkanausbruch oder eher eine Strafaktion. Der oder die zuständige Sachbearbeiterin des Bau- und Umweltschulhaus hat am 13. Mai 2020 einen Brief an die Koordinatorin der Volksschule Kriens geschickt und zwar an ihre Privatadresse. In diesem Brief wird der Lehrerschaft grobes Fehlverhalten vorgeworfen. Und es wird angekündigt, dass die Zusammenarbeit für immer beendet wird. Falls die Einsätze weiterhin stattfinden würden, wird mit einer persönlichen Anzeige bei der Polizei gedroht. Das Ganze wird mit freundlichen Grüßen unterzeichnet, doch der Ton, der in diesem Brief zwischen zwei Departementen angeschlagen wird, ist eher befremdlich. Wie ist es möglich, dass ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin der Stadt ein vom Stadtrat bewilligtes Projekt kündigt, ohne Beschluss dieses Stadtrates? Weshalb wurde nicht vorher das Gespräch mit der zuständigen Stadträtin des Bildungsdepartements oder dem Rektorat gesucht? Wieso wird die Kündigung einer Zusammenarbeit von zwei Departementen an die Privatadresse einer Koordinatorin geschickt? Wie hat das Bildungsdepartement und das Rektorat von dieser vermeintlichen Kündigung erfahren? Ist eine fristlose Kündigung rechtlich haltbar? Wie sind die Kündigungsfristen der Zusammenarbeit in der Stadt geregelt? Muss das Bildungsdepartement in Zukunft damit rechnen, dass auch andere Verträge fristlos gekündigt werden, wie z.B. Schulräume? Der Sprechende hat Mühe damit dies zu verstehen. Auch die drei geleisteten Einsätze nach dem 11. Mai 2020 sollen nicht mehr bezahlt werden. Da haben nicht nur die Schülerinnen und Schüler Mühe dies zu verstehen. Offenbar fühlt sich hier jemand in seiner Kompetenz verletzt und hat Mühe, Konflikte adäquat auszutragen. Was den Sprechenden sehr enttäuscht ist, dass der zuständige Stadtrat nicht schlichtend eingegriffen hat und

das Gespräch mit dem Bildungsdepartement gesucht hat. Hier ist Führung gefragt, das ist Chefsache. Nun wird dieser Konflikt öffentlich und schadet dem Image der Stadt. Das ist völlig unnötig und ärgerlich. Erich Tschümperlin bittet den Gesamstadtrat einzugreifen. Es darf einfach nicht sein, dass ein solches Angebot einfach so gestrichen wird. Er kann sich auch nicht vorstellen, dass dies eine Mehrheit des Stadtrates unterstützt. Und vor allem sollten „Erwachsene Personen“ ihre Konflikte nicht auf dem Buckel der Schüler austragen und Vorbilder sein im Umgang mit Konflikten. Im Kündigungsschreiben wird vorgeworfen, dass die Einsätze illegal waren. Der Sprechende hat sich informiert. Der Bundesrat hat am 11. Mai 2020 erlaubt, dass Gruppen bis zu 5 Personen zusammen etwas unternehmen dürfen. Die Schulen wurden am 11. Mai 2020 wiedereröffnet. Das heisst alle Aktionen, welche am 11. Mai 2020 gestartet wurden, erfolgten analog den Vorgaben des kantonalen Führungsstabes und dem Bundesrat. Hier handelt es sich aus seiner Sicht nicht um etwas Illegales. Offensichtlich führte dieser Konflikt zu dieser Kündigung. Der Sprechende kann sich nicht vorstellen, dass man dies einfach so kündigen darf.

Matthias Senn meint, dass Erich Tschümperlin leider auch an der letzten Sitzung nochmals ausfahren muss, was man von ihm ja aber bereits schon gewohnt ist. Er möchte kurz ausführen, wie es tatsächlich ablief. Am 4. Mai 2020 hat die Schule bei der Abteilung Umwelt- und Sicherheitsdienste angefragt, ob sie dieses Projekt nach Wiedereröffnung der Schule am 11. Mai 2020 wieder durchführen dürfen. Seine Abteilung ist auch im Gemeindeführungsstab vertreten, welche diese aus Sicht der Sicherheit beurteilt hat. Sie kam zum Schluss, dass dies nicht geht. Zwar aus folgenden Gründen: In den Verordnungen/Anweisungen des Bundesrates hiess es, dass man keine Papiersammlungen oder Schulveranstaltungen machen darf. Man hat auch die Problematik mit dem Umgang von Abfall mitbekommen. In der Stadtverwaltung mussten beispielsweise Papiertaschentücher in geschlossene Eimer entsorgen werden, weil diese einen erhöhten Virenteil haben, als andere Sachen. Das war der Grund, weshalb die Ausführung der Aktion verneint wurde. Anstatt dass man eine solche Antwort akzeptiert, ist danach ein regelrechter E-Mail-Krieg ausgebrochen. Es gab Beleidigungen und anderes, was dann auch zu dieser Kündigung führte. Es war tatsächlich ein zwischenmenschliches Problem. Warum kann man eine klare Antwort nicht einfach akzeptieren? Dann hätte man ja gar nicht anfragen müssen und die Schule hätte selber entscheiden können, was sie ab dem 11. Mai 2020 wieder machen möchte.

Beat Tanner von der FDP-Fraktion möchte es wieder auf eine sachlichere Ebene bringen. Es ist ein sinnvoller Umgang, wenn die Schüler Abfall sammeln gehen. Das führt auch zu unheimlich spannenden Unterhaltungen zu Hause, darüber was alles erlebt wurde. Das Projekt wird über die Spezialfinanzierung der Kehrrichtbeseitigung finanziert. Es mag sein, was alles passiert ist. Aber man soll es sein lassen, denn es ist eine gute Sache. Deshalb bittet er darum dies wieder zurückzuführen und es so machen kann wie bisher.

Andreas Vonesch ist mit Erich Tschümperlin auch nicht immer gleicher Meinung, aber hier muss er ihn unterstützen. Er ist genau seiner Meinung. Das was hier mit dieser ganzen Geschichte um «Suubers Chriens» passiert ist, ist zu einem Debakel, zu einem Trauerspiel verkommen. Es wurde ein Projekt innert kürzester Zeit abgeschossen, das seit 12 Jahren für die Schule und Stadt Kriens klar eine Win-Win-Situation war. Jährlich werden etwa 100 solcher Klasseneinsätze durchgeführt. Es passierte nie ein Unfall, weil die Klassen bestens ausgerüstet sind mit Warnwesten, mit Greifzangen. Dass man eben auch jetzt in der Corona-Zeit kein Taschentuch von Hand auflesen muss, und es hat bestens funktioniert, weil eben auch die Schüler bestens instruiert gewesen sind, wenn sie in den Quartieren, in den Park- und Freizeitanlagen und auf den Strassen in Kriens unterwegs waren. Und das eigentliche Drama an der ganzen Geschichte ist, dass es gar nicht mehr um den Inhalt dieses wertvollen Projektes geht, sondern um eine ganz andere Geschichte. Nämlich, dass es nicht mehr möglich ist, dass Abteilungsleitungen untereinander aus der gleichen Stadtverwaltung adäquat untereinander kommunizieren. Es geht darum, dass die Vorgaben über die Durchführung der Gebietsreinigungen, wohlbemerkt nach Wiederaufnahme des Schulunterrichtes am 11. Mai, wo sich Schülerinnen auf dem Pausenplatz

begegnen, sich Herzen und nahekomen, durchaus eine andere Auslegung der geltenden Verhaltensregeln zulassen, weil man weiss, wie eine Reinigungstour zu organisieren ist, so dass alle Vorsichtsmassnahmen des Bundes und des Kantons eingehalten werden. Es geht darum, dass jemand Recht haben will und nicht zulässt, dass andere auch Recht haben können. Und es geht um ein katastrophales unprofessionelles Kommunikationsverhalten, das völlig aus dem Ruder lief und darin gipfelte, dass die Gesprächsbereitschaft auf Stufe der beteiligten Abteilungsleiter innerhalb der Stadt komplett verunmöglicht oder sogar verweigert wurde. Auch dass Lehrpersonen, welche sich in allen Jahren mit Herzblut für dieses Projekt eingesetzt haben, in giftigen Mails wie Schulbuben und -mädchen abkapitelt wurden und sogar mit polizeilicher Anzeige gedroht wurde. Es geht darum, dass in Hüft- und Schnellschussmanier völlig überreagiert worden ist. Ein einfacher Leitsatz in der Krisenführung heisst: *«Stehe still und sammle dich»*. Dieser Grundgedanke scheint hier völlig vergessen gegangen zu sein, insbesondere da die Chaosphase schon längst bewältigt war. Es geht auch darum, dass Gelder blockiert werden, die im Budget eingeplant und bewilligt sind, dass Klassen für ihre geleisteten Einsätze nun nicht entschädigt werden. Die Misere wird auf dem Buckel der Schüler und Schülerinnen ausgetragen. Sie sind die Leidtragenden. Es geht auch darum, dass damit den Jugendlichen ein ganz falsches Signal gesendet wird. Im Sinne von: *«Liebe Jugendliche, euer Einsatz in den letzten 12 Jahren war toll, aber ab jetzt hinfällig. Euer Beitrag zu einem sorgsamem Umgang mit Abfall und Littering und der Umwelt in Kriens hat sich erledigt»*. Ist ein Plan B vorhanden? Wie geht es weiter? Wer übernimmt nun diese Aufgabe? Welches Preisschild hat dann eine allfällige Anschlusslösung? Oder trägt man es aus auf den ersten Sparmassnahmen? Es geht darum, dass anscheinend der Stadtrat in dieser Situation nicht hinstehen wollte, einen gemeinsamen Entscheid zugunsten dieses Projektes und der Schülerinnen und Schüler und der Klassen zu treffen. Andreas Vonesch ist der Meinung diese Geschichte ist noch nicht erledigt. Hier hat der Stadtrat und die Verwaltung Klärungs- und Aufarbeitungsbedarf. Er ruft den Stadtrat dazu auf: Schiesst doch noch ein Tor! Sagt ja zu «Suubers Chriens», einem sinn- und wertvollen Projekt, deblockiert die festgefahrene Situation. Sendet den Schülerinnen und der Lehrerschaft ein positives Zeichen. Das wäre doch ein tolles Abschiedsgeschenk mit einem grossen Sympathiebonus auch aus der Bevölkerung für euch.

Erich Tschümperlin meint, dass der Stadtrat gesagt hat, er muss an der letzten Sitzung nochmals dreinschlagen. Das trifft es nicht, denn ihm geht es hier um die Aktion «Suubers Chriens». Wenn es nötig ist, nennt er auch die unbequemen Sachen beim Namen. Er sagte, dass ein Konflikt vorhanden ist, welcher Andreas Vonesch bestätigt hat. Wenn der Überbringer der schlechten Nachricht halt den Kopf hinhalten muss, dann hält er diesen hin. Er hofft jedoch, dass es etwas genützt hat und das Projekt «Suubers Chriens» bleibt erhalten.

Die Antwort von Matthias Senn hat Bettina Gomer-Beacco etwas verschreckt. Sie hofft nicht, dass wenn sie ein paar unbequeme Fragen stellt, so in die Bredouille kommt. Das wäre nicht der Sinn und Zweck eines Parlamentes. Man muss solche unbequemen Fragen stellen. Sie war zwar nicht dabei und vom Hören sagen lernt man lügen. Trotzdem tönt es für sie nach Machtmissbrauch. Da muss man aufpassen. Die Sprechende hat vorher applaudiert, weil für sie gehört es auch dazu. Man kann das Projekt doch nicht einfach löschen. Die Sprechende weiss nicht wie man vorgehen muss und sie hofft wirklich, dass dieser Appell gehört wird und die Schüler wieder auf den Weg gehen dürfen. Wenn sie sieht welcher Dreck herumliegt, ist das das Einzige was nützt.

Gemäss Judith Luthiger-Senn wurde gesagt, dass der Stadtrat keine Entscheide fällt und Konflikte nicht löst. Matthias Senn hat es bereits gesagt. An der gestrigen Stadtratssitzung wurde ein Entscheid getroffen, wie das weitere Vorgehen sein soll. Die beiden Abteilungsleitenden müssen ein neues Projekt aufgleisen. «Suubers Chriens» soll nicht einfach nicht mehr stattfinden, sondern vielleicht einfach in einer anderen Form. Die Schule ist darauf angewiesen, dass diese Gelder fliessen. Sie ist über-

zeugt, dass die beiden Abteilungsleitenden auf Augenhöhe miteinander sprechen können und eine Lösung finden. Da wird der Stadtrat hinschauen, denn es ist ihm auch wichtig. Der Vorwurf musste die Sprechende aus dem Weg räumen. Der Stadtrat hat konstruktiv diskutiert und Lösungen gefunden.

Matthias Senn nimmt dies gerne auf, weil es war ja auch ein Zuspätschießen um ein Tor zu schießen. Der Stadtrat hat gestern einen klaren Auftrag gegeben wieder ein pädagogisches Präventionskonzept zu machen. Es soll wieder eine solche Aktion durchgeführt werden. Selbstverständlich wird dies weiterverfolgt. Man muss halt schon sehen, dass am 4. Mai 2020 die Anfrage kam und am 13. Mai 2020 ein Schreiben versandt wurde. Der Gemeindeführungsstab hat erst am 19. Mai 2020 davon erfahren und das erste Mal diskutiert. Es lief bis dahin auf der operativen Ebene ab und jetzt versucht man eine Lösung zu finden.

5. Planungsbericht: Medien und Informatikkonzept für die Volksschule Kriens Nr. 292/20

Laut Erwin Schwarz, KBSG-Präsident, klafft in der Kasse der Stadt Kriens ein grosses Loch und trotzdem soll gemäss Lehrplan 21 an den Schulen der Informatik mehr Gewicht eingeräumt werden. Mehr Gewicht einräumen heisst speziell umfangreiche Investitionen in IT-Hardware/Software und Infrastruktur. Wie so oft in letzter Zeit befiehlt der Kanton zusätzliche Kosten, bei seiner Beteiligung daran geht er aber dann sehr sparsam um. Grundsätzlich ist der Kostenverteiler der Betriebskosten 50/50 zwischen Kanton und Stadt, aber der Kanton behält sich vor, verschiedene Kostenpositionen zu seinen Gunsten zu streichen. Dass eine weitergehende Digitalisierung an den Schulen notwendig ist, haben auch die Schulschliessungen während der Corona-Krise gezeigt. Dass der Wissensstand und die IT-Affinität bei den Lehrpersonen unterschiedlich ist, hat sich mindestens zu Beginn des Lockdowns ebenfalls gezeigt. Mit dem Stadtrat wurde die Ausstattung innerhalb der verschiedenen Zyklen diskutiert, auch die Art und Ausstattung der Geräte war ein Thema. Wie es scheint, ist der Stadtrat bei der Ausarbeitung des Planungsberichtes gut beraten worden. Auch die Kosten waren ein Thema. Die KBSG hat beispielsweise diskutiert, ob nicht «bring your own device» ein Thema ist. Verschiedene Gründe sprechen aber dagegen. Auch eine Elternbeteiligung an den Kosten war ein Thema, aber die Unentgeltlichkeit der Volksschule lässt auch das nicht zu. Speziell waren aber die Kosten ein Thema, weil Parteien der Meinung waren, dass zu diesem Geschäft kein Planungsbericht fällig gewesen wäre, sondern ein B+A. Die totalen Kosten der im Bericht erwähnten Investitionen belaufen sich auf mehr als 13 Mio. Franken. Der Stadtrat begründete den Bericht damit, dass er für die einzelnen Investitionen mit einem B+A an den Einwohnerrat gelangen will, sofern das nicht innerhalb des jährlichen Globalbudgets abgehandelt werden kann. Kritisch hinterfragt wurden auch die Kosten, verursacht durch die GICT, welche mehrheitlich kritisch hinterfragt wurden. Gemäss der Stadträtin ist das ein fairer Kompromiss, welcher so von der Delegiertenversammlung angenommen wurde. Für die KBSG unverständlich. Es wurde auch diskutiert, was passiert, wenn sich die Stadt Kriens dieser Strategie aus dem Lehrplan 21 verweigert. Gemäss Ausführungen von Judith Luthiger wäre mit einer Abmahnung vom Kanton und einem Imageschaden zu rechnen. Der Planungsbericht wurde von der KBSG einstimmig zur Kenntnis genommen.

Martin Zellweger bedankt sich im Namen der KFG für den Planungsbericht. Die Digitalisierung hat das Schulzimmer endgültig erreicht. Mindestens sieht dies der Lehrplan 21 so vor. Dass man die Ausbildung der jungen Generation auf die neuen Technologien ausrichtet gehört zu dieser Entwicklung. Die Planung der dazu erforderlichen Infrastruktur ist im Planungsbericht „Medien und Informatikkonzept für die Volksschule Kriens“ umfassend beschrieben. Der Bericht wurde in der letzten Sitzung der KFG traktandiert. Selbstverständlich stösst das Thema auf offene Ohren und auf breite Unterstützung. Grundsätzlich wurde festgestellt, dass für das Geschäft eigentlich ein Bericht und Antrag erwartet würde. Dieser wurde von der zuständigen Stadträtin dann auch noch vor dem Budget 2021 zugesagt.

Das Anliegen ist berechtigt, spielen doch hier die Finanzen eine massgebende Rolle wie genau der Plan der Beschaffung und des Unterhalts umgesetzt werden kann. Es ist dann auch das hauptsächlichste Anliegen der KFG die Beschaffung so zu gestalten, dass sämtliche Kostenoptimierungen berücksichtigt werden. Vor allem soll dies jedoch auch vor der Budgetierung transparent aufgezeigt werden. Dies gilt natürlich auch für andere Investitionen, nur so kann man die Prioritäten richtig setzen. Die KFG sieht potentielle Optimierungen bei der Staffelung der WLAN-Investition. Schulhäuser ohne Klassen mit Notebooks können beispielsweise auch später aufgeschaltet werden. Auch sind die Vorgaben des Kantons in Bezug auf die zeitliche Staffelung einigermaßen offen. Speziell hinterfragt wurden auch die GICT Pauschalkosten bei denen die Berechnung auf Basis von Full time Equivalents (FTE) an Lehrpersonen sehr hoch ins Gewicht fällt. Insbesondere nehmen diese Kosten scheinbar keine Rücksicht auf eine gestaffelte Einführung. Solche Sachen müssen im B+A klar aufgezeigt werden, damit man das Optimum herausholt. Ebenso zeigt sich ein in der Finanzstrategie angesprochenes Thema hier als sehr wichtig: Die Kosten pro Schüler dürfen im Schnitt nicht über den kantonalen Durchschnitt zu liegen kommen. Ansonsten wird Kriens vom Kostenteiler des Kantons, welcher 50 % übernimmt, nicht voll profitieren und selber bezahlen müssen. Hier trägt die Führung des Bildungsdepartements eine grosse Verantwortung. Die KFG geht davon aus, dass im Rahmen des B+A spätestens im Oktober Kostenoptimierungen aufgezeigt werden können. Sämtliche Fraktionen sind auf den Bericht eingetreten und stimmen der Kenntnisnahme zu.

Die CVP/JCVP-Fraktion bedankt sich laut Michèle Albrecht beim zuständigen Departement und den Verfassern, insbesondere bei Markus Buholzer, für den umfassenden Planungsbericht. Darin wird die Ausgangslage bzw. der Auftrag an die Stadt Kriens klar skizziert:

1. Der Lehrplan 21 ist ein Projekt der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz, das zum Ziel hat, mit einem gemeinsamen Lehrplan die Ziele der Volksschule in den 21 Kantonen der Deutschschweiz zu harmonisieren. Der konkrete Lehrplan für das Modul Medien und Informatik beinhaltet fächerübergreifende Aufgaben der Schule.
2. Die Einführung des Lehrplans im Kanton sowie die Erarbeitung allfälliger hierfür nötiger Anpassungen und Ergänzungen liegt in der Zuständigkeit der Kantone. In Luzern ist es die Dienststelle Volksschulbildung.
3. Im Beschluss vom 9. Mai 2018 hält der Regierungsrat des Kantons Luzern fest, dass Gemeinden regelmässig mobile Geräte anschaffen müssen, und dass in drei bis vier Jahren, also bis 2022 voraussichtlich alle Lernenden mit einem mobilen Gerät ausgerüstet sein sollen.

Diesem Auftrag werden die Investitionskosten von rund 2.7 Mio. Franken im 2020/21 und zusätzlichen laufenden Kosten von rund 1.5 Mio. Franken pro Jahr gegenübergestellt. Die Herkulesaufgabe an den Stadtrat und Einwohnerrat ist nun, den definierten Auftrag und die vorhandenen finanziellen Mittel der Stadt Kriens in Einklang zu bringen. Die CVP/JCVP-Fraktion hat den vorliegenden Planungsbericht durchaus kritisch begutachtet und zum Teil auch kontrovers diskutiert: So zum Beispiel die Unentgeltlichkeit der Schule, der Kostenteiler des Kantons Luzern, die Versicherungsleistungen und selbstverständlich die finanziellen Möglichkeiten der Stadt Kriens. Als ehemalige Mitarbeiterin der PH Luzern ist sie mit den Kompetenzen des Lehrplanes 21 ziemlich vertraut. Als Zuzügerin von Kriens ist ihr der Faktor Bildung und zeitgerechte Schule als Standortattraktivität enorm wichtig und als Mutter zweier Kinder bzw. Jugendlichen, sogenannte Digital Natives, auch die Anschlussfähigkeit nach der Volksschule. Deshalb unterstützt sie und die CVP/JCVP-Fraktion die vorliegende, umsichtige Planung und die „allernötigste Investition“ um das Wording aus der vorangehenden Finanzstrategie zu nutzen. Wir, die „Generation X“ (1961 - 1980) oder sogar „Baby Boomer“ (1946 - 1964) entscheiden hiermit über die zukünftigen Kompetenzen der „Generation Z“ (nach 1995). Diese „Millenials“ wachsen mit digitalen Medien und Informatik auf und setzen diese integrativ und intuitiv ein. Das vorliegende Konzept stellt deren Anschlussfähigkeit sicher und um es wieder mit einer Kennzahl aus den Finanzen zu benennen: Der Return on Investment (ROI), also der Erfolg unserer Nachkommen wird im Verhältnis zu den eingesetzten Investitionen bestimmt positiv ausfallen und damit auch unsere persönliche Vorsorge mittragen. Kompensation, kreative Lösungen, Prioritäten und Budgetdisziplin sind gefragt. Lehrmittel können

eingespart werden und das prüfende Auge muss auf die anfallenden Kosten gerichtet sein. Das sind Kosten wie Infrastruktur, GICT, Versicherungen etc. Die CVP/JCVP-Fraktion nimmt den Bericht wohlwollend zur Kenntnis und blickt gespannt auf die Umsetzung des vorliegenden Konzeptes in Form des B+A mit der Ausgabenbewilligung an den Einwohnerrat entgegen, welcher vor dem Budget 2021 vorliegen muss.

Laut Martin Zellweger, SVP-Fraktion, muss die Bedeutung der Digitalisierung nicht diskutiert werden. Unsere Jungen müssen für die digitale Welt fit gemacht werden, obwohl sie den älteren Generationen ja meist schon ab Geburt einige Schritte voraus sind. Den Wischfinger und den „Zehnfinger-Tastatur“-Daumen ist ihnen ja bereits angeboren. Auch die SVP-Fraktion unterstützt die Bestrebungen des Stadtrates an den Krienser Schulen die Grundlagen für die digitale Infrastruktur rasch zu schaffen. Gerade in dieser Situation tut es ihr unendlich leid, dass man jetzt bei den Schulen sparen muss, wenn man bedenkt, wie locker der Stadtrat Geld für Büroausbau oder repräsentative Perrondächer freimachen konnte. Er entschuldigt sich für diese Aussage, aber es musste nochmals herhalten, weil er es halt in der nächsten Legislatur nicht mehr bringen kann. Dies ist dann auch die einzige echte Hürde, nämlich die finanziellen Leitplanken. Es ist der SVP-Fraktion ein Anliegen, dass trotz der Wichtigkeit auch bei diesem Antrag sämtliche Entlastungs- und Staffelmöglichkeiten transparent ausgearbeitet und vorgelegt werden. Die Priorisierung wird relevant, wenn man die verschiedenen Investitionen anschaut. Die SVP-Fraktion unterstützt die Bemerkungsanträge der KFG zur Schaffung der notwendigen Transparenz. Sie tritt auf den Planungsbericht ein, wird ihn zur Kenntnis nehmen und bedankt sich für den Bericht.

Erwin Schwarz bedankt sich im Namen der FDP-Fraktion für den Planungsbericht, der ausführlich über die kommenden IT-Bedürfnisse der Schulen Kriens informiert, welche im Zusammenhang mit den Vorgaben des Lehrplanes 21 erforderlich werden. Ob nun Zyklen von 2, 3 oder 4 Jahren sinnvoll sind, ob schon ein eigenes Notebook ab der 6. Klasse sinnvoll ist, ob ein Touchscreen Sinn macht oder nicht, hat die FDP-Fraktion ausführlich diskutiert. Entscheiden müssen technisch am Schluss die Sachverständigen. 2 Themen beschäftigen sie speziell im Zusammenhang mit diesem Planungsbericht. Erstens ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass dieser Planungsbericht in der Form eines B+A dem Einwohnerrat hätte unterbreitet werden müssen. Mit den wiederkehrenden Kosten spricht man da von Investitionen von mehr als 13 Mio. Franken. Man ist aber zuversichtlich, dass dies noch erfolgen wird. Zweitens fragt sich die FDP-Fraktion, warum Parteien aus dem Umweltspektrum ein 5G-Moratorium, aber nicht ein WLAN-Moratorium an Schulen verlangen. Sämtliche Schulhäuser werden mit WLAN ausgerüstet, welche dauerhaft in den Schulräumen strahlen werden. Die FDP-Fraktion geht davon aus, dass WLAN-Router neuester Technologie mit guten SAR-Werten zur Anwendung kommen werden, trotzdem werden die Schülerinnen und Schüler nicht nur noch in ihrer Freizeit, sondern nun auch während dem Unterricht von elektronischen Strahlen bestrahlt. Insbesondere auch, weil sie ja mit Notebooks und allenfalls Mobilephones arbeiten werden, welche wiederum strahlen. Man muss den Sprechenden richtig verstehen. Die FDP-Fraktion ist grundsätzlich für den digitalen Wandel an den Volksschulen, auch wenn etwas mehr Kopfrechnen nach wie vor nicht schaden würde. Der Planungsbericht wird von der FDP-Fraktion, insbesondere wegen der Form, kritisch zur Kenntnis genommen.

Michael Portmann von der SP-Fraktion bedankt sich vorab für den vertieften Einblick in die Digitalisierung des Unterrichts an der Volksschule in Kriens. Dieser Planungsbericht hat auch bei der SP-Fraktion viel zu diskutieren gegeben. Sie hat sehr kontrovers diskutiert, tritt aber auf den Planungsbericht ein und wird diesen zur Kenntnis nehmen. Folgendes hat der SP-Fraktion zu denken gegeben: So wie die Situation aussieht, muss Kriens jetzt investieren. Die heutigen Geräte genügen den Anforderungen des Lehrplans 21 nicht mehr. Ihr Lebenszyklus ist abgelaufen und da sie sowieso ersetzt werden müssten, soll nun jetzt in einer ersten Tranche der Unterricht in Kriens in einem weiteren Schritt digitalisiert werden. Der Zeitpunkt für diese Investition scheint angesichts der knappen Finanzen ungünstig. Warum der Stadtrat als Gesamtgremium einen Planungsbericht gewählt hat, statt in einem Bericht und

Antrag direkt Nägel mit Köpfen zu machen, ist unklar. Umso mehr die Zeit offenbar drängt. Grundsätzlich sieht die SP-Fraktion, dass Informatik und vor allem die damit verbundenen Medien respektive Informationskanäle aus unserem Leben nicht mehr weg zu denken sind. Unsere Arbeit wird schrittweise und sehr konsequent digitalisiert. Alle arbeiten heute vorwiegend digital. So hat an der Kanti der erste Jahrgang abgeschlossen, der in den letzten drei Jahren im Obergymnasium ausschliesslich auf Tablets gearbeitet hat. Was dem Sprechenden jetzt nach diesem ersten Durchgang fehlt, ist eine vertiefte Diskussion darüber, wo warum wann welcher Nutzen entsteht. Was können nun die Schüler und Schülerinnen besser? Wo liegen die Chancen und wo die Risiken beim «bring your own device»-Unterricht? Im Vergleich dazu steckt der Digitalisierungs-Prozess in Kriens noch in den Kinderschuhen. Es fehlt nur schon an der entsprechenden Infrastruktur, während alle anderen K5 Gemeinden offenbar ihre Investitionen bereits getätigt haben. Der vorliegende Bericht zeigt vor allem was hardwaremässig notwendig ist, um den Unterricht zu digitalisieren. Schritt für Schritt sollen die Schüler und Schülerinnen an einen digitalisierten Unterricht herangeführt werden. Erst in der SEK I haben dann alle ein eigenes Tablet. Und genau hier muss dann auch pädagogisch sehr sorgfältig hingeschaut werden. Warum? Ab diesem Zeitpunkt nehmen die Schüler und Schülerinnen ihre Geräte mit nach Hause und verwenden sie dort für Hausaufgaben. Im Gegensatz zum privaten Smartphone ist der Zweck des Tablets vom Unterricht hergegeben. Je nach digitalem Lehrmittel können Hausaufgaben nur noch mit dem Tablet erledigt werden. Deshalb werden sich Lehrpersonen auch überlegen müssen, wie sie den Eltern dabei helfen, dass ihre Kinder und Jugendlichen ganze Abende lang nur noch vor dem Tablet sitzen und nur scheinbar Hausaufgaben erledigen. Michael Portmann hat bei seinen Kindern selbst erlebt, wie sich hier die Rahmenbedingungen klar verschieben, wenn der «bring your own device»-Unterricht beginnt, und erachtet es deshalb als sehr wichtig, dass hier eine vertiefte Zusammenarbeit mit den Eltern für die Nutzung der Tablets zu Hause angestrebt wird.

Die Grüne/GLP-Fraktion dankt gemäss Raoul Niederberger dem Stadtrat für den vorliegenden Planungsbericht. Mit diesem Konzept legt man den Grundstein für einen fächerübergreifenden Informatik Unterricht und die Digitalisierung in den Krienser Schulen. Wie wichtig diese Transformation ist, hat bzw. zeigt die Corona-Krise eindrücklich. Innert weniger Wochen musste vom gewohnten Präsenzunterricht in einen teilweise digitalen Heimunterricht umgestellt werden. Die Fähigkeiten sich mit digitalen Lerninhalten auseinanderzusetzen und digitale Lernangebote zu nutzen, spielen eine immer bedeutendere Rolle und sind eine Herausforderung für Schüler und Schülerinnen sowie Lehrpersonen. Damit ein solcher Unterricht jedoch überhaupt stattfinden kann, braucht es die notwendige Infrastruktur und diesbezüglich muss Kriens noch einiges aufholen. In praktisch sämtlichen Primarschulhäusern fehlt es an einer flächendeckenden WLAN-Abdeckung. Hier noch kurz zum Votum von Erwin Schwarz. Den Grünen ging es beim 5G-Moratorium grundsätzlich nicht um die Gesundheit. Sie glauben auch nicht, dass wenn eine 5G-Antenne dort steht, gleich das Hirn verbrannt wird. Ihnen ging es mehr darum, dass die Vollzugsbestimmungen des Bundes noch nicht vorlagen und deshalb die Baugesuche sistiert werden sollen. So etwas gibt es bei WLAN nicht. Bezüglich WLAN-Abdeckung sollen bei den Sekundar-Schulhäusern noch diesen Sommer die Lücken geschlossen werden. Die benötigten Geräte müssen noch angeschafft werden. Damit einher gehen grosse Investitionen. Rund 1.6 Mio. Franken alleine in den nächsten zwei Jahren für die Einrichtung eines flächendeckenden WLAN's in sämtlichen Schulhäusern und noch einmal 1.6 Mio. Franken bis ins Jahr 2022 für die Anschaffung der benötigten Geräte. Dies wird eine extreme Herausforderung in Zeiten, wie man es heute bereits mehrfach gehört hat, mit einem Investitionsplafond in der Höhe des Cashflows. Dieser Punkt bereitet der Grüne/GLP-Fraktion dementsprechend die grössten Sorgen. Der vorliegende Planungsbericht zeigt zwar sehr schön auf, was man wann machen müsste. Ob er in dieser Form wirklich umgesetzt wird ist dagegen eine andere Frage. Für die Grüne/GLP-Fraktion ist indes auch klar, dass es sehr wichtig ist, dass die Stadt Kriens die nötigen Investitionen tätigen kann. Ohne diese Investitionen droht man im Bereich der Volksschule den Anschluss an die Digitalisierung zu verlieren. Gleiches gilt im Übrigen auch im Vergleich zu den anderen K5-Gemeinden, die in diesem Bereich alle einen Schritt weiter sind. Jeder Franken der in die Bildung investiert wird, ist ein gut investierter Franken. Die Grüne/GLP-Fraktion nimmt den Planungsbericht zur Kenntnis und hofft, dass dieser nicht zu einem reinen Wunschkonzert verkommt, sondern auch wirklich umgesetzt werden kann.

Bettina Gomer-Beacco hat es gefallen, denn alle sind sehr wohlwollend. Man hörte viel zu all diesen Hardwareanforderungen und was es dazu braucht. Ihr als Mutter ist aufgefallen, wie stark sich dies verändert. Früher gab es noch ein Informatikzimmer, was es nun nicht mehr geben wird, weil es fächerübergreifend stattfindet. Was man jedoch vor allem braucht sind Medienkompetenzen. Das kam zu wenig hervor. Unsere Kinder haben die ganze Zeit Medien um sich herum. Man hört auch, dass irgendwann einmal die Handys in die Schule eingebracht und sogar genutzt werden. Hier fehlt häufig die Medienkompetenz. Wie unterscheidet man Fake-News zu realen News? Wie findet man Informationen über Kriens, die dann auch stimmen? Wikipedia hat nicht immer recht. Darum ist es so wichtig diesen Schritt zu gehen und nicht hinten an zu stehen, weil so einfach die Bildung betrieben wird. Es soll nicht nur die Hardware angeschafft werden, sondern echte Bildung betrieben werden.

Judith Luthiger-Senn hat Freude, denn aus allen Fraktionen gibt es positive Rückmeldungen. Es wurde erkannt, dass dies etwas Wichtiges ist und in der heutigen Zeit gebraucht wird. Gerade in der Corona-Zeit wurde die Digitalisierung ein wichtiges Medium, schneller als das man eigentlich dachte. Dort wo es schon vorhanden war, wurde es auch genutzt. Mit dieser Investition wird auch der Grundstein für den fächerübergreifenden Unterricht gelegt. Gerade in der heutigen Zeit ist die Medienkompetenz etwas vom Wichtigsten. Die Medien müssen richtig genutzt werden und man muss wissen, wie man richtig sucht, was sind wichtige Informationen und welches falsche. Es wurde gefragt, wieso der Stadtrat einen Planungsbericht vorgelegt hat. Das war eine Entscheidung, weil man dem Einwohnerrat die Gesamtkosten aufzeigen wollte. Der Stadtrat sah, dass dies ein schwieriges Unterfangen ist, einerseits die Investition ins WLAN und andererseits in die verschiedenen dafür benötigten Geräte nach den Zyklen 1-3. Selbstverständlich wird der Stadtrat einen B+A ausarbeiten, der vor der Budgetdiskussion 2021 bereit sein wird. Es wird überprüft, ob die finanziellen Möglichkeiten bestehen, um diese Anschaffungen in diesem Mass umzusetzen. Am Mittwoch hat der Stadtrat die Investitionen beraten. So wie es im Moment aussieht, liegt die WLAN-Ausrüstung drin. Selbstverständlich werden nur die Schulhäuser eingerichtet, welche weiterhin 5. und 6. Klassen haben werden. Bei kleineren Schulhäusern wird zuerst noch überlegt, ob man dies machen möchte oder nicht. Dazu sind noch strategische Entscheide offen. Eine Etappierung von WLAN ist für die Bildung und Schulen nicht sinnvoll. Wenn ein Quartiersschulhaus nicht aufgerüstet wird, gäbe dies eine Ungerechtigkeit zwischen einzelnen Quartieren und wäre eine Ungleichbehandlung von Lehrpersonen. Man möchte in einem Aufwisch das WLAN einrichten. Das Preismodell wurde noch angesprochen mit der sogenannten Vollzeit-Äquivalenz. Das hat man so bestimmt. Die Delegiertenversammlung hat es so gutgeheissen. Je mehr Geräte im Umlauf sind, desto günstiger wird es, weil man in der nächsten Zeit nicht exponentiell mehr Lehrpersonen haben wird. Mit einer möglichen Etappierung der Geräteanschaffung wird man es schaffen dies umzusetzen. Sie hofft, dass dies im B+A aufgezeigt werden kann. Die Möglichkeiten von Kostenoptimierungen werden geprüft. Die Sprechende freut sich, dass der Stadtrat die positive Einstellung des Einwohnerrates zur Digitalisierung erhalten hat. Sie verhehlt es natürlich nicht, denn es ist obligatorisch. Den Schritt in die Digitalisierung muss gemacht werden. Der Lehrplan 21 ist nicht einfach ein Nice-to-have, sondern ist obligatorisch. Bis ins Jahr 2022 sollte man mit der Umsetzung recht weit sein. Kriens schafft das.

Roger Erni stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Bemerkungsantrag KFG zu Seite 22

Mit Hinblick auf den noch vor dem Budget versprochenen B+A, konkretisiert die KFG laut Martin Zellweger ihre Erwartungen und fügt die folgende Bemerkungen an:

Die KFG erachtet den Planungsbericht Medien und Informatik Volksschule Kriens als Vorinformation zum Bericht und Antrag welcher gemäss Aussage von Stadträtin Judith Luthiger anlässlich der Sitzung

vom 17. Juni noch vor dem Budget im Einwohnerrat behandelt wird. Mit Blick auf die Erarbeitung dieses Bericht und Antrages fügt die KFG folgende Bemerkungen an:

- Für die Einführung des WLAN wird ein gestaffelter Plan ausgearbeitet, welcher die Einführung von Notebooks bei Schülern in den Schulhäusern berücksichtigt. Es wird kein WLAN auf Vorrat eingerichtet.
- Bei der Beschaffung vermeidet der Stadtrat wenn immer möglich ein Vendor Lock-in, insbesondere ist dies auch bei Apple Produkten zu berücksichtigen.
- Die Kosten GICT für den Unterhalt der Mobilien Geräte werden überprüft und mit alternativen Lösungen – wie beispielsweise Eigenleistungen – verglichen. Insbesondere muss das Preismodell der gestaffelten Einführung der Notebooks gerecht werden.
- Es werden weitere Kostenoptimierungen geprüft und im B+A als Varianten aufgezeigt.

Der KFG wurde betätigt, dass im vorliegenden Planungsbericht noch nicht alle Entlastungsoptionen ausgeschöpft wurden. Dem soll am Beispiel dieser Bemerkungen Rechnung getragen werden. Die KFG erwartet volle Transparenz in Bezug auf finanzielle Optimierungen. Dies ist in Anbetracht der knappen Mittel der Stadt für Investitionen und Ausgaben ein absolutes Muss.

Laut Judith Luthiger-Senn opponiert der Stadtrat nicht in allen Punkten, weil sie hat bereits zum Punkt der Kostenoptimierungen gesagt, dass dies klargemacht wird. Zur gestaffelten Einführung des WLAN's hat sie auch bereits Ausführungen gemacht. Es ist keine Option, aber der Nachsatz, dass kein WLAN auf Vorrat eingerichtet wird, kann so übernommen werden. Beim Vendor Lock-in musste sich die Sprechende zuerst schlau machen, was dies genau ist. Sie glaubt diese Gefahr besteht gar nicht. Die Kosten für den Unterhalt der Mobilien Geräte hat sie in ihrem Votum auch erwähnt. Dieses Preismodell besteht so und kann nicht einfach geändert und neu ausgearbeitet werden. Zu den Eigenleistungen konnten nicht gross Abklärungen getroffen werden, da der Vorschlag erst seit kurzem vorliegt. Es kommt massiv teurer, wenn im Stadthaus eigene Server eingerichtet, Sachen angeschafft und Leute instruiert werden müssen. Das ist nicht so einfach machbar, wie in der KFG gesagt wurde, dass es die Stadt einfach selber machen kann. Darum möchte der Stadtrat nur eine teilweise Überweisung dieser Anträge. Der Stadtrat übernimmt, dass kein WLAN auf Vorrat eingerichtet wird und weitere Kostenoptimierungen überprüft werden.

Martin Zellweger dankt für die Stellungnahme. Wie gesagt wurde der gesamte Bemerkungsantrag in der KFG beschlossen. Noch kurz zur Begründung und den Ausführungen. Judith Luthiger-Senn sagte selber, dass es Schulhäuser gibt, welche das WLAN nicht an Tag 1 brauchen. Wenn diese nicht zusammen mit den anderen angeschafft werden müssen, heisst es dies erfolgt gestaffelt. Das ist also möglich. Die Kosten GICT wurden auch angesprochen. Am Tag 1, wenn nur ganz wenige Notebooks vorhanden sind, zahlt Kriens bereits den vollen Betrag für sämtliche Lehrpersonen. Das ist ein massiver Block. Am Anfang wird also viel zu viel bezahlt. Auch wenn dies bestehend und definiert ist, ist es immer erlaubt und notwendig in der vorhandenen finanziellen Lage diese Frage zu stellen. Darum ist es sinnvoll, dass auch diese Bemerkung überwiesen wird.

Abstimmung Bemerkungsantrag KFG

Mit 24:3 Stimmen bei einer Enthaltung wird der Bemerkungsantrag überwiesen.

Albrecht, Michèle	nein
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	ja

Frauenknecht, Marco	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	Enthaltung
Portmann, Peter	ja
Purtschert, Bruno	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

Roger Erni liest den **Text zur Kenntnisnahme** vor:

Der Planungsbericht Medien und Informatikkonzept für die Volksschule Kriens wird zur Kenntnis genommen.

Folgende Bemerkung wird überwiesen:

Die KFG erachtet den Planungsbericht Medien und Informatik Volksschule Kriens als Vorinformation zum Bericht und Antrag welcher gemäss Aussage von Stadträtin Judith Luthiger anlässlich der Sitzung vom 17. Juni noch vor dem Budget im Einwohnerrat behandelt wird. Mit Blick auf die Erarbeitung dieses Bericht und Antrages fügt die KFG folgende Bemerkungen an:

- *Für die Einführung des WLAN wird ein gestaffelter Plan ausgearbeitet, welcher die Einführung von Notebooks bei Schülern in den Schulhäusern berücksichtigt. Es wird kein WLAN auf Vorrat eingerichtet.*
- *Bei der Beschaffung vermeidet der Stadtrat wenn immer möglich ein Vendor Lock-in, insbesondere ist dies auch bei Apple Produkten zu berücksichtigen.*
- *Die Kosten GICT für den Unterhalt der Mobilien Geräte werden überprüft und mit alternativen Lösungen – wie beispielsweise Eigenleistungen – verglichen. Insbesondere muss das Preismodell der gestaffelten Einführung der Notebooks gerecht werden.*
- *Es werden weitere Kostenoptimierungen geprüft und im B+A als Varianten aufgezeigt.*

Gemäss Roger Erni findet keine Abstimmung statt.

7. Planungsbericht: Entwicklungskonzept Luzerner-/Oberbauerstrasse

Nr. 295/20

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

9. Motion Wendelspiess: Projektierungskredit Sichere Wege zu Schulen und Sportstätten

Nr. 280/20

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

10. Bericht Postulat Kobi: Leben mit Behinderungen – Teilnahme und Teilhabe auch in Kriens

Nr. 124/18

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

11. Bericht Postulat Lammer: Reallokation der frei werdenden Mittel aus Spange Nord

Nr. 191/19

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

12. Bericht Postulat Niederberger: Symbolische Ausrufung des Klimanotstandes

Nr. 212/19

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

13. Beantwortung Interpellation M. Portmann: Kontrollmessung für die Mobilantenne im Kleinfeld

Nr. 255/19

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

14. Bericht dringliches Postulat Tanner: Keine Steuererhöhung ohne Ausgleichsmassnahmen vom Kanton

Nr. 252/19

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

15. Beantwortung Interpellation Stofer: Realisierung Gesamtverkehrskonzept Kriens (GVKK)

Nr. 259/19

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

16. Beantwortung Interpellation Purtschert: Hohe Personal-Fluktuation in Kriens

Nr. 261/20

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

17. Beantwortung Interpellation Gomer: Steuerentwicklung und Fragen zur kleinen Steueramnestie sowie deren Erträge **Nr. 267/20**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

18. Beantwortung Interpellation Ercolani: Stelen **Nr. 276/20**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

19. Beantwortung Interpellation Albrecht: Aktuelle Bemühungen rund um «Food Waste» in Kriens **Nr. 283/20**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

20. Postulat Ercolani: Kanton entlastet Gemeinden **Nr. 294/20**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

21. Verabschiedungen **Nr. 277/20**

Laut Roger Erni gehen heute rund 75 Jahre politische Erfahrung zum Ende der Legislatur in eine neue Phase über. Die fünf zu verabschiedenden Einwohnerratsmitglieder waren ungefähr 31 Jahre und 3 Monate im Einwohnerrat aktiv. Dafür bereits jetzt schon ein herzliches Dankeschön. Im zweiten Programmpunkt werden 45 Jahre Gemeinde-/Stadtratserfahrung verabschiedet. 4'315 Tage war Thomas Lammer für die FDP im Einwohnerrat. Am 1. September 2008, vor 12 Jahren, ist er gestartet und war im Amtsjahr 2015/16 Einwohnerratspräsident. Er war 8 Jahre lang in der Baukommission, welche neu ab 1. September 2016 zur Kommission für Bau, Verkehr und Umwelt wurde. Darin hatte er auch die letzten vier Jahre Einsitz. Vielen Dank für den Einsatz.

Thomas Lammer meint, dass 12 Jahre eine lang Zeit ist. Der wichtigste Punkt für ihn heute sind jedoch nicht die 12 Jahre oder die letzte Sitzung, sondern das Traktandum mit der Pilatus Arena, welche so einen wichtigen Schritt weitergebracht werden konnte. Der B+A wurde deutlich und klar verabschiedet. Er hofft, dass man bald in die Bauphase resp. Bewilligungsphase übergehen kann. Das ist super und ein toller Erfolg. Daran hat er sehr grosse Freude. In diesen 12 Jahren gab es für den Sprechenden einige Lernprozesse. Der wichtigste ist, dass in der Politik die Mühlen ziemlich langsam mahlen. Das hat man auch heute wiedergesehen. Das jetzige Traktandum ist die Nummer 21 und viele Traktanden dazwischen konnten heute nicht behandelt werden. Mit dem Schweizer System, egal ob kommunal, kantonale oder auf eidgenössischer Ebene, kommt man immer zu Lösungen. Das ist sehr wertvoll und ist ein grosser Vorteil. Die zweite Lehre für ihn ist, dass der Einwohnerrat eine ausgezeichnete Schulung war, um korrekt aufzutreten und sprechen zu können. Man hat dafür sogar noch Lohn erhalten.

Das war also ganz angenehm. Während der gesamten Zeit gab es interessante und spannende Situationen. Es gab aber auch Momente, als es ziemlich langweilig war. Am spannendsten war es immer, wenn fraktionsübergreifend Vorstösse gemacht werden konnten. Manchmal mussten auch gewisse Abstriche gemacht werden, aber man hat eine Lösung gefunden. Er hat heute eine Dankeskarte der SP erhalten. Herzlichen Dank dafür. Es ist wahrscheinlich nicht, weil er so links politisiert hat. Letzte Woche stiess Thomas Lammer auf einen Leserbrief. Er las dort ein Zitat von sich selbst und dachte, dass er das gar nie gesagt hat. Er hat es zu Ende gelesen und dort stand 2008. Dann war es ihm klar. Schlussendlich denkt er, dass er es heute mit anderen Worten gesagt hätte. Es ging um die Proporzahlen des Stadtrates. Die Meinung hat er aber immer noch dieselbe. Daher hat er sich in den letzten Jahren nicht wahnsinnig verbogen. Spannend war aber auch das Jahr als Einwohnerratspräsident, mit sehr vielen schönen Begegnungen und Anlässen. Jetzt ist aber Zeit fertig zu machen und diese Phase abzuschliessen. Er wünscht allen viel Erfolg, weiterhin gute Diskussionen und das Lösungen erarbeitet werden. Thomas Lammer bedankt sich bei allen recht herzlich.

Roger Erni überreicht Thomas Lammer die Dankeskarte. Er hat sich als Abschiedsgeschenk eine Spende an Kriens hilft Menschen in Not gewünscht. 1'668 Tage war Daniel Rösch mit seinen jungen Jahren im Einwohnerrat, nämlich seit dem 1. Dezember 2015. Er war der Nachfolger von Kevin Hofstetter. In den ersten zwei Jahren war er in der Bildungskommission, welche danach zur Kommission für Bildung, Soziales und Gesundheit wurde. In den letzten vier Jahren hatte er Einsitz in der Kommission für Finanzen und Gemeindeentwicklung.

Daniel Rösch darf sich heute verabschieden, da dies vom Drehbuch her so vorgesehen ist. Bei den letzten Wahlen hat er als 1. Ersatzkandidat abgeschlossen. Er hat reelle Chancen, dass er wieder in den Einwohnerrat nachrücken kann. In den Reihen des Einwohnerrates gibt es diverse Leute, welche diesen Karriereschritt vollzogen haben. Wenn er diese Möglichkeit hat, wird er diese wahrnehmen. Er möchte noch an die Parteien und diejenigen im Livestream appellieren. Es ist wichtig, dass im Einwohnerrat auch junge Leute vertreten sind. Dementsprechend sollten auch die Parteien in die Pflicht genommen werden junge Leute zu fördern und zu fordern. Obwohl man als Junger im Parlament teilweise belächelt wird oder auch auf einen Parteisoldaten reduziert wird. Es ist doch so, dass man sich als junge Person für etwas einsetzen und etwas bewirken kann. Heute war auch ein gutes Beispiel mit seiner Motion, welche doch ein erfreuliches Ergebnis hervorgebracht hat. Daniel Rösch bedankt sich bei allen Mitgliedern für die Zusammenarbeit und hofft, dass er ab September wieder im Einwohnerrat tätig sein darf. Er hatte auch die Wahl für ein Abschiedsgeschenk, aber hat aufgrund der finanziellen Lage auf dieses verzichtet.

Roger Erni überreicht die Dankeskarte an Daniel Rösch. Der dritte Einwohnerrat, welcher verabschiedet wird ist Kurt Gisler. Fast 1'000 Tage sass er im Einwohnerrat, nämlich seit dem 1. Januar 2018. Er trat die Nachfolge von Kathrin Graber an. Zwei Jahre lang war er in der Kommission für Bildung, Soziales und Gesundheit. Anfang 2020 hat er in die Kommission für Finanzen und Gemeindeentwicklung gewechselt. Nach den Wahlen war klar, dass er leider nicht mehr im Einwohnerrat sein wird.

Kurt Gisler dankt für die Zusammenarbeit, welche er in den vergangenen drei Jahren geniessen durfte. Er dankt auch seinen Fraktionsgspändli. Es war immer sehr spannend mit ihnen zusammen zu arbeiten. Es gab teilweise wilde Diskussionen. Er glaubt auch, dass ihre Fraktionssitzungen am längsten gedauert haben, weil die Meinungen ab und zu so differenziert waren, wie an anderen Orten im gesamten Parlament. Nichtsdestotrotz war die Zusammenarbeit super. Er hat dies sehr geschätzt und lernte auch sehr viel. Die vergangenen drei Jahre waren für ihn als Unternehmer eine Weiterbildung. Er glaubt es hat andere Facetten aufgezeigt. Wenn er in seinem Unternehmen am Morgen um 6:00 Uhr entscheidet, dass man nach links läuft, dann laufen um 7:00 Uhr die Meisten nach links. Wenn

man hier etwas sagt, geht es ca. drei Jahre, bis irgendetwas passiert. Darum ist das schon etwas Anderes. Der Sprechende hat ausdrücklich links gewählt, weil auch er heute eine Karte der SP auf dem Tisch hatte. Herzlichen Dank der SP-Fraktion für diese Abschiedsworte. Was den Sprechenden an der ganzen Sache stört ist, dass die Arbeitgeber in der Krienser Politik fast nicht vertreten sind. Das ist für ihn ein Armutszeugnis, liegt aber selbstverständlich an den Unternehmern. Sie stellen sich nicht zur Wahl, aber die heutigen Rahmenbedingungen erschweren dies ganz klar. Aus diesem Grund ist er und auch seine Familie nicht ganz unglücklich, dass es bei den Wahlen nicht gereicht hat. Für die Mitte ist es ein Verlust, aber für ihn gibt es wieder viel Zeit und Raum, dass er sich privat und unternehmerisch weiterentwickeln kann. Herzlichen Dank an alle, die mitgearbeitet haben. Er wünscht für die Zukunft viele gute, mutige Entscheide für die Stadt Kriens. Sie liegt uns allen am Herzen. Danke für die Zusammenarbeit von links bis rechts.

Roger Erni überreicht die Dankeskarte mit einem Krienser Check an Kurt Gisler. Die vierte zu verabschiedende Person ist Bruno Purtschert. Er kam am 1. Juni 2019 als Nachfolger von Rolf Schmid in den Einwohnerrat. Er war seine ganzen 390 Tage in der Kommission für Finanzen- und Gemeindeentwicklung. Bruno Purtschert ist Wirtschaftsprüfer und war eine wichtige Kraft in vielerlei Hinsicht. Herzlichen Dank für den Einsatz.

Laut Bruno Purtschert sind 390 Tage nicht so eine lange Zeit. Dazu sind ihm aber drei Stichworte eingefallen. Das erste Stichwort sind natürlich die Finanzen. Heute hat man schon so viel darüber gesprochen, weshalb er dies gleich auslässt. Das zweite Stichwort ist: Lange Debatten. Das gab es heute auch. Er findet es bereichernd zusammen zu sein und zu debattieren. Manchmal hatte er das Gefühl, dass man nicht nur zurückschaut und sagt was schlecht ist, sondern mehr nach vorne schaut und sagt, wie man eine Lösung zu einem Problem hinbringt. Politik läuft aber halt so. Das dritte Stichwort sind die guten Kolleginnen und Kollegen. Es war sehr bereichernd und er hat es genossen. Im Einwohnerrat sind viele gute Leute. Er staunt auch, wie viel Einsatz dies braucht, damit man mitdiskutieren und debattieren kann. Er dankt dafür recht herzlich und wünscht alles Gute für die Zukunft

Roger Erni übergibt Bruno Purtschert die Dankeskarte und zwei Flaschen Rotwein. Der fünfte Einwohnerrat, welcher verabschiedet wird ist Peter Portmann. Er hat sich dazu entschieden, nicht an der Verabschiedung teilzunehmen. Er war seit dem 1. September 2019 wieder im Einwohnerrat und hatte Einsitz in der Bürgerrechtskommission. Nicht zu vergessen ist, dass er 2014/15 Einwohnerratspräsident war. Nach 21 Jahren wird seine politische Karriere enden. Zwei Jahre lang war er auch im Kantonsrat tätig. 4'047 Tage sind bei ihm zusammengekommen. Nun kommt die Verabschiedung der Stadtratsmitglieder. Cyrill Wiget von den Grünen war von 1996 bis 2004 im Einwohnerrat und war ab dem 1. September 2004 Gemeinderat resp. Stadtrat. 11 Jahre lang hat er im Umwelt- und Sicherheitsdepartement gewirkt. Ab dem 1. November 2015 hatte er das Präsidialdepartement unter sich, seitdem er Gemeindepräsident resp. Stadtpräsident war. Matthias Senn von der FDP war Einwohnerratspräsident 2006/07. Auch er stieg 1996 in den Einwohnerrat ein und ist bereits seit 25 Jahren in der Geschäftsleitung der FDP dabei. 12 Jahre Einwohnerrat und seit dem 1. September 2008 ist er Vorsteher des Baudepartementes resp. Bau- und Umweltdepartementes. Lothar Sidler von der CVP trat am 1. September 2008 sein Amt als Gemeinderat an, führte dieses 12 Jahre aus und war während dieser Zeit Sozialvorsteher. Franco Faé von der CVP stieg am 1. November 2015 als Vorsteher des Finanzdepartementes ein. Er dankt allen für ihre Arbeit. Für die Verabschiedung des Stadtrates übergibt er das Wort an Cyrill Wiget.

Gemäss Cyrill Wiget starten die vier abtretenden Stadtratsmitglieder zusammen einen neuen Lebensabschnitt. Es geht nun auf eine andere Art weiter und sie lassen zusammen los. Sie haben fünf Jahre in dieser Konstellation sehr intensiv zusammengearbeitet, darum macht es Freude, dass eine solche

Form gefunden wurde. Es ist fast eine Anlehnung an eine Stadtratssitzung. Im Stadtrat gibt es drei Geschäftssorten, nämlich Informations-, Beschluss- und C-Geschäfte. Bei den C-Geschäften durfte man nur immer Fragen stellen. Das nimmt man sich nun für die nächsten paar Minuten vor. Jeder beantwortet drei Fragen. Der Sprechende hat zusammen mit Matthias Senn 24 Jahre zusammen in den Sälen verbracht und viel zusammen erlebt. Auch wurde viel umgesetzt. Folgende drei Fragen werden von Cyrill Wiget beantwortet:

Kannst du überhaupt loslassen?

Nein. Ich werde grosse Mühe haben mit loslassen. Das weiss ich jetzt schon, denn das ist überhaupt nicht meine Stärke. Ich werde die Gemeinde, welche ich so liebe, gerne für sie da war und für sie gearbeitet habe, sehr vermissen. Ich werde den Diskurs vermissen mit all den Organisationen, Kommissionen und Menschen, die dabei waren. Ich habe es extrem gerne gemacht. Ich sage gerne, dass wenn man mit nicht so viel Geld auf die Welt kommt und aber etwas gestalten und bewegen möchte, muss man in die Politik. Weil wenn man mit viel Geld auf die Welt kommt, kann man ohne weiteres Unternehmer werden und hat Gestaltungsfreiheiten. Als Politiker hat man demokratisch die Möglichkeit etwas zu gestalten. Das ist etwas Wunderbares an der Politik. Dass das aber nun trotzdem ein Ende hat, hat mir vor rund 15 Monaten ein paar schlaflose Nächte und eine intensive Auseinandersetzung beschert. Ich musste feststellen, dass 16 Jahre wirklich eine lange Zeit ist und es eine Nachfolge braucht. Auch die Partei schauen, wie es weitergehen kann. An dieser Stelle möchte ich allen für die wunderschöne Zeit danken. Es war eine Zeit, die nur funktionieren konnte, weil auch ihr euch als Kollegen aufs miteinander diskutieren und arbeiten quer durch alle Parteien und Denkweisen eingelassen hat. Das ist eine extreme Chance, die wir in der Schweiz haben, um so miteinander umzugehen. Das hat ganz viel mit euch zu tun. Dafür möchte ich euch Danke sagen.

Du schwärmst, wurdest aber auch angefeindet. Ziehst du trotzdem eine positive Bilanz?

Das stimmt. Auf die Zähne beißen gehört wirklich zum Politisieren. Ich habe oft auch gelitten. Man musste aber davon ausgehen, dass wenn man sich einsetzt, sich dann auch aussetzt. Das habe ich eigentlich gewusst. Meine politischen Vorfahren haben an dieser Stelle immer gesagt: «Dafür hast du aber eine schöne Schafseckel-Zulage». Das ist gar nicht so ein unweiser Spruch. Wenn ich jetzt hier gekämpft und mich eingesetzt habe, habe ich zumindest den Eindruck, dass ich dies für die Sache gemacht habe. Weil ich relativ hohe Ideale habe, habe ich auch viel gekämpft. Es ist mir aber auch bewusst, dass ich einige von euch, oder Vorgängerinnen und Vorgänger ab und zu auf die Füsse getreten bin oder zu nahekam. An dieser Stelle möchte ich mich entschuldigen, wenn ich irgendjemanden verletzt haben sollte. Es ging mir nie darum, sondern weil ich meine Ideale leben wollte. Wir sind nicht nur zum Cüpli trinken eingestellt worden, sondern um etwas zu bewegen.

Und gibt es nun nach 16 Jahren Gemeinderat und Gemeinde-/ Stadtpräsident eine Bilanz?

Ja natürlich. Diese Bilanz darf sich schon sehen lassen. In diesen 16 Jahren ist wirklich viel passiert. Viel, wovon ich das Gefühl habe, ist diese Gemeinde dank unserer Arbeit vorwärtsgekommen. Ich sage ganz bewusst unsere Arbeit, weil die Gemeinderatsarbeit ist immer Teamarbeit. Einer allein kann es und soll es auch nicht können. Das ist unser System. Aber wenn ich so denke, was man für den Sport machen konnte, indem ein Stadion oder das neue Parkbad realisiert werden konnte. Auch was man für die Kultur machen konnte mit dem Kulturzentrum, welcher ein Ort für die Musik, Jugend und Vereine ist. Auch das Haus wovon wir nun stehen. Eine Gemeinde, ein Dach. Das ist ein extremer Fortschritt für die Stadt Kriens. Damit verbunden ist auch ein Stück Aufbruchsstimmung. Es braucht ein Stück Selbstbewusstsein, dass in den letzten 4-5 Jahren entstanden ist. Kriens glaubt an sich. Kriens möchte weiterkommen. Das ist eine Bilanz, worauf wir stolz sein dürfen. Es ist auch einiges in der Pipeline, was noch nicht fertig ist. Es gibt auch einige Strategien woran man viel gearbeitet hat, wie ein Gesamtverkehrskonzept. Oder auch die Analyse der Sozialräume. Oder dass was ich heute noch extrem gerne vorstellen wollte über die Luzerner-/Obernauerstrasse, welche das Rückgrat dieser Gemeinde ist, mit dem Herz dieser Stadt, wo wir nun stehen. Es hat nun leider nicht mehr gereicht. Es ist vielleicht auch gut, wenn dies jemand Neues machen darf. Diese Sachen sind in der Pipeline, welche noch zu Ende und weitergeführt werden müssen, nämlich von der nächsten Generation der Politiker.

Einiges ist auch nicht gelungen. Dass man heute drei Stunden über finanzielle Schwierigkeiten diskutiert hat, hat mir schon auch weh gemacht. Natürlich hinterlasse ich lieber eine Stadt, welche Visionen umgesetzt hat und einen Schritt nach vorne gemacht hat, als eine Stadt mit heruntergewirtschafteten Schulanlagen und Sportanlagen. Aber dass wir es finanziell nicht auf die Reihe bekommen haben tut mir irgendwie auch leid. Ich fühle mich hier auch etwas schuldig, auch wenn es dazu alle braucht. Das überlassen wir nun einfach unseren Nachfolgern. Ich halte es für eine durchaus bewältigbare finanzielle Krise, aber sie wird unsere Nachfolger herausfordern.

Matthias Senn nimmt zu folgenden drei Fragen Stellung:

Welches war deine lustigste oder kurioseste Begegnung in deinen letzten 12 Jahren?
Ich komme zuerst zu einer der schönsten Begegnungen und zwar stellvertretend für viele schöne Begegnungen. In 12 Jahren lernt man ganz viele Leute kennen aus der eigenen Bevölkerung und hat auch sehr viele schöne und interessante Gespräche. Aber eine besonders schöne Begegnung war mit einer Bewohnerin der Schachenstrasse 12. Sie hat mir eigentlich ab dem Zeitpunkt, als man mit der Baugrube des Stadthauses begonnen hat immer Briefe geschickt und geschrieben, wie sie diese Baustelle wahrnimmt und was dies für sie bedeutet. Ich lese nun aus dem letzten Brief ein paar Zeilen vor, als das Haus in Betrieb genommen wurde. Sie hat das immer sehr poetisch und schöngeschrieben: «Jetzt ist Leben im Innern eingekehrt. Es bewegt sich etwas. Menschen, die unsere Stadt verwalten regieren. Es brennen Lichter. Und heute entdecke ich, dass zum Wochenende die Rollläden heruntergelassen wurden. Unsere Stadt trägt Sorge zu den Energien. Bravo! Es gelüstet mich die veränderte Umgebung, Zentrum Teiggi zu fotografieren, vor allem wenn die Lichter aufleuchten». Herzlichen Dank der Bewohnerin für diese schönen Briefe. Die lustigste bzw. kurioseste Begegnung nenne ich jetzt beim Namen, weil diese Person wohnt nicht mehr in der Schweiz. Es ist Walter Knierim der Kingbow Holding. Er hatte einmal bei uns eine Sitzung wegen der Entwicklung des Hotels Himmelrich. Er kam mit einem grossen alten Aktenkoffer, hat diese auf den Tisch geknallt und gesagt: «Hier sind 30 Mio. Franken drin und mit diesem Geld will er eine Residenz im Hotel Himmelrich bauen». Wir mussten ihn aufklären, was in der Landwirtschaftszone überhaupt alles möglich ist. Auf jeden Fall hat er nicht locker gelassen und hat sich sehr wichtig aufgetan. Die Sitzung wurde nach 15 Minuten bereits unterbrochen, weil Herr Knierim dringendst mit einem afrikanischen Minister telefonieren musste, weil er gleichzeitig in Afrika eine Ziegelfabrik aufgebaut hat. Die Kingbow Holding ging dann Konkurs und Herr Knierim kam mehrmals in der Zeitung und verliess daraufhin die Schweiz. Was speziell war ist folgendes. Damals hatten wir bei uns im Sekretariat der Schachenstrasse einen Desinfektionsspender, weil die Vogelgrippe Thema war. Damals hat man die Hände nicht so desinfiziert wie heute, aber zwischendurch hat man ihn gebraucht. Nachdem ich Herr Knierim verabschiedet habe, habe ich den Desinfektionsspender wirklich gebraucht.

Du bist ja hie und da für einen Fauxpas gut gewesen. Welches war dein schlimmster?
Dieser ist dem Einwohnerrat bekannt. Das war im 2013. Das Baudepartement war damals ziemlich am Anschlag. Wir hatten einen Planungsbericht des Zentrums im Einwohnerrat und im Herbst haben wir den Baukredit gebracht. Auch die Ortsplanungsrevision war im Einwohnerrat. Die CVP hatte da noch eine Initiative «Sonnenberg für alle» gemacht. Offenbar hätten wir dafür im Mai eine Fristerstreckung verlangen müssen. Wir hatten jedoch vor diese zusammen mit der Ortsplanungsrevision in den Einwohnerrat zu bringen. Auf jeden Fall hat Ende April Kathrin Graber ihm ein Mail gemacht, dass wir noch einen Nachtrag für einen Bericht und Antrag für die Fristerstreckung bringen müssen, welche in der Mai-Sitzung noch hätte im Einwohnerrat behandelt werden können. Die Traktandenliste war schon lange raus und wir hatten wirklich nur noch 2-3 Tage Zeit, um einen Bericht und Antrag zu schreiben. Wer musste dies schreiben? Entweder der Gemeindeschreiber oder ich. Ich habe dann das Mail an Guido Solari weitergeleitet mit dem Kommentar: «Meine politische Freundin ärgert mich schon wieder früh morgens. Ich habe absolut keine Lust jetzt einen Bericht und Antrag zu schreiben». Das dumme daran ist, dass ich das Mail nicht weitergeleitet habe, sondern als Antwort geschickt.

Du warst ja auch berühmt für die Stellvertretungsregelungen. Kannst du sagen wie diese lautet?

Ja, das ist auch eine schöne Anekdote aus der ersten Legislatur. Wir sagen immer, dass wir in der Stadtverwaltung schlank organisiert sind. Wenn ein Mitarbeiter ausfällt muss meistens ein Abteilungsleiter in die Presche springen. Oder wenn der Abteilungsleiter in den Ferien ist muss der Departementsvorsteher zum Teil da sein. Ein Beispiel dafür wie die Stellvertretungsregelung funktioniert ist die Anekdote, welche wirklich passiert ist. Damals war das Baudepartement noch in der Schachenstrasse 6, im Kantonalbank Gebäude. Der Gemeinderatssaal war im Gemeindehaus. Ich hatte am Abend um 17:00 Uhr eine Sitzung, wofür ich eine Präsentation machen musste. Wir waren ja nicht so nobel eingerichtet, dass Beamer und Notebook schon vorhanden waren. Das musste man immer wieder vor einer Sitzung einrichten und testen. Allenfalls habe ich am Morgen meinem Sekretariat den Auftrag gegeben, dass sie doch mir für diese Sitzung um 17:00 Uhr im Gemeinderatssaal das Notebook und den Beamer einrichten. Meine Sachbearbeiterin war am Nachmittag aber gar nicht da, also hat sie den Auftrag an die Lernende weitergegeben, dass sie am Nachmittag zwischen 16:00 Uhr und 17:00 Uhr das Notebook und Beamer aufstellt. Anfangs Nachmittag kam die Lernende zu mir und sagte, sie habe im Kalender gesehen, dass ich um 17:00 Uhr eine Sitzung im Gemeinderatssaal habe, ob ich nicht vorher Notebook und Beamer einrichten kann.

Folgende Fragen werden von Lothar Sidler beantwortet:

Warst du gerne Sozialvorsteher?

Ja, ich war rüdig gerne Sozialvorsteher. Als Sozialvorsteher musst du ja zu diesen Leuten schauen, welche auf der einen Seite der Gesellschaft sind. Das sind Leute, welche Defizite haben, was finanzielle Defizite, körperliche Defizite oder auch geistliche Defizite sein können. Also auf irgendeine Art. Für diese Leute musste ich grade stehen und diese Interessen musste ich vertreten und das in einem Spannungsfeld. Ihre Ansprüche, welche sie auf der einen Seite gestellt haben und auf der anderen Seite die Gemeindefinanzen die sagten, bis hier her und kein Meter weiter. In diesem Spannungsfeld musste ich arbeiten. Das war eine echte Challenge und Herausforderung dort immer wieder den richtigen Weg zu finden. Es war auch das, was mich dann immer wieder motiviert hat. Das habe ich rüdig gerne gemacht. Ein Sportler sagte einmal: «Grind abe ond seckle!». Das ist das was ich rüdig gerne gemacht habe. Wenn dann der Erfolg eingetreten ist, also das erreicht habe, was ich wollte, war es auch rüdig befriedigend für mich.

Welches war während deiner Amtszeit der prägendste Erfolg?

Prägendste Erfolge und Momente hat es an sich ganz viele gegeben. Eine erzählt er immer rüdig gerne, weil sie zeigt ganz viel. Der prägendste Moment war, als das Justizvollzugsgesetz geändert wurde. Der Kantonsrat hat das Justizvollzugsgesetz geändert. Darin stand, dass die Standortgemeinde des Gefängnisses den Leuten Sozialhilfe bezahlen muss, welche im Gefängnis sind. Das hätte für Kriens bedeutet, dass für alle, welche im Gefängnis Grosshof sind, Sozialhilfe zu bezahlen. Wir sagten das kann doch nicht sein und ist unfair. Wir gingen in den Kantonsrat und dachten, dass alle dafür Verständnis haben. Da habe ich mich rüdig geirrt. Ich wurde in der Kommission abgeputzt und der ganze Kantonsrat wollte davon nichts wissen. So ist in der ersten Lesung diese Bestimmung dringeblichen. Mein Grind hat dies nicht zugelassen. Dann habe ich es auf die zweite Lesung hin nochmals probiert. In der zweiten Lesung beschliesst der Kantonsrat im Plenum keine Änderung mehr, ausser die vorberatende Kommission hat dazu ja gesagt. Die vorberatende Kommission hat nicht ja dazu gesagt. Die Bestimmung stand also immer noch drin. Danach hat aber Räto Camenisch gesagt, dass er diesen Antrag macht, ich soll ihm aber alles formulieren. Nützt es nicht, so schadet es nicht. Er ging und hat den Antrag gestellt. Ich habe gleichzeitig allen Krienser Kantonsräten ein Mail gemacht und gesagt was das Problem ist und sie zu Räto Camenisch ja sagen sollen, auch wenn sie dies ungern tun, aber es ist für Kriens. Und siehe da es hat funktioniert. Räto Camenisch ist aufgestanden und hat in seiner Art den Antrag gestellt. Danach kamen alle Fraktionen und jeder hat dafür gesprochen. Man hat gemerkt, dass die Krienser Fraktionsmitglieder in ihren Fraktionen ganze Arbeit geleistet haben. Am Schluss ist die Änderung des Justizvollzugsgesetzes mit zu null Stimmen durchgekommen. Das hat mir gezeigt, du musst nur bis zum Schluss daran glauben. Unmögliches kann möglich sein, wenn du durchbeisst und vor allem zusammenhältst.

Was war denn dein prägendstes Ereignis?

Besonders prägend waren für mich die Momente, als wir die Asylzentren dem Volk empfehlen mussten. Am Anfang war das recht eine kneblige Sache. Die Leute hatten rüddig viel Angst und man musste ihnen diese Angst irgendwie nehmen. Jede Sitzung lief immer gleich ab. Am Anfang war Miss-
trauen und Angst da. Je länger man mit den Leuten gesprochen hat und umso mehr man erklären konnte, umso mehr hat sich die Stimmung geändert. Das war an jeder Sitzung so, dass man am Schluss zumindest sagte, wir schauen wie es kommt. Wenn es gut kommt, ist es gut. Das war etwas Prägendes. Ich möchte aber noch etwas Anderes erwähnen. Wir haben im Stadthaus ganz viele gute Leute. Wir haben auch stadtnahe Betriebe. Auch dort hat es total gute Leute. Ich nenne ein paar beim Namen, aber kann nicht alle nennen. Hanspeter Inauen, ehemaliger Leiter der Spitex, war derjenige der mir den Floh ins Ohr gesetzt hat betreffend betreutes Wohnen, also Wohnen mit Dienstleistungen, und die Krienser Informationsstelle Gesundheit. Diese zwei Sachen habe ich mit auf den Weg genommen, was wir nun ja auch gemacht haben. Der Lindenpark und Schweighof ist betreutes Wohnen und die Krienser Informationsstelle Gesundheit wurde auch gemacht. Das ist einer der Prägenden. Wenn wir gleich bei der Spitex sind, kommt er zu Hannes Koch. Er ist zwar ein Grüner, aber immerhin. Er war derjenige, der das Wohnen mit Dienstleistungen umsetzen musste. Er musste die Konzepte erarbeiten, damit man Wohnen mit Dienstleistungen überhaupt machen kann. Wenn ihr heute in den Lindenpark geht und schaut, wie dies funktioniert, ist das nur geil. Es sind alle zufrieden. Ich erinnere an die Verselbständigung der Heime. Dort habe ich zusammen mit Guido Hübscher und Franz Bucher zusammengearbeitet. Diese haben die Grundlagen geschaffen und gekrüppelt. Ich habe es zusammengetragen und daraus einen Bericht verfasst. Heute ist das herausgekommen, was auch nach solcher Arbeit hat rauskommen müssen. Wir haben verselbständigte Heime, welche durch den Einwohnerrat und durchs Volk ging. Jetzt haben wir funktionierende verselbständigte Heime. Oder wenn man den Wettbewerb Grossfeld nimmt. Dort sind Daniel Hofmeister und Guido Hübscher diejenigen, welche die Grundlagenarbeiten gemacht haben. Einer hat das Wettbewerbsprogramm bearbeitet und der andere hat das Raumprogramm bearbeitet. Danach haben wir es zusammengeführt und innerhalb eines Jahres haben wir einen Wettbewerb auf die Beine gestellt. An solche Leute denke ich auch. Die sind für mich total prägend. Wenn man solche Leute sieht und eingepägt hat, hat man auch einen unglaublichen Respekt vor solchen Leuten. Vor diesen Leuten müsst ihr auch Respekt haben. Wenn ihr das habt, könnt ihr von denen alles haben und erhält nur gute Ware.

Als letzter ist Franco Faé an der Reihe und beantwortet folgende Fragen:

Hast du Lust einen besonderen Moment zu erzählen?

Über besondere Momente in fünf Jahren hat man das Gefühl, man kann nichts erzählen. Aber mein Start war schon ganz besonders. Dieser war nämlich hier, aber nicht wie es heute ist, sondern noch im alten Pilatussaal. Ich wurde gewählt und man sagte mir, dass ich erst Gemeinderat bin, wenn du vereidigt bist. Ich fragte, wann dies dann ist. Dies erfolgt an der ersten Sitzung, welche immer ca. um 14:00 Uhr beginnt. Ich weiss noch ich war zu Hause und dachte, dass ich heute rechtzeitig wieder unten sein muss. Um 13:15 Uhr dachte ich, ich gehe. Dann klingelte mein Telefon und ich getraute mich nicht es abzunehmen. Beim zweiten Mal habe ich dann doch abgenommen. Dann hiess es: Wo bist du? Ich sagte ich bin unterwegs und bin auf dem Weg an die Sitzung. Die Sitzung hat jedoch bereits um 13:30 Uhr angefangen. Also ich bin an der ersten Sitzung leider zu spät gekommen. Zu den prägendsten Momenten gehört der Start mit dem Finanzdepartement. Das war eine ganz tolle Truppe. Ich hatte auch weniger Pensum. Am 1. September 2016 hat es dann gedreht. Dann ist die Departementsreform in Kraft getreten. Ich darf sagen, es war eine grosse Challenge und Herausforderung. Ich durfte viele Sachen übernehmen. Es war unglaublich viel Arbeit. Ich erlaube mir das zu sagen, weil ich es fast nicht geglaubt habe, als ich die letzten Tage zurückgeschaut habe. Einerseits war klar, dass die Finanzlage angespannt ist. Wir hatten Reformen wie KP17, wir haben HRM2 umgesetzt, wir haben IKS ausgeführt und jetzt noch die Challenge mit dem AFR18. Jetzt ganz am Schluss noch die Finanzstrategie. Wir haben Gesetzesänderungen erlebt, welche grosse Einflüsse auf uns hatten und Änderungen von Beiträgen. Also im Finanzdepartement gab es ständig Herausforderungen. Ein ganz grosser Brocken war die

Immobilienabteilung. Diese neu zu organisieren. Wir hatten unglaubliche Bauten, einerseits die Zentrumsbauten, bei denen ich das Schappe und Stadthaus fertig stellen durfte. Das wird mir sicher immer bestens in Erinnerung bleiben, mit rund 65 Sitzungen allein nur im Stadthaus. Aber auch die Fertigstellung der Freizeitanlage Langmatt war sehr eindrücklich und wie dies heute Anklang findet. Selbstverständlich gehört auch das Stadion Kleinfeld und die ganze Umgebung dazu, woran wir immer noch dran sind. Ein Neubau des Kindergarten Meiersmatt, eine Sanierung beenden im Kirchbühl, eine Sanierung und Aufstockung des Brunnmatts und Sanierungen von vielen Spielplätzen und und und. Als dritter Teil hatten wir noch Sport und Freizeit, welche auch tolle Projekte hatte. Wir durften kantonale Auszeichnungen entgegennehmen, nämlich den Jugendaward. Wir sind eine kinderfreundliche Gemeinde. Kriens erhielt jetzt noch als Höhepunkt die internationale Auszeichnung vom Freizeitpark Langmatt durch die Unicef. Das waren wirklich tolle Momente. Auch die Eröffnung des Stadthauses war sehr eindrücklich. Wir durften den Leuten, der Öffentlichkeit und der Bevölkerung dieses Haus zeigen. Auch die Eröffnung des Stadion Kleinfeld gehört dazu. Es gab viel zu tun, aber dahinter stecken auch immer tolle Begegnungen. Es sind tolle Arbeiten, welche viel Zusammenarbeit fordern, wie in der Jugend- und Sportkommission, K5, LuzernPlus, mit anderen Gemeinden und Institutionen. Das allerwichtigste was stattfinden durfte waren die Gespräche mit der Bevölkerung, Vereine und Gewerbe. Wenn ich noch an einen Moment denke, war dieser letztes Jahr einer im Einwohnerrat, den ich wirklich sehr genossen habe. Da hatten wir eine Debatte über den Stadtplatz und alle sagten die Bäume sind vertrocknet. Ich durfte dann mit Genuss auf dem Stuhl sitzen und denken, ihr sollt noch etwas von euren verendeten Bäumen erzählen, weil sie vertrocknet sind. Der Grund war schlussendlich ein anderer, nämlich, dass sie ertrunken sind.

Ein Wort hat dich immer genervt. Du nennst dies politisches Unwort. Was war das nochmals für ein Wort?

Ja vielleicht ist es nicht unbedingt ein Unwort. Bei mir persönlich ist es aber langsam so. Ich kann dieses Wort tatsächlich heute mehrmals wieder gehört. Ich glaube in der nächsten Zeit brauche ich ein Wort nicht mehr: Finanzkennzahlen. Ich habe mir heute Nachmittag jedoch gesagt, dass ich vielleicht noch umstellen muss. Vielleicht mag ich Perrondach auch langsam nicht mehr hören.

Hast du auch noch Lust ein persönliches Erlebnis zu erzählen?

Ich glaube das persönliche Erlebnis war mein Start. Das ist das was am einprägendsten war. Ich möchte an dieser Stelle auch danke sagen. Das ist mir schon sehr sehr wichtig. Zuerst meiner Familie und meiner Frau Monica. Sie kann heute nicht da sein, weil sie so pflichtbewusst ist. Sie sagte nein, ich habe Musikschule und meine Kinder kommen zuerst. Du musst warten bis du nach Hause kommst. Aber ich möchte danke sagen. Sie haben mir immer den Rücken freigehalten und mich in allem unterstützt. Das war wirklich sehr wertvoll. Einen grossen Dank richtet er auch dem 4. Stock in Richtung Sonnenberg aus, nämlich allen Mitarbeitenden seines Departements. Allen voran den Abteilungs- und Ressortleitern und seinem Sekretariat und auch allen Mitarbeitenden der Verwaltung im Stadthaus, in den Schulanlagen, im Parkbad, auf dem Schloss, oder auch beim Bezirksgericht. Ich möchte in diesen Dank auch meine Kollegin und Kollegen des Stadtrates einschliessen. Sie haben mich immer unterstützt. Wir haben es doch, allen Unkenrufen zum Trotz bei den harten Fights, immer gut zusammen gehabt. Ein grosser Dank meiner Partei, der Parteileitung und der CVP-Fraktion im Besonderen, den Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, welche mich bei der Arbeit für die Stadt unterstützt haben. Auch von meiner Seite ein spezieller Dank an die SP-Fraktion für das Kärtli von heute. Ich wünsche zum Schluss dem künftigen Stadtrat und der neuen Zusammensetzung des Einwohnerrates viel Kraft, Elan und Glück bei den kommenden Aufgaben. Ich wünsche allen eine schöne Sommerzeit.

Cyrill Wiget dankt Matthias Senn, Lothar Sidler und Franco Faé für die Zusammenarbeit und persönlichen Worte. Er wünscht alles Gute.

22. Abschiedsrede des abtretenden Einwohnerratspräsidenten Roger Erni

Roger Erni hält folgende Abschiedsrede:

Meine Abschiedsrede beginnt mit dem Dank, wie das nicht möglich wäre, wenn du Einwohnerratspräsident bist ohne ein Team. Mein nächstes Team, Guido Solari, sass neben mir. Du bekommst kein Abschiedsgeschenk, haben wir aber so zusammen angeschaut. Dann schaue ich hier nach hinten. Der Weibel, Bruno Arnet, der für uns wirklich weibelt im Sinne und Geist auch zusammen mit Janine Lipp. Kimena Gisler hilft in diesem Trio auch, sie befindet sich im Wagen und hat uns auf Sendung. Ich sage euch drei an dieser Stelle Danke und gebe euch nachher ein persönliches Geschenk. Es ist ganz wichtig. Diejenigen die Einwohnerratspräsident waren oder im Einwohnerrat sind wissen, dass man eben ein Team sein muss. Das hat man auch hier vorne im Stadtrat gespürt. Weiter wenn man aus dem Stadthaus hinaus geht ist eine Einwohnerratspräsidentschaft nicht ein Jahresprojekt. Es ist auch kein Zwei-Jahresprojekt. Meine Fraktion hat zusammen mit mir vor vier Jahren entschieden, dass ich im Amtsjahr 2019/20 Einwohnerratspräsident werden darf. Mein Dank geht selbstverständlich zum Abschluss an die Fraktion. Ich habe es 5F genannt: FDP, Fraktion, Familie, meine Firma und meine Freunde. Der Fraktion habe ich bereits gedankt. Wenn meine Firma nicht gewesen wäre, wäre es nicht möglich gewesen. Das wissen einige Einwohnerratspräsidenten, welche es von der Anciennität hätten werden können, aber die Firma nicht mitmachte. Das ist ein 10 – 20 % Amt, wenn solche Tage oder Wochen wie heute sind. Heute findet die ganztägige Einwohnerratssitzung statt und dann noch mit der Vorbereitung. Am Samstag ist die Einwohnerratsreise und am Sonntag sind die Wahlen. Dann hast du keine Chance, wenn die Firma nicht mitmacht. Ein grosser Dank meiner ICT-Berufsbildung Zentralschweiz, welche dies ermöglicht hat. Wie ihr wisst gibt es Firmen, welche das so nicht erlauben. Dann kann man ein solches Amt nicht ausführen. Ich vergleiche dies mit dem Gallivater. Ich habe schon gesagt, es ist ähnlich wie eine Heirat. Das ist etwas Unglaubliches für immer und jetzt gerade noch zum Abschluss hier auf dem Stadtplatz seine Stadt repräsentieren zu dürfen. Danke auch meinem Mami. Sie und mein Sohn sind heute da. Mein Dank an euch alle. Ich habe euch alle dieses Booklet verteilt und möchte auch damit schliessen. Gibt es etwas Kitschigeres? Mit Fotos von Hardy Konzelmann wurde dieses Abschluss-Booklet für alle Einwohnerratsmitglieder, Ex-Einwohnerratspräsidenten und Stadtratsmitgliedern erstellt. Ich wollte das allen mit auf den Weg geben. Ich bin schon seit 12 Jahren im Einwohnerrat und wir waren noch nie zum Abschied auf dem Stadtplatz. Es ist absolut genial. Das Wetter stimmt und alle politischen Vertreter der Stadt Kriens sind hier. Absolut grossartig. Blättert beim Booklet zu hinterst, wir gehen nicht das Ganze durch. Es ist eine Freude sich für die Gesellschaft von Kriens einzusetzen bzw. einsetzen zu dürfen. In diesem Sinne hoffe ich, dass ihr das Ganze so wahrgenommen habt, dass ich wirklich Freude hatte, nicht nur im Einwohnerrat, sondern in der ganzen Gemeinde und der Stadt. Ich durfte sogar in Luzern auftreten und Kriens vertreten. Mit diesen unvergesslichen Erinnerungen gehen wir in den nächsten Schritt, nämlich ins Abschlussessen. Ich sage danke viel Mal der Familie, Stadträte und Einwohnerräte. Ein grosses Hurra!

Cyrill Wiget kommt auf den Slogan von Roger Erni zurück: Verkriensifizierung. Das war eine gute Idee und diesen hat er wirklich gelebt. Er hat das ganze Jahr versucht die Freude an unserer Stadt weiterzugeben und aufmerksam zu machen, wie spannend diese Stadt ist. Er hat Kriens auch in der Region vertreten, deutlich aufmerksamer als viele seiner Vorgänger. Roger Erni legte einen Faden durch dieses Jahr mit immer wieder ähnlichen Ideen, welche sich immer wieder gesteigert haben. Der Sprechende fand, dass Roger Erni ein ganz gutes Einwohnerratspräsidentenjahr hatte. Als Geschenk überreicht er ihm eine Krienser Holzmaske, eine Krienser Chronik und einen Blumenstrauss. Cyrill Wiget dankt für alles. Der Stadtrat freut sich, den Einwohnerrat zu einem Essen mit einem kleinen Rückblick auf die vergangene Legislatur einladen zu dürfen.

Schluss

Roger Erni bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren. Er hat an vier Punkten Freude, welche er als Einwohnerratspräsident erreicht hat. Das sind folgende: Die Krienser Fahne, das Head-Set, das Rednerpult und das Podium des Vorsitzes. Es wäre schön diese Sachen auch weiterhin beizubehalten.

Anschliessend findet das Legislaturabschlussessen im Restaurant 1944 statt und am Samstag ist der Einwohnerratsausflug. Er freut sich darauf. Am Sonntag ist er gespannt auf die Wahlen.

Die nächste Sitzung findet am 3. September 2020 statt.

Die Sitzung schliesst um 18:30 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:



Roger Erni

Der Stadtschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerin:



Janine Lipp